

# Sonderberichte

des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen

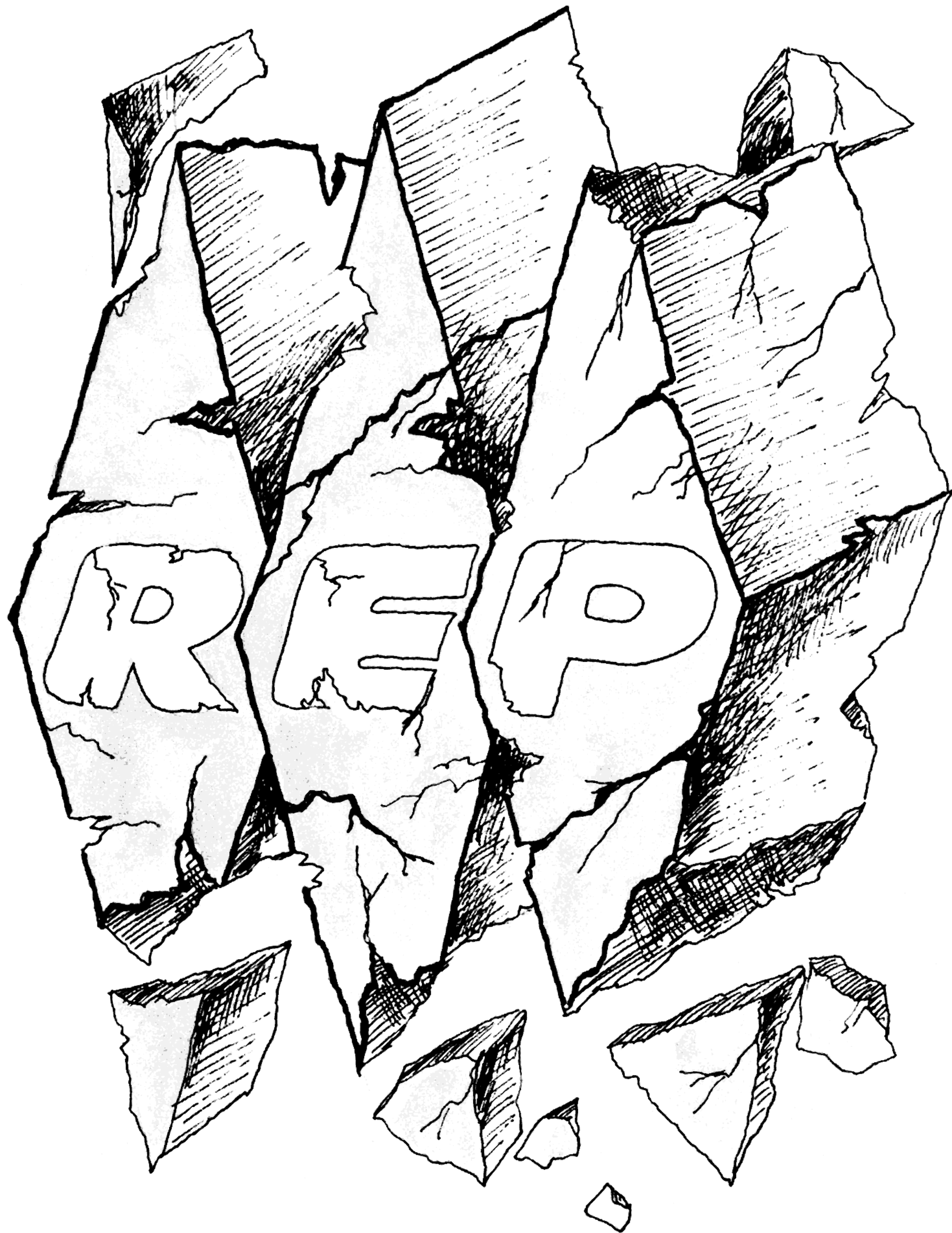
Stadt Freiburg im Breisgau

- Wahlforschung -

Strohfeuer oder  
Schwelbrand ?

Zur Diskussion um die  
Anhänger der neuen  
Rechtsparteien

Eine Analyse der  
Wähler der Republikaner  
bei der Europawahl und  
der Kommunalwahl 1989  
in Freiburg



September

1990

Herausgeber:

Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau

**- W a h l f o r s c h u n g -**

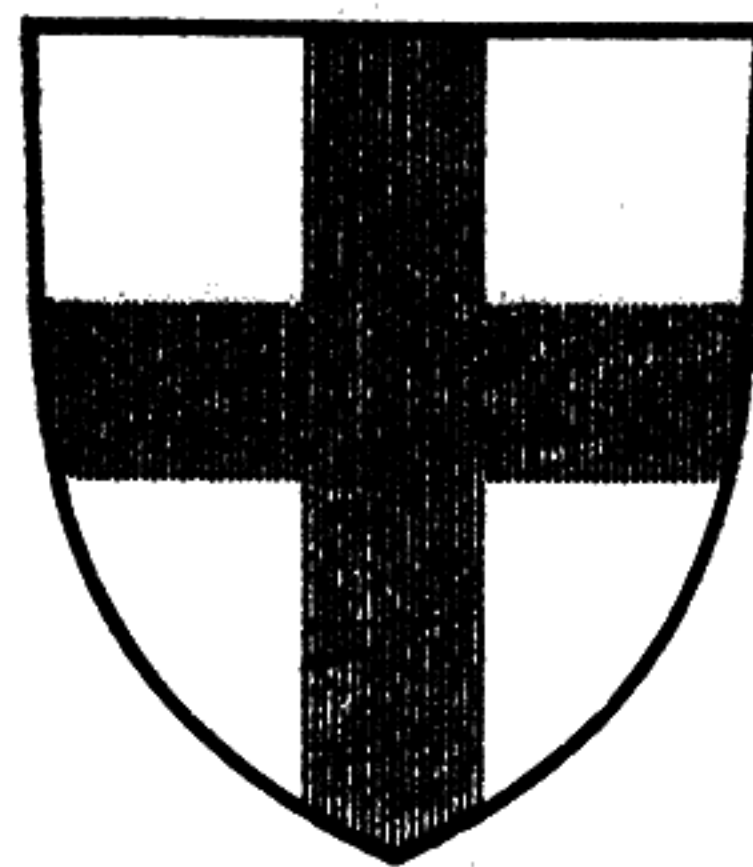
**STROHFEUER ODER SCHWELBRAND ?**

**Zur Diskussion um die Anhänger der neuen Rechtsparteien**

**Eine Analyse der Wähler der Republikaner bei der Europawahl und der Kommunalwahl 1989 in Freiburg**

**von Dr. Gerd Mielke, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg**

September 1990



## **Geleitwort**

Die beachtlichen Wahlergebnisse der neuen Rechtsparteien im Jahre 1989 in Freiburg haben bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Betroffenheit ausgelöst. Die politische Öffentlichkeit der Stadt, das breite Spektrum der Parteien und politischen Gruppierungen, hat sich nachhaltig mit der Frage nach den Ursachen und Auswirkungen dieser rechtsextremistischen Tendenzen beschäftigt. So unterschiedlich dabei die weltanschaulichen Ausgangspunkte jeweils waren, ein gemeinsames Leitmotiv, das in allen politischen Lagern und Schichten der Freiburger Bevölkerung anklang, war die Sorge um den inneren Frieden der Stadt. Ein politischer Grundkonsens bildet die unverzichtbare Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Die politischen Ziele der Rechten sind eine Bedrohung des inneren Friedens. Ausländerfeindliche Parolen berauben Menschen, die aus anderen Ländern in unsere Stadt gekommen sind, ihrer Würde und machen sie zum politischen Freiwild. Großsprecherische Deuschtümelei untergräbt Sympathien und Vertrauen bei unseren Nachbarn, mit denen wir gerade hier am Oberrhein in den letzten Jahrzehnten ein offenes und freundschaftliches Miteinander gefunden haben. Ich weise deshalb die politischen Ziele der extremen Rechten mit aller Entschiedenheit zurück.

Aber es bleiben bedrückende Fragen: Weshalb sind Teile unserer Bürgerschaft diesen Parolen nachgelaufen? Was hat sie bewogen, im Rechtsextremismus eine politische Perspektive zu sehen? Werden sie das politische Geschehen in der Stadt nun auf Dauer aus der Distanz des rechten Randes verfolgen?

Die hier vorgestellte Untersuchung zeigt, daß es auf diese Fragen keine einfachen Antworten gibt. Politischer Extremismus hat auch bei uns eine lange Vorgeschichte; und erst das Zusammenwirken verschlungener persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Umstände kann das Aufflackern des Rechtsextremismus erklären. Für die politisch Verantwortlichen, aber auch für viele Bürgerinnen und Bürger, die hier vor Ort die Grundlinien der Politik mitbestimmen, enthält die Studie einige unbequeme Einsichten. Der in vielen Befunden erhärtete Zusammenhang zwischen rechtsextremistischen Neigungen und prekären sozialen Verhältnissen ermahnt uns, die bei den Besserverdienenden und den Advokaten des Leistungsgedankens oftmals verpönte Sozialpolitik noch gezielter als bisher an die eigentlich Bedürftigen zu bringen. Sozialer Neid und politischer Haß wachsen dort, wo der soziale Druck am stärksten ist. Die Erkenntnis, daß viele Wähler auf der Rechten gewissermaßen politisch heimatlos sind, muß den Parteien und politischen Gruppen in Freiburg zu denken geben. Sind die politischen Aktiven in der Stadt selbstkritisch genug? Gibt es Möglichkeiten, durch gezielte Ansprache, durch Öffnung nach außen, durch den Abbau langatmiger und langweiliger Prozeduren in den Parteien den Zugang zur Politik zu er-

leichtern? Können wir noch unmittelbarer auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen, die in der Öffentlichkeit nicht das laute Wort führen, und dadurch die von der demokratischen politischen Diskussion Abgesprengten zurückgewinnen?

Die vorliegende Studie soll einen Anstoß dazu liefern, diesen Fragen und Problemen nachzuspüren, auch wenn die Republikaner und andere verwandte politische Strömungen derzeit eher unbedeutend erscheinen. Denn eines machen die hier dargestellten Ergebnisse deutlich: Die Ursachen der politischen Unzufriedenheit sind nicht von heute auf morgen zu beseitigen. Die Mißerfolge der Rechtsparteien bei den letzten Wahlen in diesem Jahr sollten uns nicht zu dem Fehlschluß verleiten, damit sei auch das Potential ihrer Anhängerschaft auf Dauer in der politischen Versenkung verschwunden.

Diese Untersuchung ist ein gelungenes Beispiel guter und fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus dem Bereich der Universität und der Stadt. Hierfür möchte ich dem Verfasser der Studie, Dr. Gerd Mielke, vom Seminar für Wissenschaftliche Politik, und den Mitarbeitern der Arbeitsgruppe Wahlen unter Leitung von Herrn Professor Dr. Dieter Oberndörfer ebenso danken wie den Mitarbeitern des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen unter der Leitung von Dr. Ludwig von Hamm. Ich wünsche mir, die Studie möge viele interessierte Leser finden und zahlreiche kritische Diskussionen über die politische Kultur unserer Stadt anregen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. R. Böhme'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Dr. R. Böhme  
Oberbürgermeister

# INHALT

	Seite
<b>Geleitwort</b>	3
<b>Vorbemerkung</b>	7
<b>1. Einleitung</b>	8
<b>2. Die politischen Reviere der neuen Rechtsparteien in Freiburg</b>	10
<b>3. Bestimmungsfaktoren des rechten Wahlerfolgs</b>	14
3.1 Zur Notwendigkeit eines langfristig orientierten, dynamischen und multikausalen Erklärungsansatzes für das Aufkommen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik	14
3.2 Exkurs: Methodische Probleme bei der Analyse von Anhängern rechtsextremistischer Parteien	17
3.3 Individual- und sozialpsychologische Faktoren	19
3.4 Sozio-ökonomische Bestimmungsfaktoren	23
3.4.1 Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Modernisierungsverlierer: Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen	24
3.4.2 Das Sozialprofil der rechtsextremistischen Hochburgen in Freiburg	25
3.4.3 Alters- und geschlechtsspezifische Merkmale der Wähler der Republikaner: Die Befunde der Repräsentativen Wahlstatistik	31
3.5 Politische Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus	36
3.5.1 Die Abkopplung von den etablierten Parteien	38
3.5.1.1 Die Rolle der Wahlbeteiligung	48
3.5.2 Die ideologische Polarisierung seit den siebziger Jahren	50
3.5.2.1 Die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung	50
3.5.2.2 Der ideologisch-politische Raum in Freiburg im Spiegel der Panaschierungsbilanzen der Parteien bei der Gemeinderatswahl vom 22.10.1989	56
3.6 Das Zusammenwirken der Faktoren	61
<b>4. Die Stabilität der neuen Rechtsparteien und die Möglichkeiten politischer Gegenstrategien</b>	62
<b>Tabellenanhang</b>	66
Verzeichnis der Tabellen	71
Verzeichnis der Schaubilder	73

# **STROHFEUER ODER SCHWELBRAND ?**

Zur Diskussion um die Anhänger der neuen Rechtsparteien

Eine Analyse der Wähler der Republikaner bei der Europawahl und der Kommunalwahl 1989 in Freiburg

von Dr. Gerd Mielke, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg

## **Vorbemerkung**

Die hier vorgelegte Untersuchung ist durch eine Vielzahl von Anregungen, ermunternden und kritischen Kommentaren sowie wichtigen praktischen Hilfestellungen auf den Weg und schließlich ins Ziel gebracht worden.

Der Anstoß, den verschiedenen Bestimmungsgründen der republikanischen Wahlerfolge im Jahre 1989 am Beispiel Freiburgs nachzuspüren, kam vom Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Rolf Böhme. Von der Warte unmittelbarer kommunalpolitischer Verantwortung und aus einem Gefühl politischer Betroffenheit über das unvermutete Aufflackern rechtsextremistischer Sympathien bei einem Teil der städtischen Wählerschaft erwuchs in einigen Diskussionen die Frage, ob sich in den Wahlergebnissen für die Rechten eine neuartige und eventuell dauerhafte Herausforderung an die politische Kultur Freiburgs abzeichnet. Einigkeit bestand sehr schnell in einem Punkt: Nur auf der Grundlage einer möglichst unvoreingenommenen Betrachtung der Ursachen dieser politischen Radikalisierung kann eine vernünftige und erfolgversprechende Diskussion über politische Gegenstrategien einsetzen. Für das engagierte Interesse und die Ermunterungen, mit denen der Oberbürgermeister das Projekt in seinem weiteren Verlauf begleitete, möchte ich herzlich danken.

In thematischer Hinsicht steht diese Abhandlung in einer langen Reihe von Untersuchungen zum Wandel der westdeutschen Wählerschaft und zur Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, die unter der Leitung von Prof. Dr. Dieter Oberndörfer am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität und am Arnold-Bergstraesser-Institut für Vergleichende Kulturwissenschaft während des letzten Jahrzehnts durchgeführt wurden. Diese Forschungstradition umfaßt auch zahlreiche Analysen zum Wählerverhalten in Freiburg. Die Vertrautheit mit den politischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in der Stadt, die durch die Studien der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg wesentlich vertieft werden konnte, hat diese Untersuchung sehr erleichtert. Besonders herzlich möchte ich mich bei meinem Kollegen Ulrich Eith bedanken. Seine profunden Kenntnisse zur Forschung über den Rechtsextremismus habe ich weidlich ausgeschlachtet; überdies hat er freundlicherweise die Erstellung der Grafiken besorgt.

Das Amt für Statistik und Einwohnerwesen und sein Leiter, Dr. Ludwig von Hamm, betreuten die Arbeit redaktionell und steuerten großzügige technische und organisatorische Hilfe bei. Danken möchte ich insbesondere dem Stadtforscher im Amt für Statistik, Rainer Tressel, der mit lebenswürdiger Unerbittlichkeit alle Anflüge von Skrupeln und Eskapismus des Verfassers bereits im Keim erstickte und das Kamel zum wiederholten Male durchs Nadelöhr trieb.

## 1. Einleitung

Das überraschend gute Abschneiden neuer Parteien auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums bei den Wahlen des Jahres 1989 sorgte im In- und Ausland für aufgeregte Schlagzeilen. Würde sich ein Jahrzehnt nach dem Aufkommen der links-alternativen GRÜNEN nun auch auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums eine dauerhaft stabile Partei etablieren können und damit den Prozeß der Ausdifferenzierung und Segmentierung des bundesrepublikanischen Parteiensystems weiter vorantreiben?<sup>1)</sup>

Welches politische Signal war in dem Zuspruch der Wähler gegenüber Parteien wie den Republikanern des hemdsärmeligen Condottiere Franz Schönhuber oder der lange Zeit in der Bedeutungslosigkeit versunkenen NPD zu sehen? Belegten die ausländerfeindlichen und deutschtümelnden Parolen der neuen Rechtsparteien eine faschistische Renaissance, die am Ende gar zu einer Bedrohung der westdeutschen Demokratie führen könnte? Hatte sich mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus ein Stück zwar unappetitlicher, aber letzten Endes unvermeidlicher politischer "Normalisierung" in der bundesrepublikanischen Wählerschaft vollzogen? Oder ging es bei den Wahlerfolgen der neuen Rechtsparteien um Ausbrüche kurzlebigen Protests, um politische Strohfeder, die bald wieder erlöschen würden?

Wie, so fragten zahlreiche besorgte Stimmen, soll man auf die Rechtsparteien reagieren? Sind die Anhänger der Neuen Rechten, wenn man es nur geschickt angeht, von den etablierten Parteien, allen voran von der Union, wieder "einzufangen" und durch taktische programmatische Schwenks und Zugeständnisse zu integrieren? Oder sollen sich statt dessen die Parteien und die ihnen nahestehenden Teile der politischen Öffentlichkeit offensiv mit den politischen Forderungen der Rechten auseinandersetzen und ihre Fragwürdigkeit und demagogische Platttheit aufzeigen?

Fast genau ein Jahr später sind die Wahlerfolge der Republikaner auf dem besten Wege in Vergessenheit zu geraten. Die revolutionären Umbrüche in der DDR und die damit einhergehenden deutschlandpolitischen Entwicklungen haben die neuen Rechtsparteien aus dem Scheinwerferlicht des öffentlichen Interesses gerückt. Die Schlagzeilen werden nun anderenorts geliefert. Bei keiner der drei Landtagswahlen im ersten Halbjahr 1990 - im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen - kamen die Republikaner der 5-Prozent-Hürde auch nur nahe. Die Parteiorganisation ist in einem desolaten Zustand. Der Versuch, den Republikanern ein seriöses programmatisches Profil zu verschaffen und damit den Dunst der Stammtisch-Vorurteile, der die Partei stets umgeben hatte, zu vertreiben, ist völlig gescheitert. Eine anhaltende Serie von persönlichen Fehden bestimmt das Erscheinungsbild der Republikaner auf Bundes- und Landesebene: Der von bitteren Vorwürfen begleitete Rücktritt des Parteivorsitzenden Franz Schönhuber am 25.5.1990, knapp ein Jahr nach den spektakulären

-----  
<sup>1)</sup> Zur Organisation, Programmatik und zur Anhängerschaft der Rechten siehe als Überblick:

- Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 2 Bände, Opladen 1984.
- Uwe Backes, Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 272, Bonn 1989.
- Claus Leggewie: Die "Republikaner", Phantombild der Neuen Rechten, Berlin 1989.
- Richard Stöss: Extreme Rechte in der Bundesrepublik, Berlin 1989.
- Norbert Lepszy: "Die Republikaner. Ideologie - Programm - Organisation". In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ), 41-42/1989, S. 3-9.

Erfolgen bei der Europawahl 1989, und seine von nicht minder umstrittenen Begleitumständen geprägte Wiederwahl, knapp sechs Wochen später, auf dem Parteitag am 8.7.1990 im niederbayerischen Ruhsdorf, auf dem sich die Delegierten fünf turbulente Stunden lang bis aufs Messer bekämpften, setzen den vorläufigen Schlußpunkt hinter eine kurze, gleichwohl dramatische Phase des Niedergangs der Republikaner als Partei.

Waren die Republikaner und ihre Anhänger also nur ein politischer Spuk, den es, nun da er sich verflüchtigt hat, so schnell wie möglich zu vergessen gilt? Sollte man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, erleichtert, daß sich die unbehaglich bohrende Frage nach einer möglichen Renaissance einer in der Wählerschaft verankerten Rechten von selbst erledigt hat?

Die Frage nach den Gründen für das Aufkommen einer rechtsextremistischen Partei und die Suche nach einer wirksamen Gegenstrategie bleiben bedeutsam. Denn auch ein knapp verfehltter Einzug in den Bundestag oder Wahlergebnisse in der Größenordnung von zwei oder drei Prozenten können für das Gesamtkalkül parlamentarischer Mehrheitsfindung weitreichende Konsequenzen haben. Doch auch über diese im engeren Sinne auf die Koalitionsarithmetik und Regierungsfähigkeit bezogenen Überlegungen hinaus wird die plötzliche Manifestation eines rechten Wählerblocks für die Entwicklung und Beurteilung der bundesdeutschen politischen Kultur ein denkwürdiges Datum bleiben. Schließlich bleibt offen, ob aus dem schnellen Abstieg der Republikaner der Rückschluß auf eine Auflösung und Verschmelzung ihres Wählerpotentials in die Anhängerschaft anderer Parteien zulässig ist.

Auch in Freiburg, eigentlich viel eher als grün-alternative Hochburg bekannt, ist der plötzliche Aufschwung der neuen Rechtsparteien deutlich zu Tage getreten. Bei der Europawahl am 18. Juni 1989 erzielte die Neue Rechte in Freiburg einen Stimmenanteil von 7,4 %, wobei auf die Republikaner 5,9 % und auf die DVU 1,5 % entfielen. Bei der Gemeinderatswahl am 22. Oktober 1989 wiederholte sich dieser Erfolg; 6,2 % der Stimmen verhalfen den Republikanern zum Einzug ins Freiburger Stadtparlament, in dem sie nun für die kommende Legislaturperiode mit drei Stadträten vertreten sind.

Dies bietet Anlaß, am Beispiel der Stadt Freiburg einige der Ursachen für das Aufkommen der neuen Rechtsparteien zu untersuchen, aber zugleich auch der Frage nachzugehen, weshalb die Anhänger der Rechten so unversehens wieder von der Bildfläche verschwinden konnten und welche politische Zukunftsperspektiven sich aus alledem ableiten lassen.

Dabei wird die Frage nach den Bestimmungsfaktoren für ein rechtsextremes Wählerverhalten im Vordergrund stehen. Eine Analyse der politischen Propaganda sowie der Aktionen und des örtlichen Führungspersonals der Republikaner und anderer rechter Parteien und Gruppen müßte den hier gebotenen Rahmen sicher sprengen. So reizvoll ein derartiges Unterfangen aus der Perspektive der Parteien- oder Elitenforschung auch wäre, als Erklärungsfaktoren für den Wahlerfolg der Republikaner sind die Programmatik und die Parteiorganisation der Rechten von nachgeordneter Bedeutung, denn ein ganz erstaunlicher Befund im Blick auf diese beiden Bereiche ist ja die weit zurückreichende Kontinuität von programmatischen und organisatorischen Elementen der Neuen Rechten. Die politischen Leitmotive der Republikaner werden seit vielen Jahren von einschlägigen Presseerzeugnissen und Kampfschriften in großer Zahl verbreitet, und die Verfassungsschutzberichte verzeichnen seit



Jahren ziemlich konstant ein breitgefächertes Spektrum rechtsextremistischer Parteien und Organisationen, freilich ohne daß sich daraus eine erwähnenswerte Resonanz in der Öffentlichkeit über den engen Kreis rechts-extremer Aktivisten hinaus oder gar Wählerwirksamkeit ergeben hätte. Die Mobilisierung der Wähler geht dennoch auf andere Faktoren zurück.

Bei der Suche nach den Ursachen für die rechten Wahlerfolge ist ein Rückgriff auf Ergebnisse aus anderen Regionen oder Städten erforderlich<sup>1)</sup>: zum einen, weil nur im Vergleich eventuelle Eigentümlichkeiten zutage treten; zum andern, weil diese Studien Einsichten in Zusammenhänge liefern, die auch für die Erklärung des Wählerverhaltens in Freiburg nutzbar gemacht werden können, selbst wenn die gleichen Daten hier nicht zur Verfügung stehen.

Die Analyse wird in drei Schritten vorgehen. Ein erster Abschnitt beschreibt die politische Geographie des Rechtsextremismus in Freiburg anhand der Hoch- und Tiefburgen der Republikaner im Stadtgebiet. Der zweite Schritt ist ein Versuch, ein theoretisch fundiertes Erklärungsmodell für das Aufkommen der Neuen Rechten zu skizzieren. Dabei soll die Vielzahl der Bestimmungsfaktoren wie auch vor allem die im rechten Wahlerfolg - aber auch im schnellen Stimmenrückgang - ihren Ausdruck findende, dynamische Komponente politischen Wandels in das Modell eingehen. So verdienstvoll die bislang vorliegenden Untersuchungen auch ohne Zweifel sind, dieser Aspekt der Umorientierung und des dynamischen Wandels in der Wählerschaft kommt gegenüber den zwar präzisen, jedoch statischen Momentaufnahmen der rechten Anhänger zu kurz. Den Schluß sollen einige Überlegungen über die eventuelle Langlebigkeit und Stabilität des Potentials der Neuen Rechten und über die Möglichkeiten zu politischen Gegenstrategien bilden.

## **2. Die politischen Reviere der neuen Rechtsparteien in Freiburg**

In beiden Wahlen des Jahres 1989 konnten die neuen Rechtsparteien in Freiburg Achtungserfolge erringen. Obgleich die Europawahl und die Gemeinderatswahl zeitlich dicht aufeinanderfolgten, sind die Ergebnisse für die Rechtsparteien nicht ohne weiteres miteinander zu vergleichen. Zum einen handelte es sich um verschiedenartige Wahltypen, zum anderen trat die Rechte in jeweils unterschiedlicher Formation zur Wahl an.

Die Republikaner waren in beiden Wahlen die beherrschende Kraft auf der Rechten; bei der Europawahl jedoch

-----  
<sup>1)</sup> Folgende Studien und Diskussionsbeiträge tragen zur Analyse der Wählerschaft auf der Rechten jeweils verschiedene theoretische und methodische Aspekte bei:

- Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, "Die Mitte schrumpft, die Extreme festigen sich". In: FAZ, 23.3.1989, S. 14 u. 15.
- Elisabeth Noelle-Neumann: "Eine gekränkte und isolierte Minderheit". In: FAZ, 11. 9. 1989, S. 14.
- Hajo Funke: "Kein Grund zur Verharmlosung - die Republikaner sind eine Jungwählerpartei". In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4, 1989.
- Joachim Hofmann-Göttig: "Die Neue Rechte. Die Männerparteien". In: APUZ, 41-42/1989, S. 21-31.
- Dieter Roth: "Sind die Republikaner die fünfte Partei?" In: APUZ, 41-42/1989, S. 10-20.
- Hans-Joachim Veen: "'Programm' und 'Wähler' der Republikaner - Etablierung noch offen". In: Eichholz-Brief. Zeitschrift zur politischen Bildung und Information, 4/1989, S. 53-65.
- Karl-Heinz Klär, Malte Ristau, Bernd Schoppe, Martin Stadelmaier (Hrsg.): Die Wähler der extremen Rechten, 3 Bände, Bonn 1989.
- Franz Urban Pappi: "Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?" In: APUZ, 21/1990, S. 37-44.

griff mit der DVU eine weitere Partei in die Konkurrenz um Rechtswähler ein. Dies hatte eine gewisse Zersplitterung des rechten Potentials und, aus der Sicht der Republikaner, eine Minderung ihrer Erfolgsaussichten zur Folge. So war zwar der kumulierte Stimmenanteil der Rechten im Juni bei der Europawahl mit 7,4 % höher als bei der Gemeinderatswahl im Oktober, aber die Republikaner konnten davon lediglich 5,9 % erzielen. 1,5 % gingen auf das Konto der DVU. Bei der Gemeinderatswahl traten dann die Republikaner alleine an und erreichten 6,2 % der Stimmen.

Wenn auch beide Wahlen nicht zu den ganz wichtigen Wahlen rechnen, ein Umstand, der durch eine recht geringe Wahlbeteiligung untermauert wird, so gibt es doch zwischen der Europa- und der Gemeinderatswahl erhebliche Unterschiede. Sie beziehen sich einerseits auf den durch das Wahlsystem vorgegebenen Unterschied in der Entscheidungssituation des Wählers, andererseits auf die Reichweite der Wahlentscheidung. Bei der Europawahl konnte der Wähler nur eine Stimme vergeben, für Parteilisten, deren Zusammensetzung überdies den meisten Wählern nicht oder bestenfalls schemenhaft bekannt war. Dies bot den Wahlkampfstrategen die Möglichkeit, die Parteiwerbung auf wenige allgemeine Symbole bzw. auf ein generelles Parteiimage auszurichten. Für die Republikaner war dies eine höchst vorteilhafte Situation, da sie unter diesen Umständen sowohl ihre keineswegs geschlossene Programmatik als auch ihr kaum überzeugendes Kandidatenangebot hinter einer pauschalen Protestattitüde und ihrem populistischen Zugpferd Franz Schönhuber verbergen konnten. So wurde denn auch der Europawahlkampf der Republikaner zentral auf den Parteivorsitzenden und seine Großveranstaltungen zugeschnitten, flankiert von einer flächendeckenden Medienwerbung, die durch aufgeregte Features und Reportagen über die neue "Gefahr von Rechts" zusätzlichen Auftrieb und Publizität erhielt.

Da es in der Europawahl nicht um den Bestand einer Regierung, ja nicht einmal um die Zusammensetzung eines mit wirklich wichtigen Kompetenzen ausgestatteten Parlaments ging, war "die Neigung, bei der Stimmabgabe aktuelle Unzufriedenheiten zu artikulieren, erheblich größer als bei Bundestagswahlen"<sup>1)</sup>.

Demgegenüber lagen die Dinge bei der Gemeinderatswahl anders. Das Kommunalwahlrecht stattet den Wähler mit der Möglichkeit zu einer hochdifferenzierten Stimmenvergabe aus. Dies war durchaus von Vorteil für die Republikaner; denn Wählern, die Skrupel hatten, ein vorbehaltloses Votum für die Rechte abzugeben, stand mit dem Panaschieren im Kommunalwahlrecht die Option einer partiellen und abgestuften Vergabe ihrer Stimmen für die Republikaner offen. Auf der anderen Seite mußte bei der Gemeinderatswahl die dünne Personaldecke der Republikaner vor Ort, die vagen programmatischen Positionen, die Unerfahrenheit im kommunalpolitischen Bereich und nicht zuletzt die Frage der unmittelbaren Auswirkungen einer Republikaner-Fraktion auf die Entscheidungsfähigkeit des Gemeinderats die Bereitschaft der Wähler dämpfen, den politischen Frustrationen ebenso freien Lauf zu lassen wie bei der Europawahl.

Man kann vor diesem Hintergrund zu dem Schluß kommen, daß die Europawahl für die Mobilisierung des rechten Potentials wohl insgesamt bessere Chancen eröffnen mußte als die Gemeinderatswahl. Dieser aus dem Charakter als "Nebenwahl zweiter Klasse" entstehende Vorteil wurde allerdings durch die Kandidatur einer

-----  
<sup>1)</sup> Hans-Jürgen Hoffmann, Ursula Feist: "Die Europawahl 1989 - eine klassische Nebenwahl?" In: APUZ 43/89, S. 38.

zweiten Rechtspartei neben den Republikanern wieder eingegebenet. Demgegenüber bot das Kommunalwahlsystem zwar die leichteren Überstiegsmöglichkeiten zu den Rechtsextremen, aber die im Vergleich zur Europawahl wichtigere Gemeinderatswahl mit ihrem Akzent auf den lokalen Gegebenheiten ließ die wirksamsten politischen Waffen der Republikaner - die unspezifische Wirkung eines allgemein gefaßten Protests und das populistische Geschick ihres Vorsitzenden Schönhuber - nicht in gewohnter Weise zur Geltung kommen.

Tabelle 1: Die Stimmenanteile der Parteien und Listenverbindungen in Freiburg bei der Europawahl 1989 und der Gemeinderatswahl 1989 in %

Partei / Listenverbindung	Europawahl	Gemeinderatswahl
CDU	28,3	26,8
SPD	29,8	25,6
FDP	7,2	6,9
Freie Wähler	-	7,6
DIE GRÜNEN	22,2	20,0
LINKE LISTE	-	3,6
<b>Republikaner</b>	<b>5,9</b>	<b>6,2</b>
<b>DVU</b>	<b>1,5</b>	<b>-</b>
ÖDP	3,1	2,8
Sonstige	2,0	0,5

Die Wahlergebnisse der Rechtsparteien in Freiburg schwanken ganz beträchtlich zwischen Stadtteilen, in denen sowohl die Republikaner als auch die DVU kaum über die Stellung von Splitterparteien hinaus kamen, und Stadtbezirken, in denen die Rechtsparteien etwa die Stärke der GRÜNEN erreichten oder gar übertrafen und fast ein Fünftel der Wähler an sich banden. Die Tabellen 2 und 3 zeigen die Hoch- und Tiefburgen der Republikaner in Freiburg. Bei beiden Wahlen verteilen sich diese nach demselben Muster: Im Westen liegen die Hochburgen; die Tiefburgen hingegen liegen in den östlichen bzw. ländlichen Stadtbezirken.

Spitzenreiter unter den rechten Hochburgen bei der Europawahl war Haslach-Schildacker mit 13,0 % für die Republikaner und zusätzlichen 3,6 % für die DVU, also einem kumulierten Stimmenanteil von 16,6 %. Auch bei der Gemeinderatswahl schnitten die Republikaner - diesmal allein - hier mit 12,0 % am besten ab. Insgesamt erwiesen sich alle Haslacher Bezirke sowie Brühl, Landwasser und Mooswald bei beiden Wahlen als überdurchschnittlich anfällig für die rechtsextremen Parteien. Demgegenüber lagen die Rechtsparteien in den Wiehre-Stadtbezirken sowie in Günterstal, Kappel, Littenweiler, Herdern und in der Altstadt deutlich unter ihrem Stadtergebnis.

Damit zeichnet sich auch zugleich ein augenfälliger Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der Rechten und den Ergebnissen der anderen Parteien ab. Die Republikaner sind besonders stark in den Hochburgen der SPD; hingegen kamen sie in den Hochburgen aller anderen Parteien - CDU, FDP, GRÜNE - auf keinen grünen Zweig. Dies ergibt ein auf den ersten Blick verwirrendes Bild, nämlich massive Verluste der CDU auf gesamt-

städtischer Ebene, die jedoch mit Republikanergewinnen vor allem in den Stadtbezirken einhergehen, in denen die CDU traditionellerweise eher schwach ist. Wie ist dieser vermeintliche Widerspruch aufzulösen?

**Tabelle 2: Hochburgen der Republikaner bei der Europawahl 1989 und der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg (Stimmenanteile in % auf der Basis von 38 Stadtbezirken)**

Rang	Europawahl		Gemeinderatswahl	
	Stadtbezirk	%	Stadtbezirk	%
1	Brühl-Industriegebiet	14,5	Haslach-Schildacker	12,0
2	Haslach-Schildacker	13,0	Brühl-Industriegebiet	11,2
3	Stühlinger-Beurbarung	11,2	Brühl-Güterbahnhof	10,9
4	Haslach-Weingarten	10,0	Mooswald-Ost	10,6
5	Haslach-Gartenstadt	9,5	Haslach-Weingarten	10,4
6	Landwasser	9,4	Haslach-Gartenstadt	9,7
7	Brühl-Güterbahnhof	9,1	Haslach-Haid	9,7
8	Mooswald-Ost	8,4	Stühlinger-Beurbarung	9,6
9	Betzenhausen-Bischofslande	7,6	Landwasser	9,5
10	Haslach-Egerten	7,6	Haslach-Egerten	9,4
	Freiburg insg.	5,9	Freiburg insg.	6,2

**Tabelle 3: Tiefburgen der Republikaner bei der Europawahl 1989 und der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg (Stimmenanteile in % auf der Basis von 38 Stadtbezirken)**

Rang	Europawahl		Gemeinderatswahl	
	Stadtbezirk	%	Stadtbezirk	%
29	Unterwiesre-Süd	4,2	St. Georgen	4,4
30	Mittelwiesre	3,9	Waldsee	4,4
31	Littenweiler	3,8	Ebnet	4,2
32	Kappel	3,7	Oberwiesre	4,1
33	Oberwiesre	3,5	Herdern-Süd	4,0
34	Herdern-Nord	3,5	Mittelwiesre	3,9
35	Altstadt-Mitte	3,4	Herdern-Nord	3,8
36	Herdern-Süd	3,2	Unterwiesre-Nord	3,8
37	Günterstal	3,1	Altstadt-Mitte	3,0
38	Unterwiesre-Nord	3,0	Kappel	2,8
	Freiburg insg.	5,9	Freiburg insg.	6,2

### **3. Bestimmungsfaktoren des rechten Wahlerfolgs**

#### **3.1 Zur Notwendigkeit eines langfristig orientierten, dynamischen und multikausalen Erklärungsansatzes für das Aufkommen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik**

Bei der Suche nach den Ursachen für den Aufschwung neuer Rechtsparteien hat gerade in der Bundesrepublik stets die Gefahr bestanden, der suggestiven Deutungskraft einfacher und auf den ersten Blick scheinbar plausibler Erklärungsformeln zu erliegen. Vor allem zwei Thesen wurden auch nach dem Aufkommen der Republikaner wieder in die öffentlich-politische Diskussion eingebracht.

Die erste These hebt auf das Element einer Kontinuität rechtsextremistischer politischer Strömungen in der deutschen Geschichte ab. Die Republikaner erscheinen in dieser Sicht - nach der NPD in den sechziger Jahren - als neueste Manifestation einer besonderen und unseligen Anfälligkeit der Deutschen für rechtsextremistische Parolen<sup>1)</sup>. Die neuen Rechtsparteien sind, so gesehen, Folgen einer unausrottbaren, weit zurückreichenden Tradition, die in den Greueln des Naziregimes ihren frechesten Ausdruck fand. Vor allem zahlreiche ausländische Pressekommentare nach den Wahlerfolgen der Republikaner im Frühjahr 1989 gingen in ihrem Argumentationskern auf diese These vom unverbesserlichen Hang zum Rechtsextremismus als festem Bestandteil gerade des deutschen Wesens zurück.

Eine zweite These, die in erster Linie von Kommentatoren linker Provenienz vorgetragen wurde, erblickt in den Wahlerfolgen der Republikaner hingegen die aktuellste Variante neofaschistischer Tendenzen, die - darin liegt die eigentliche Stoßrichtung der These - untrennbar mit den Strukturen kapitalistischer Systeme verbunden sind und zwangsläufig in Krisenzeiten kapitalistischer Staaten auftreten.

Beide Thesen eignen sich wegen ihrer Handlichkeit vorzüglich als polemische Waffe im politischen Schlagabtausch. Sie legen ein sehr einfaches Ursachenverhältnis für die Entstehung des Rechtsextremismus zugrunde, und beide haben fürs erste eine unbestreitbare Evidenz auf ihrer Seite. Ohne Zweifel haben übersteigertes nationalistisches Denken und rechtsextremistische Strömung die jüngste Geschichte gerade Deutschlands in verhängnisvoller Weise geprägt; und ebenso unbestritten sind die rechtsextremistischen Bewegungen der ersten Jahrhunderthälfte wie auch die Strömungen der neuen Rechten in den letzten Jahren in kapitalistischen Gesellschaften hervorgetreten.

Eine genauere historische und aktuelle Betrachtung rechtsextremistischer Bewegungen und ihres gesellschaftlichen und politischen Umfeldes zeigt nun aber, daß beide Thesen bei aller vordergründigen Plausibilität einige schwerwiegende Erklärungslücken aufweisen. So haben zahlreiche neue Studien der Geschichtswissenschaft durch eine vergleichende Analyse deutscher, italienischer und französischer Faschismen während der Zeit zwi-

-----  
<sup>1)</sup> Richard Stöss spricht von der "dritten Erfolgswelle des parteiförmig organisierten Rechtsextremismus" und zieht damit eine durchgehende Linie vom Nationalsozialismus über die NPD bis zu den Republikanern. Richard Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik: Entwicklung - Ursachen - Gegenmaßnahmen. Opladen 1989, S. 255.

schen den beiden Weltkriegen die These vom verderblichen Nationalcharakter der Deutschen durch den Hinweis auf die allgemeinen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturkrisen im Übergang von einer traditional-agrarischen zu einer modern-industrialisierten Gesellschaftsformation wesentlich revidiert<sup>1)</sup>. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland erscheint in dieser Sichtweise einerseits als ein "Epochenphänomen", das auch in anderen Ländern hervorbricht. Die im Vergleich zu diesen anderen Ländern auf die Spitze getriebene Radikalität der politischen Bewegung und ihre breite Resonanz in der Bevölkerung gehen andererseits weniger auf einen wie auch immer gearteten Nationalcharakter der Deutschen, sondern in erster Linie auf eine höchst verhängnisvolle Kombination von Strukturbedingungen zurück, die der nationalsozialistischen Variante des Faschismus zu besonderer Bedeutung verhelfen. Der amerikanische Historiker Henry Ashby Turner hat die Wirkungen dieser Struktureigentümlichkeiten, die um die Jahrhundertwende in Deutschland herrschten, unter dem Stichwort einer "Wasserscheide der Modernisierung" zusammengefaßt: "Für die Mehrzahl der Menschen wurde damals der alte und gewohnte Kreislauf des Lebens und seine zeitliche und räumliche Kontinuität zum erstenmal gestört ... Mit nie dagewesener Schnelligkeit wurden Millionen aus den gewohnten Formen des ländlichen Lebens gerissen und in eine ihnen fremde städtische Welt verschlagen. In diesem gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß wurden zugleich ehrwürdige kulturelle Werte zum Gegenstand von Angriffen und eines weit verbreiteten Zweifels. Viele der kulturell und sozial Entwurzelten fanden in der sozialistischen Bewegung einen neuen, weltlichen Bezugspunkt. Andere aber trieben haltlos in einer sie bedrohenden, fremden Welt, für die ihr früheres Leben sie schlecht vorbereitet hat. Es überrascht deshalb kaum, daß einige von ihnen für Bewegungen aufgeschlossen waren, die diese moderne Welt heftig anfeindeten."<sup>2)</sup>

Auch die Faschismus- und Neofaschismusthesen linker Autoren sind als Erklärungsvarianten recht problematisch. Zum einen vermögen sie nur unzureichend die unterschiedliche Anfälligkeit verschiedener, jedoch allesamt kapitalistischer Länder für rechtsextremistische Strömungen herzuleiten. Zum anderen bedarf es komplizierter theoretischer Hilfskonstruktionen, die faschistischen - oder in unserem Sprachgebrauch: die rechtsextremistischen - Bewegungen mit ihrem ausgeprägten Unterschichten- und Kleinbürgerprofil in einen schlüssigen Zusammenhang mit dem Krisenmanagement des Groß- und Monopolkapitals zu bringen. Vor allem aber im Blick auf eine Analyse der Sympathisanten und Wähler rechtsextremistischer Parteien gibt die in der Faschismusthese angelegte pauschale Zuordnung dieser rechten Strömungen zu den Verwertungsinteressen des Kapitals wenig Aufschluß über die Motive und Mechanismen hinter dem politischen Verhalten<sup>3)</sup>.

Beide Erklärungsformen mit ihren letztlich monokausalen Deutungsmustern, aber auch die Beschränkung auf kurzfristige tagespolitische Auslöser für rechtsextremistische Aufwallungen versperren den Zugang zu einem tieferen Verständnis der neuen Rechtstendenzen. Es besteht die Gefahr, mit Faustformeln wie "Neofaschismus" oder "Neonazismus" einen ideologischen Popanz zu schaffen, der die eigentlichen Triebfedern hinter diesem ge-

-----  
<sup>1)</sup> Stellvertretend für viele andere historische Studien, die in vergleichender und strukturbezogener Weise argumentieren, seien hier nur genannt: Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Cation Francaise. Italienischer Faschismus. Nationalsozialismus. München 1963. Wolfgang Schieder (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung. 2. Aufl., Göttingen 1983.

<sup>2)</sup> Henry Ashby Turner: "Faschismus und Anti-Modernismus". In: Ders.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft. Göttingen 1972, S. 167.

<sup>3)</sup> Eine ausführliche Diskussion über die mangelhafte Erklärungskraft und den polemisch-ideologischen Gehalt der Faschismus-These im Sinne der neuen Linken führt: Heinrich August Winkler: "Die neue Linke und der Faschismus: Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus" in: ders., Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus, Göttingen 1978, S. 65-117.

wandelten Wählerverhalten verdeckt. Damit kann es zur Fehlbewertung und zur Verhärtung eben dieser Tendenzen kommen. Die mögliche Einsicht in wirksame politisch-gesellschaftliche Gegenstrategien wird zugunsten polemischer Argumentationsvorteile geopfert.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen historischen und sozialwissenschaftlichen Bestandsaufnahmen zu den Ausprägungen rechtsextremistischer und rechtsradikaler Politik sollte der Versuch, die Wahlerfolge der neuen Rechtsparteien zu erklären, von vielschichtigen und verzweigten Ursachen und Motivlagen für ein rechtsextremes Wahlverhalten ausgehen. Dieser Ansatz geht auf eine zentrale Prämisse zurück: In allen fortgeschrittenen Industriegesellschaften existiert ein Potential für rechtsradikale politische Bewegungen. Der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch hat dies so formuliert: "Rechtsradikalismus ist unter dieser Perspektive eine "normale" Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften".<sup>1)</sup>

Mit dieser Sichtweise hebt sich der hier verfolgte Erklärungsansatz sowohl von der These vom rechtsextremen Nationalcharakter als auch von der Neofaschismus-These ab. Rechtsextremismus erscheint als eine konstant gegebene politische Option in bereits voll entwickelten Industriegesellschaften, während der deutsche Nationalsozialismus oder der Faschismus italienischer Prägung als politische Bewegungen in einer Epoche des Wandels von einem Gesellschaftstypus zum anderen eben nicht unter diese Kategorie "normaler Pathologien" fallen. Mit dem Akzent auf der industriellen Entwicklung einer Gesellschaft und ihren Strukturmechanismen kann gegenüber der Neofaschismus-These und ihren verschwörungstheoretischen Implikationen die mühevoll Suche nach den - womöglich gar nicht vorhandenen - Übertragungsmechanismen von der kapitalistischen Interessenlage zu den rechtsextremistischen Bewegungen vermieden werden.

Der Rechtsextremismus als so verstandene politische "normale" Pathologie erscheint somit weitaus "alltäglicher" als die alle politischen Dämme einreißenden Ausbrüche des Faschismus in den zwanziger und dreißiger Jahren. Er ist eingelagert in ein breites Spektrum nationaler und rassischer Vorurteile und wird - je nach dem Zustand des politischen Gemeinwesens und der Gesellschaft - mehr oder minder stark und häufig zum Durchbruch kommen.

Ein brauchbares Erklärungsmodell sollte von zwei Grundüberlegungen ausgehen. Zum einen gilt es, die verschiedenen Komponenten zu ermitteln, die als Bestimmungsfaktoren für rechtsextremes Wahlverhalten ineinandergreifen. Zum anderen geht es darum, in dem Erklärungsmodell die langfristige und dynamische Komponente einer Verhaltensänderung beim Wähler hervorzuheben. Gerade dieser Aspekt scheint bei den ansonsten so reichhaltigen Untersuchungen zur Anhängerschaft der Republikaner zu kurz zu kommen. Sowohl unter der Perspektive eines plausiblen Erklärungsversuchs als auch im Blick auf eventuelle Gegenstrategien spielt die phasenhafte Abfolge der einzelnen Ursachenbündel und der gegebenenfalls initiierten Gegenmaßnahmen eine zentrale Rolle.

<sup>1)</sup> Erwin K. Scheuch (unter Mitarbeit von Hans D. Klingemann): "Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften". In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jahrgang/1967, S.12.

Ein Überblick über das reichhaltige sozialwissenschaftliche Schrifttum zum Extremismus bzw. zum Rechtsextremismus läßt folgende Ursachenbündel für dessen Aufkommen erkennen:

- individual- und sozialpsychologische Faktoren;
- sozio-ökonomische Faktoren;
- politische Entwicklungen;
- einen ideologisch aufladbaren Themen- und Reizwortkatalog<sup>1)</sup>.

Im folgenden sollen diese Ursachenbündel nun - soweit die Datenlage dies zuläßt - mit Blick auf die Wählerschaft in Freiburg dargestellt und diskutiert werden. Ehe wir jedoch im einzelnen zu diesen Untersuchungsschritten kommen, ist ein kurzer Hinweis auf einige wichtige methodische Probleme bei der Untersuchung der rechtsextremen Wählerschaft notwendig.

### 3.2 Exkurs: Methodische Probleme bei der Analyse von Anhängern rechtsextremistischer Parteien

Die schiere Fülle von Analysen zum Rechtsextremismus und die dort vertretenen Thesen lassen einen für alle weiterführenden Bewertungen und Interpretationen bedeutsamen Aspekt an den Rand geraten, nämlich die gerade hier besonders ausgeprägten methodischen Schwierigkeiten, ein wirklichkeitsgetreues Bild der Wähler und Sympathisanten der Rechtsparteien zu vermitteln. Ehe wir deshalb auf die zentralen Ergebnisse der Forschung zum Rechtsextremismus näher eingehen, sei eine kurze Skizze dieser methodischen Probleme eingefügt, um die Vorbehalte genauer zu umschreiben, unter denen die gegenwärtige politische und wissenschaftliche Diskussion über die Neue Rechte und ihren Rückhalt in der Bevölkerung stattfindet.

Drei unterschiedliche Datentypen bilden die Grundlage für die Untersuchungen zur Anhängerschaft der Neuen Rechten:

- 1) Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, die Auskünfte über das wirkliche Wahlverhalten nach den Merkmalen Alter und Geschlecht zulassen
- 2) Aggregatdaten, d.h. auf bestimmte Gebietseinheiten bezogene Stimmen- oder Wähleranteile der Parteien, die dann zu anderen Merkmalen eben dieser Gebietseinheiten systematisch in Beziehung gesetzt werden. So läßt sich beispielsweise über alle Freiburger Stadtbezirke hinweg der Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der Republikaner und der Berufsstruktur in den jeweiligen Stadtbezirken verfolgen.
- 3) Daten aus Umfragen, in denen bei den Mitgliedern einer repräsentativen Stichprobe verschiedene individuelle Merkmale und Einstellungen zu politischen Problemen abgefragt werden

-----  
<sup>1)</sup> Diese vier Ursachenbündel orientieren sich im wesentlichen an dem bei Scheuch und Klingemann skizzierten Schema einer Entfaltung rechtsextremistischer Potentiale in einer mehrstufigen Abfolge. Siehe hierzu Scheuch, Theorie des Rechtsradikalismus, S. 19-21.



Jeder einzelne dieser Datentypen weist bestimmte "Tücken" oder Defizite auf, die stets und ganz unabhängig vom Untersuchungsgegenstand zur Geltung kommen.

- Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik sind zwar präzise, aber die dort erfaßten Kategorien Alter und Geschlecht bleiben zunächst einmal in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung ungeklärt. Es bedarf in beiden Fällen immer erst einer inhaltlich-theoretischen Aufladung der Kategorien, um sie zu erklärungskräftigen Faktoren zu machen. So ist etwa die Erfassung der Wähler nach Geschlecht überhaupt nur vor der theoretischen Annahme relevant, daß es eine im Wahlverhalten widergespiegelte politische Geschlechterrolle gibt.
- Die auf Gebietsebene erhobenen Aggregatdaten sind zwar ebenfalls "harte" und präzise Daten, und sie können bei der Analyse des sozialen Umfelds der Wahlentscheidung wichtige Informationen liefern. Aber sie lassen keine Aufschlüsse über die Motive und Verhaltensdispositionen beim einzelnen Wähler zu. So ist es als "ökologischer Fehlschluß" methodisch unzulässig, etwa vom gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Wahlergebnisse für die Neue Rechte zu dem Schluß zu gelangen, es hätten die Arbeitslosen rechts gewählt. Die Fragwürdigkeit dieser Schlußfolgerung tritt eklatant zutage, wenn man anstelle der Arbeitslosigkeit in einem Stadtquartier die damit fast immer einhergehende hohe Ausländerquote in die Gleichung einsetzt. In vielen Fällen bewegen sich Ausländer- und Republikaneranteil völlig im Gleichklang und überdies auf demselben Niveau. Aber die Ausländer scheiden, da sie ja nicht stimmberechtigt sind, als Wähler für die Republikaner von vorneherein völlig aus. Das Beispiel zeigt die Grenzen der Aggregatdatenanalyse. Die individuellen und gruppenbezogenen motivationalen Bestimmungsfaktoren lassen sich nur über Befragungsdaten erfassen.
- So unbestritten die Vorteile von Umfragedaten sind, so gilt es auch hier, stets drei eventuelle Unzulänglichkeiten der Umfragedaten im Auge zu behalten. Dies ist zum einen die Größe der Stichprobe bzw. der jeweils untersuchten Teilmenge innerhalb der Stichprobe. Auch hier ein Beispiel. In einer durchaus repräsentativen Gesamtstichprobe von 1500 Befragten entfallen gerade auf kleine Splitterparteien nur entsprechend wenige Fälle; auf der Grundlage von etwa 75 Anhängern der Republikaner - dies entspräche einem Anteil von 5 % in der Stichprobe - werden weiterführende Klassifikationen dieser Gruppen, etwa nach Berufszugehörigkeit oder regionaler Herkunft, zu einem Vabanquespiel. Zum zweiten besteht in jedem Interview die Gefahr, daß der Befragte "schwindelt", sei es, um sich keine Blöße zu geben, sei es, weil ihn die Reihenfolge der Fragen förmlich zu einer bestimmten Antworthaltung treibt. Drittens schließlich liegt ein Grundproblem aller Umfrageforschung in der nicht überbrückbaren Kluft zwischen Meinungen und Einstellungen auf der einen Seite und dem tatsächlichen Verhalten auf der anderen. Befragungen können stets nur Verhaltensdispositionen ermitteln, deren Umsetzung jedoch durch viele Faktoren gefiltert, erschwert oder auch verhindert werden kann.

Für die Erforschung des Rechtsextremismus gelten diese grundsätzlichen Vorbehalte natürlich auch, freilich mit dem Zusatz, daß sie sich im Umfragebereich noch verschärfen. Angesichts der massiven öffentlichen Kritik und Besorgnis über das Aufkommen der Rechtsparteien entwickeln Befragte mit entsprechenden politischen Neigungen oftmals während eines Interviews das Bedürfnis, die "wahren" Einstellungen zu tarnen und sich nicht als

"Radikale" zu erkennen zu geben. Als Folge dieser Scheu zum Bekenntnis der politischen Ansichten kann es zu einer systematischen Unterschätzung der Anhängerschaft extremistischer Parteien kommen. Das Gegenteil, nämlich eine Überschätzung des Potentials, ist jedoch ebenfalls häufig. Im Wissen um die Skrupel der Befragten, sich direkt als extremistische Wähler zu erkennen zu geben, baut man in das Interview Kontroll- und Ersatzfragen ein, die, etwa über die Stellung zum Ausländerproblem oder den Nationalstolz der Befragten, indirekt Aufschluß über das Vorhandensein rechtsextremistischer Tendenzen ermöglichen sollen. Doch nun kommt der Bruch zwischen Einstellungen und Verhalten in aller Schärfe ins Spiel. Viele Befragten haben zwar bei der einen oder anderen Frage ausgesprochen rechtsextremistische Einstellungen, aber andere Faktoren - etwa die Anpassungszwänge in der Familie oder eine öffentliche Tabuisierung rechter politischer Neigungen - vermögen diese Einstellung so weit zu blockieren, daß sie nicht zu einem entsprechenden politischen Verhaltensakt, nämlich zu einer Stimmabgabe für die Republikaner, führt.

Es gilt, all diese Vorbehalte gerade bei einer Diskussion über die Anhängerschaft der Neuen Rechten und die sie treibenden Motive stets zu bedenken. Die Einsicht, daß sich die Wahlforschung stets in ihren theoretischen Modellen der Form des Indizienbeweises zu bedienen hat, erlangt hier besonderes Gewicht.

### 3.3 Individual- und sozialpsychologische Faktoren

Aus der Sicht zahlreicher psychologisch ausgerichteter Studien, die sich im Rückgriff auf die mittlerweile klassische Untersuchung von Theodor W. Adorno<sup>1)</sup> aus dem Jahre 1945 über die autoritäre Persönlichkeit mit rechtsextremistischen Verhaltensdispositionen befaßt haben, sind die bei Wahlen auftretenden Stimmengewinne rechtsextremer Parteien wie der NPD oder neuerdings der Republikaner immer nur "Zeichen und Symptom für das vorhandene rechtsextremistische Potential"<sup>2)</sup> in der Bevölkerung. Gehen die Rechtsparteien leer aus, wie das in der bundesrepublikanischen Wahlgeschichte die längste Zeit der Fall war, so ist dies keinesfalls notwendigerweise mit dem Fehlen dieses rechtsextremistischen Potentials gleichzusetzen. Vielmehr kann dies Potential lange Jahre latent bleiben und nicht zum Durchbruch bei Wahlen kommen, weil die eine Wahlverhaltensänderung auslösenden Mechanismen nicht zu den latenten Potentialen hinzutreten.

Vor diesem theoretischen Hintergrund ermittelte bereits im Jahre 1981 die damals vielbeachtete SINUS-Studie: 13 % der Wähler verfügten "über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild".<sup>3)</sup> In dieselbe Richtung weist eine Untersuchung von Gessenharter, Fröchling und Krupp<sup>4)</sup> über die politischen Einstellungen von Absolventen der

-----  
<sup>1)</sup> Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. 4. Aufl. Frankfurt 1982.

<sup>2)</sup> Hartmut Castner, Thilo Castner: "Rechtsextremismus und Jugend. Erscheinungsformen - Ursachen - Gegenstrategien". In: APUZ, 41 bis 42/1989, S. 32.

<sup>3)</sup> SINUS-Studie: 5 Millionen Deutsche: "Wir wollen wieder einen Führer haben ...", Reinbek 1981, S. 79.

<sup>4)</sup> Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling, Burkhard Krupp: Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen. Weinheim, Basel 1978.

Bundeswehrhochschule aus dem Jahre 1978; und eine neuere Analyse aus dem Jahre 1987 attestiert rund 16 % der 16- bis 17jährigen eine rechtsextremistische Orientierung<sup>1)</sup>.

Castner und Castner weisen darauf hin, daß diese zurückliegenden Annäherungsversuche an das rechtsextremistische Potential dadurch Plausibilität gewinnen, daß sie mit den Ergebnissen der SPIEGEL-Umfrage übereinstimmen, "wonach 13 % der westdeutschen Bevölkerung den möglichen Einzug der Republikaner in den Bundestag sympathisch finden"<sup>2)</sup>. Hans-Joachim Veen, der Leiter des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, schätzt die Stärke der Sympathisanten der Republikaner auf etwa 15 %<sup>3)</sup>; die vom SPD-Bundesvorstand angeregte Studie geht von einem "weitesten REP-Unterstützungspotential" von 12 % aus<sup>4)</sup>.

Die in den psychologischen Studien skizzierte "politische Mentalität" umfaßt - in Anlehnung an die SINUS-Studie von 1981 - im wesentlichen fünf Elemente.

- 1) Ein reaktionäres Menschenbild herrscht vor, das einerseits Zucht, Ordnung, Männlichkeit und Autorität hervorhebt und sich andererseits aggressiv gegen Minderheiten mit abweichendem Verhalten kehrt.
- 2) Ausgeprägte Bedrohungsängste entstehen angesichts des grundlegenden gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Unsicherheiten und Herausforderungen an viele Bürger. Diese Belagerungsmentalität macht "Sündenböcke" (Juden, Asylanten, "Chaoten") für die gesellschaftlichen und eigenen Mißstände verantwortlich.
- 3) Ein auch auf Politik und Gesellschaft übertragenes starkes Harmoniebedürfnis und - als Kehrseite dieser Einstellung - eine ausgeprägte Abneigung gegen Konflikte, offene Situationen und die mit ihnen assoziierten politischen und gesellschaftlichen Gruppen.
- 4) "Eine rigide Werte-Hierarchie, in der Volk, Vaterland und Familie dominieren"<sup>5)</sup>.
- 5) Ein "Siegfried-Komplex", der den Träger dieser oben skizzierten Einstellungen als heroischen Kämpfer in einer nahezu aussichtslosen Schlacht gegen die übermächtigen gesellschaftlichen und politischen Feinde sieht.

Bei der Entstehung dieser politischen Mentalität wirken verschiedene Ursachen zusammen. Zum einen zählen gewiß genuine Persönlichkeitsmerkmale dazu, die entweder kaum oder überhaupt nicht durch das gesellschaftlich-politische Umfeld hervorgerufen oder beeinflußt sind. Auf der anderen Seite heben zahlreiche Autoren be-

-----  
<sup>1)</sup> W. Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, 2. Auflage, Weinheim, München, 1988, S. 184 ff.

<sup>2)</sup> Castner, Castner, a.a.O., S. 34.

<sup>3)</sup> Veen, "Programm" und "Wähler" der Republikaner, S. 55

<sup>4)</sup> Klär et al., Die Wähler der extremen Rechten, Bd. 2, S. 42. Allerdings wird hier auf die jeweils erheblichen regionalen Unterschiede verwiesen, die auf ein klares Nord-Süd-Gefälle hindeuten. So zählen in Bayern 22 % der Befragten zum Unterstützungspotential für die Republikaner.

<sup>5)</sup> Castner, Castner, a.a.O., S. 32.

sonders wichtige Phasen der Mentalitätsbildung hervor, die - im Gegensatz zu den Persönlichkeitsmerkmalen im eigentlichen Sinne - sehr deutlich von den Anpassungszwängen des Individuums an die Gegebenheiten moderner Industriegesellschaften zeugen.

Der übersteigerte Wunsch rechtsextremistischer Persönlichkeiten nach einfachen und überschaubaren Lösungen und Verhältnissen spiegelt nach dieser Sicht vor allem einen fehlgeschlagenen Übergang zwischen zwei "sozialen Verhaltenshorizonten" wider, einen mißlungenen Anpassungsversuch an die Grundmuster neuzeitlicher Industriegesellschaften. Helmut Schelsky hat die Problemlage hinter diesem ebenso notwendigen wie schwierigen Anpassungsmanöver sehr knapp und anschaulich beschrieben: "Wir sehen also in unserer modernen Gesellschaft zwei ganz verschiedene, vielfach geradezu gegensätzliche Systeme der Sozialstruktur und Sozialbeziehungen: Auf der einen Seite die durchaus auf Dauer so bestehenbleibende intime und kleingruppenhafte Welt der Familie, auf der anderen Seite die Welt der ... großorganisatorischen Sozialbeziehungen und sozialen Gebilde, die Hans Freyer - den Begriff Cooleys von der 'primären Gruppe' aufnehmend und fortführend - 'sekundäre Systeme' genannt hat ... Der Gegensatz zwischen der intimen Familiengruppe mit ihren jeweils die ganze Person umfassenden, gefühlserfüllten Beziehungen auf der einen und der arbeitsteilig versachlichten Welt der industriellen Produktion, der bürokratisch funktionalisierten Öffentlichkeit der großen Organisationen und der alle Chancen im Erwerbsstreben ausbeutenden Wirtschaftswelt auf der anderen Seite ist an sich und für alle bereits das Grunddilemma unserer Gesellschaft ... In den aus diesem Dilemma sich ergebenden Spannungen und Konflikten beruht bereits die große Verhaltensunsicherheit des Erwachsenen und wurzelt das durchgehende Gefühl sozialer Ausgesetztheit und Unzufriedenheit, das sich allenthalben als modernes Krisenbewußtsein interpretiert."<sup>1)</sup>

Scheuch und Klingemann greifen in ihrer Theorie des Rechtsradikalismus diesen Grundgedanken bei Schelsky auf. Für sie folgt aus dem "neuartigen und dynamischen Charakter der Industriegesellschaft im Alltag der Individuen" eine Reihe von "normativen Brüchen", deren Verarbeitung auch zu der oben skizzierten "politischen Mentalität" führen kann<sup>2)</sup>. Dies führt zu Unsicherheiten. Der erzwungene Wechsel der Bezugssysteme erscheint als Zwang, den es abzuschütteln gilt. "Eine der verschiedenen möglichen Formen der Auflösung von Unsicherheiten bei diesen Verhältnissen ist Rigidität im Denken: Ausweichen vor den tatsächlich bestehenden Widersprüchlichkeiten durch ein starres ... Wert- und Orientierungssystem. Wird dieses aufrechterhalten, indem gegenteilige Orientierungssysteme und auf diese Weise nicht zu kontrollierende Situationen als 'feindlich' bewertet werden, so liegt eine pathologische Form dieses Denkens vor. Diese Form der pathologischen 'Anpassung' wurde von verschiedenen Sozialpsychologen und Soziologen wiederholt als bedeutsam für den Erfolg extremistischer Anschauungen bezeichnet ... Für Personen mit diesen Denk- und Orientierungssystemen sind allgemein die Entscheidungsprozesse in sekundären Institutionen - und unter Umständen politische Geschehen - eine Hauptquelle der Besorgtheit ... Politische Bewegungen, die dann eine Verminderung von Spannungen versprechen und die einige ohnehin als störend empfundene Personengruppen auch als politische Feinde identifizieren, sind für diese

-----  
<sup>1)</sup> Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf, Köln 1963, S. 36.

<sup>2)</sup> Die Überlegungen Schelskys und Scheuchs lassen nun auch den strukturellen Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und dem Rechtsradikalismus heutiger Zeiten deutlich werden und theoretisch begründet erscheinen. Der Nationalsozialismus ist ein kollektives Anpassungsproblem zwischen den Verhaltenshorizonten bei einem epochalen Gezeitenwechsel hin zur modernen Industriegesellschaft; der heute hin und wieder aufbrechende Rechtsradikalismus ist hingegen ein auf einzelne und Gruppen beschränkter Ausbruch dieser Verhaltens- und Wertkrise im Zuge der Fortentwicklung der modernen Industriegesellschaft.

Personen anziehend. Es genügt aber gegebenenfalls schon die Aggressivität politischer Extremgruppen an sich, um sie für Personen mit rigiden Orientierungssystemen anziehend werden zu lassen."<sup>1)</sup>

Einige zentrale Elemente der rechtsextremistischen politischen Mentalität sind, wie immer man auch ihre Entstehungsursachen bewerten mag, sehr dicht am Persönlichkeitskern des Individuums angesiedelt und strahlen auch auf andere Bereiche neben dem politisch-gesellschaftlichen Feld ab. So haben gerade für das rechtsextremistische Potential etwa Fußball-Fanclubs und Motorrad-Clubs als nicht-politische Betätigungsfelder in ihrer "Ventilfunktion" bisweilen erhebliche Bedeutung<sup>2)</sup>.

Fernerhin schließt das Konzept eines latenten Potentials die Bändigung der rechtsextremistischen Dispositionen durch andere Faktoren förmlich ein. Das Trauma der nationalsozialistischen Diktatur und die daraus erwachsene Tabuisierung rechtsextremer politischer Positionen hat lange Zeit in der Bundesrepublik sowohl die Entstehung rechtsextremistischer Parteien als auch die Herausbildung entsprechender politischer Präferenzen in einer breiteren Wählerschaft schlichtweg im Ansatz erstickt. Auch heute noch wirkt diese Tabuisierung bei den meisten Wählern fort. Die rechtsextreme politische Mentalität im Sinne der SINUS-Studie konnte sich folglich unter diesem öffentlichen Druck nicht auf der Ebene des Wahlverhaltens äußern. Aber auch andere Hemmschwellen haben zur Eindämmung und Unterdrückung des rechtsextremen Potentials beigetragen. Die feste Einbindung eines großen Teils der Wähler in soziale Gruppen mit einer gegen rechte Positionen ausgerichteten Wertehierarchie wie etwa ein gewerkschaftlich durchwirktes Arbeitsumfeld oder eine kirchlich geprägte Lebenswelt sowie die Wirkung einer über Generationen hinweg stabilen Familientradition politischer Loyalität zu einer demokratischen Partei vermögen eine Transformation rechtsextremistischer Dispositionen in entsprechendes politisches Verhalten zu blockieren.

Allerdings scheinen diese stabilisierenden Mechanismen sozialer Kontrolle - deuten wir die Befunde einiger neuerer Studien zur Auflösung tradierter Bindungen richtig - in ihrer Wirkung merklich nachzulassen. Aktuelle Stichworte der gesellschaftspolitischen Diskussion wie "Auflösung traditioneller Milieus", "Ambivalenzen der sozialen Rollenverständnisse" und "Individualisierung von Lebensläufen und Soziallagen" akzentuieren eine insgesamt deutlich angestiegene soziale Mobilität mit all ihren Emanzipations-, aber eben auch mit all ihren Entwurzelungs- und Risikopotentialen. Im Lichte dieser Gesellschaftsanalysen ist also auf längere Sicht mit einem tendenziellen Anstieg extremistischen Wahlverhaltens zu rechnen. Hinzu tritt speziell im deutschen Fall, daß mit wach-

-----  
<sup>1)</sup> Scheuch, Theorie des Rechtsradikalismus, S. 18 u. 19.

<sup>2)</sup> In den Zusammenhang eines aus der Sicht der hier organisierten Mitglieder eher unpolitischen Zeitvertreibs gehören in besonderer Weise auch Teile der Jugend-Szene wie Rocker- oder Skinhead-Banden, die sich sehr häufig im rechtsextremistischen Umfeld bewegen. Sowohl einschlägige Studien der Jugendforschung als auch vor allem Berichte von Praktikern der Sozialarbeit vor Ort heben die individual- und sozialpsychologischen Mechanismen einer rechtsextremistischen Persönlichkeitsstruktur hervor, die in dem auffälligen und aggressiven Habitus und in den Ausschreitungen gegen "die anderen" und gegen "Fremde" wie Ausländer, Asylanten oder Punks zum Ausdruck kommen. Vor dem Hintergrund einer oftmals brüchigen und als perspektivlos empfundenen sozialen Lage erscheinen diese Rocker und Skinheads gleichermaßen als Täter und Opfer. Eine zuweilen politisch verbrämte Gewalttätigkeit speist sich aus Ängsten, Frustration und Komplexen. Die Unbestimmtheit und Auswegslosigkeit der eigenen Existenz, die Kälte und Feindseligkeiten "der Gesellschaft" erscheinen nur in der schützenden Wärme der Gruppe oder Bande erträglich. In den Ausbrüchen und Übergriffen gegen "die Fremden" manifestiert sich der ins Maßlose übersteigerte Wunsch nach eigener Stärke, nach eindeutigen und geordneten Verhältnissen und nach Anerkennung. Gerade die Unfähigkeit und Unwilligkeit, offene und mehrdeutige Situationen zu ertragen, erzeugen paradoxerweise ein hohes und stetiges Konfliktniveau, das in der Regel durch die darin enthaltenen Männlichkeitsrituale der Rauferei und Kraftmeierei eine zusätzliche Weihe erhält. Hier zeigt sich, wie fließend die Übergänge zwischen politischen Einstellungen und "unpolitischen", individualpsychologischen Dispositionen gerade im rechtsextremistischen und rechtsradikalen Bereich sein können.

sendem zeitlichen Abstand immer weniger Wähler die Tabuisierung rechter politischer Strömungen durch ihre eigenen Erfahrungen oder Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus abstützen und verstärken können. Die gleichermaßen betäubende wie ernüchternde Wirkung der moralischen und politischen Katastrophe des Dritten Reichs scheint abzuklingen. Damit wird eine durch rechtsstaatliche und andere Verfassungsbekanntnisse verbrämte Variante rechter Politik in der Wählerschaft auf größere Akzeptanz stoßen können als noch in den sechziger oder siebziger Jahren.

"Ich-Schwäche", Konfliktscheu, Rigidität - die psychologischen Grundbausteine der rechtsextremistischen Mentalität - sind Charakterzüge, die quer über alle Schicht-, Konfessions- und politischen Grenzen streuen können. Dies erklärt unter anderem auch die relativ breite Verteilung des rechtsextremistischen Potentials über die Anhängerschaft der verschiedenen etablierten Parteien hinweg. Eine wichtige Rolle für die Herausbildung oder den Fortbestand rechtsextremistischer Einstellungen scheint das Bildungsniveau, sei es das des Elternhauses oder das der Befragten selbst, zu spielen<sup>1)</sup>. Wenn auch eine höhere Bildung die psychologischen Triebfedern der rechtsextremistischen Mentalität nicht zu beseitigen vermag, so kann ein über Bildung vermittelter, differenzierter Wissensstand die Aufrechterhaltung der relativ schlichten Erklärungs- und Deutungsmuster des rechtsextremistischen Programmrepertoires erschweren, wenn nicht gar verhindern<sup>2)</sup>.

### 3.4 Sozio-ökonomische Bestimmungsfaktoren

Die herausragende Bedeutung wirtschaftlicher Verhältnisse und der mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen für den Erfolg rechtsextremistischer politischer Strömungen ist durch das zeitliche Zusammenfallen des Aufstiegs der Nationalsozialisten und der Weltwirtschaftskrise zur Zeit der späten Weimarer Republik beispielhaft und traumatisch illustriert worden. So unumstritten einerseits der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Krisen und Entfaltung rechtsextremistischer Potentiale als generelle Erklärungsthese auch ist, so wird mit dieser pauschalen Feststellung keineswegs befriedigend erklärt, welche Art sozio-ökonomischer Krise mit welchen Impulsen auf welche sozialen Gruppen im Sinne einer politischen Radikalisierung einwirkt<sup>3)</sup>. Deshalb scheint es hilfreich, den breiten Fächer sozio-ökonomischer Einflußfaktoren in drei kleinere Ursachenbündel aufzugliedern. Erstens spielt die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung eine bedeutsame Rolle, zweitens geht es um das soziale Profil bzw. das unmittelbare soziale Umfeld der rechtsorientierten Anhängerschaft und schließlich um kurzfristig wirksame sozial- und wirtschaftspolitische Streitfragen, die die Wähler auf der Rechten bewegen.

-----  
<sup>1)</sup> In seiner Studie über die rechtsextremistischen Einstellungen bei Jugendlichen kommt jedoch Heitmeyer zu dem von SINUS und Castner abweichenden Schluß, die Befunde unter Haupt- und Realschülern seien ohne Einschränkung auch für Gymnasiasten gültig.

<sup>2)</sup> Es kann in diesem Zusammenhang nicht auf die bisweilen vorgetragene These eingegangen werden, bei Individuen mit höherem Bildungsniveau, die diesen psychologischen Faktoren unterliegen, sei eine Hinwendung zu intellektuell "anspruchsvolleren", aber ebenfalls denselben Kriterien eines geschlossenen und vereinfachenden Weltbildes unterliegenden ideologischen Systemen "linker" Provenienz zu beobachten.

<sup>3)</sup> Neuere Forschungen zum Nationalsozialismus und seiner Anhängerschaft haben hier Klischees korrigiert, nach denen etwa in erster Linie und ausschließlich die "Panik im Mittelstand" und das Umschwenken mittelständischer Wählerschichten der NSDAP verstärkten Zulauf an Wählern einbrachten. Siehe hierzu: Jürgen W. Falter: "Wählerbewegungen zur NSDAP 1924-1933. Methodische Probleme, empirisch abgesicherte Erkenntnisse, offene Fragen". In: Otto Büsch (Hrsg.): Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte. Berlin 1980, S. 159-202. Heinrich-August Winkler: "Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP". In: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, 2. Aufl., Göttingen 1983, S. 97-118.

### 3.4.1 Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Modernisierungsverlierer: Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Was die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrifft, so haben die Republikaner ihren Aufstieg 1989 in einer Phase gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs erzielt. Dies ist auf den ersten Blick ein auffälliger Gegensatz zum Aufkommen der NSDAP und auch der NPD in den sechziger Jahren, die beide als eine Reaktion auf gesamtwirtschaftliche Einbrüche interpretiert werden. Demgegenüber findet der Aufstieg der neuen Rechtsparteien vor dem Hintergrund einer allgemeinen und langanhaltenden Wachstumsphase bei gleichzeitigen, ausgeprägten Modernisierungsschüben und Strukturveränderungen statt. Sichtbarster Ausdruck dieses Typus wirtschaftlicher Entwicklung ist die Gleichzeitigkeit hoher Wachstumsraten und einer aus bestimmten Wirtschaftssektoren und Qualifikationsgruppen gespeisten, konstant hohen Arbeitslosigkeit. Dies belegt eine altbekannte These: Wirtschaftlicher Strukturwandel erzeugt Gewinner und Verlierer. Vieles spricht dafür, daß die Republikaner sich in erster Linie zu einem Sammelbecken von "Modernisierungsverlierern" entwickelt haben.

Die Sorge, bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik unter die Räder zu geraten, und die Bedrohung tradierter Lebensweisen durch eine beschleunigte Modernisierung, mithin eine, gemessen am allgemeinen Aufschwung, deutlich sichtbare Tendenz zur Marginalisierung und relativen Deprivation, sind denn auch das gemeinsame Kennzeichen einer ansonsten sehr heterogenen Wählerschaft der Rechtsparteien.

Diese Modernisierungsängste und Abkoppelungstendenzen vom allgemeinen Aufschwung während des Strukturwandels finden sich gleichermaßen bei Teilen der ländlichen Bevölkerung, die ihre wirtschaftlichen und lebensweltlichen Traditionen von einem rapide fortschreitenden Umbruch der bäuerlichen Existenzformen gefährdet sehen, wie auch bei städtischen Bevölkerungsgruppen. Hier verschmelzen Sorgen um die Zukunft des Arbeitsplatzes, drastische Knappheitssymptome auf dem Wohnungsmarkt und eine unmittelbare Konfrontation mit Ausländern und Aussiedlern im selben Wohnquartier zu einem Gefühl gesteigerter Bedrohung und münden in aggressive Ablehnung alles Fremden und Neuen.

In Freiburg lassen sich naturgemäß keine Aussagen über die ländlichen, marginalisierten Gruppen als Potential für die Rechtsparteien machen. Deshalb konzentriert sich die Diskussion im folgenden auf die städtischen Gruppen, die einen Nährboden für rechtsextremistische Tendenzen abgeben.

Ein Blick auf die räumliche Verteilung der Stimmenanteile der Republikaner in Freiburg zeigt, daß die Anhänger der neuen Rechtsparteien vornehmlich in den Stadtteilen konzentriert sind, in denen die sozialen Gefährdungslagen im Verlauf des Modernisierungsprozesses am deutlichsten hervortreten und in denen überwiegend Angehörige unterer sozio-ökonomischer Statusgruppen wohnen.

Der Zusammenhang zwischen sozialer Marginalisierung und rechtsextremem Wahlerfolg läßt sich für Freiburg auf zweierlei Weise sehr anschaulich belegen. Die Tabellen 4 und 5 zeigen die Verteilung einiger Indikatoren sozialer Randlage in den Hoch- und Tiefburgen der Republikaner. Dabei haben wir zwei Dimensionen der stadtteilbezogenen Sozialstruktur herausgegriffen, die auch in der politischen Auseinandersetzung der letzten Zeit immer wieder umstritten waren: das Ausländer- und das Wohnungsproblem.

So ist zum einen der Ausländeranteil im Stadtbezirk erfaßt, und zwar zu zwei Meßzeitpunkten: 1986 und 1989. Dies ermöglicht einerseits eine verlässliche Einschätzung der Zuwanderung von Ausländern in die Stadtbezirke über einen längeren Zeitraum, andererseits wird in einem Vergleich von 1986 und 1989 auch genau der Zuwachs sichtbar, der eventuell als objektiver Problemdruck zu den Marginalisierungsängsten in dem betreffenden Stadtquartier beigetragen hat.

Tabelle 4: Die Entwicklung des Ausländeranteils in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in %		
	1986	1989	Differenz 1986-1989
Brühl-Industriegebiet	16,3	15,9	- 0,4
Haslach-Schildacker	7,5	8,9	+ 1,4
Stühlinger-Beurbarung	17,3	19,6	+ 2,3
Haslach-Weingarten	11,4	14,8	+ 3,4
Haslach-Gartenstadt	11,6	12,5	+ 0,9
Landwasser	5,2	7,1	+ 1,9
Brühl-Güterbahnhof	8,9	10,2	+ 1,3
Mooswald-Ost	13,2	14,4	+ 1,2
Betzenhausen-Bischofslinde	7,9	7,9	0,0
Haslach-Egerten	9,2	9,5	+ 0,3
Freiburg insg.	7,5	8,4	+ 0,9

Zum anderen erfassen wir den Charakter des Wohngebiets. Dieser wird durch den Anteil der Gebäude mit einer oder zwei Wohnungen an den Wohngebäuden insgesamt und durch den Anteil der Gebäude mit sieben oder mehr Wohnungen an den Wohngebäuden gemessen. Kurz gesagt: Es geht darum, ob der Stadtteil eher von Ein- oder Zweifamilienhäusern oder von Wohnblocks geprägt ist<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Sozialstrukturdaten sind der amtlichen Statistik entnommen und beziehen sich auf die Jahre 1989 (Gebäude- und Wohnungsstatistik) und 1986 und 1989 (Wohnbevölkerung). Siehe hierzu: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau, Juni 1989, August 1986 und Juni 1989.



Im Vergleich mit anderen westdeutschen Großstädten ist der Ausländeranteil in Freiburg eher geringfügig. 1986 wies Freiburg einen Ausländeranteil von 7,5 % auf; 1989 belief sich dieser Wert auf 8,4 %. Dies liegt im wesentlichen daran, daß Freiburg als Universitäts- und Dienstleistungsstadt nicht über eine Industriestruktur verfügt, in der ausländische Arbeitnehmer am ehesten eine Beschäftigung finden können.

Der in Freiburg dominierende Dienstleistungssektor hat nicht nur zur Folge, daß der Ausländeranteil relativ niedrig liegt, er prägt auch das soziale Niveau des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung. In dem an und für sich schon recht niedrigen Ausländeranteil sind zahlreiche überdurchschnittlich qualifizierte und in der sozialen Hierarchie hoch angesiedelte ausländische Mitbürger enthalten, die sich in ihrem Lebensstil problemlos in den für Freiburg typischen Humandienstleistungsmittelstand einfügen und somit kaum eine den ghettotisierten und mit stark proletaroiden Zügen versehenen Ausländern der urbanen und industriellen Ballungszentren vergleichbare Bevölkerungsgruppe darstellen.

Auf einem also insgesamt niedrigen Problemniveau zeichnen sich jedoch unter den Stadtbezirken Freiburgs ganz erhebliche Unterschiede ab. Die zehn hier herausgefilterten Republikanerhochburgen weisen mehrheitlich einen zu beiden Meßzeitpunkten stark überdurchschnittlichen Ausländeranteil auf. Spitzenreiter sind in dieser Hinsicht Stühlinger-Beurbarung 17,3 % und 19,6 %, Brühl-Industriegebiet mit 16,3 % und 15,9 %, Haslach-Weingarten mit 11,4 % und 14,8 % und Mooswald-Ost mit 13,2 % und 14,4 %. Haslach-Schildacker, Betzenhausen-Bischofs-linde und Landwasser hingegen haben nur einen durchschnittlichen bzw. sogar unterdurchschnittlichen Ausländeranteil.

In den Hochburgen der neuen Rechtsparteien leben jedoch nicht nur die meisten Ausländer, dort ist auch der Ausländeranteil am deutlichsten angestiegen. Während auf gesamtstädtischer Ebene der Ausländeranteil um 0,9 Prozentpunkte angewachsen ist, liegen die Zuwachsraten in den Hochburgen der Rechten deutlich höher, so etwa in Haslach-Weingarten bei 3,4 Prozentpunkten, in Stühlinger-Beurbarung bei 2,3 Prozentpunkten und in Landwasser bei 1,9 Prozentpunkten.

Auch im Blick auf den zweiten Indikator sozialer Problemlagen, die Wohnstruktur des Stadtbezirks, wird der Ausnahmecharakter der republikanischen Hochburgen sofort ersichtlich. Freiburg ist, was die Struktur seiner Wohngebäude betrifft, mehrheitlich durch kleinstädtisch-dörfliche Wohnstrukturen geprägt. Maßgeblichen Anteil an diesem Charakteristikum haben die Siedlungsformen in den vormals dörflichen Stadtbezirken wie Opfingen, Muzingen, Tiengen, Waltershofen, Kappel, Ebnet, aber auch in Lehen, Zähringen oder St. Georgen. So sind in 56,3 % aller Wohngebäude nur eine oder zwei Wohnungen untergebracht. Lediglich 13,1 % der Wohngebäude Freiburgs umfassen sieben oder mehr Wohneinheiten.

Tabelle 5: Die Wohnstruktur in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Anteil der Gebäude mit	
	1-2 Wohnungen	7 oder mehr Wohnungen
	an den Wohngebäuden in %	
Brühl-Industriegebiet	58,6	6,5
Haslach-Schildacker	19,6	10,6
Stühlinger-Beurbarung	20,4	32,0
Haslach-Weingarten	49,4	40,6
Haslach-Gartenstadt	69,9	6,2
Landwasser	70,2	29,7
Brühl-Güterbahnhof	8,6	68,6
Mooswald-Ost	50,7	11,0
Betzenhausen-Bischofslinde	43,1	47,7
Haslach-Egerten	37,4	30,6
Freiburg insg.	56,3	13,1

Die Gebäude- und Wohnstrukturen in den Hochburgen der neuen Rechtsparteien weichen mehrheitlich von diesem gesamtstädtischen Muster ab. In den meisten dieser Stadtbezirke gibt es signifikant weniger Ein- und Zweifamilienhäuser oder signifikant mehr Wohnblocks. In einigen Stadtbezirken wie Landwasser ist es ratsam, die innerhalb des Bezirks gegebene Differenzierung zwischen Straßenzügen mit Bungalow-Bebauung und solchen mit Wohnblocks zu berücksichtigen.

In zahlreichen Fällen treten beide Problemindikatoren - hoher Ausländeranteil und verdichtete Wohnverhältnisse - zusammen auf, so etwa im Stühlinger-Beurbarung oder in Haslach-Weingarten.

Für die Stadtbezirke, in denen die Republikaner wenig bestellen konnten, ergibt sich ein komplementäres Bild. Hier gibt es wenige Ausländer, und es herrschen keine verdichteten Wohnverhältnisse mit dem damit verbundenen Sozialkonfliktpotential (siehe Tabellen 6 und 7). Eine Ausnahmestellung nimmt die Altstadt ein; denn sie ist zwar durch einen hohen Ausländeranteil und ein stark verdichtetes Wohngebiet als Republikanerhochburg prädestiniert, sie zählt jedoch zu den Stadtteilen, in denen die Rechtsparteien keine nennenswerte Resonanz fanden. Ganz offensichtlich hat sich hier - nicht zuletzt durch den hohen Studentenanteil und den hohen Anteil grünalternativer Wähler - trotz ungünstiger Randbedingungen keine politische Radikalisierung im Sinne rechtsextremistischer Tendenzen vollzogen.

Auch ein Blick auf die beruflichen Profile der Stadtbezirke mit hohem und niedrigem Republikaneranteil belegt das überragende Gewicht sozio-ökonomischer Krisen- und Marginalisierungsfaktoren für das Aufkommen des Rechtsextremismus.

Tabelle 6: Die **Entwicklung des Ausländeranteils** in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in %		
	1986	1989	Differenz 1986-1989
Littenweiler	6,7	8,4	+ 1,7
Kappel	1,7	2,8	+ 1,1
Günterstal	7,0	7,7	+ 0,7
Altstadt-Mitte	10,7	10,6	- 0,1
Mittelwiehre	5,5	5,9	+ 0,4
Herdern-Süd	6,9	7,0	+ 0,1
Freiburg insg.	7,5	8,4	+ 0,9

Tabelle 7: Die **Wohnstruktur** in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Anteil der Gebäude mit	
	1-2 Wohnungen	7 oder mehr Wohnungen
	an den Wohngebäuden in %	
Littenweiler	72,1	2,4
Kappel	79,0	1,5
Günterstal	79,6	2,0
Altstadt-Mitte	40,7	10,8
Mittelwiehre	22,5	8,7
Herdern-Süd	33,8	11,1
Freiburg insg.	56,3	13,1

Tabelle 8: Die Hoch- und Tiefburgen der Republikaner bei der Europawahl 1989 nach dem Wohngebietsstatus der Stadtteile<sup>1)</sup>

Hochburgen	Statusrang	Tiefburgen	Statusrang
Brühl-Industriegebiet	1	Unterwiesre-Süd	4
Haslach-Schildacker	2	Mittelwiesre	5
Stühlinger-Beurbarung	1	Littenweiler	5
Haslach-Weingarten	2	Kappel	4
Haslach-Gartenstadt	2	Oberwiesre	4
Landwasser	2	Herdern-Nord	5
Brühl-Güterbahnhof	2	Altstadt-Mitte	4
Mooswald-Ost	1	Herdern-Süd	5
Betzenhausen-Bischofslinde	3	Günterstal	5
Haslach-Egerten	2	Unterwiesre-Nord	4

<sup>1)</sup> Der Wohngebietsstatus der verschiedenen Stadtteile wird auf einer Skala mit dem Wertebereich 1 (niedriger Status) bis 5 (hoher Status) abgebildet. Das entscheidende Zuordnungskriterium für die Vergabe eines Statusranges ist der jeweilige Anteil der in diesem betreffenden Wohnquartier lebenden Berufsgruppen. Falls die Wahlbezirke innerhalb eines Stadtbezirks verschiedene Rangziffern aufweisen, wird dem Stadtbezirk insgesamt der Statusrang zugewiesen, der mehrheitlich für die Wahlbezirke gilt.

Tabelle 8 beschreibt den Zusammenhang zwischen Republikaner-Anteil und sozio-ökonomischem Profil der Stadtbezirke auf der Grundlage einer von Rainer Tressel und Thomas Willmann im Jahre 1986 durchgeführten Sozialraum-Analyse der Stadt Freiburg<sup>1)</sup>. Diese Sozialraum-Analyse ermöglicht eine fünffach abgestufte, klassifikatorische Schichtung der verschiedenen Stadtteile nach der Verteilung verschiedener Berufsgruppen mit jeweils unterschiedlichem Sozialstatus. Die Hochburgen der Republikaner liegen ausnahmslos in Stadtbezirken mit niedrigem Statusprofil; demgegenüber geht der Anteil der Republikaner mit steigendem Statusprofil des Wohngebiets deutlich zurück. Die rechten Tiefburgen weisen durch die Bank die höchsten Wohngebietsstatusränge auf.

Auf der Grundlage dieser Sozialraumanalyse geben die Stimmenanteile der Parteien in den einzelnen Statusgruppen die Verankerung der Parteien in den verschiedenen sozialen Milieus Freiburgs wieder. Neben den vertrauten Zusammenhängen für die etablierten Parteien zeichnet sich ganz eindeutig ein linearer und negativer Zusammenhang des Stimmenanteils der Republikaner mit dem über die Berufsgruppen definierten Wohngebietsstatus ab. Erzielten die Republikaner in den Stadtteilen mit dem niedrigsten Status bei der Europawahl 8,8 % der Stimmen, so sinkt dieser relativ hohe Wert kontinuierlich mit steigendem Status, bis die Rechtspartei in den Wohngebieten der höchsten Statusgruppe nur noch 3,6 % erzielt (siehe Tabelle 9)<sup>2)</sup>.

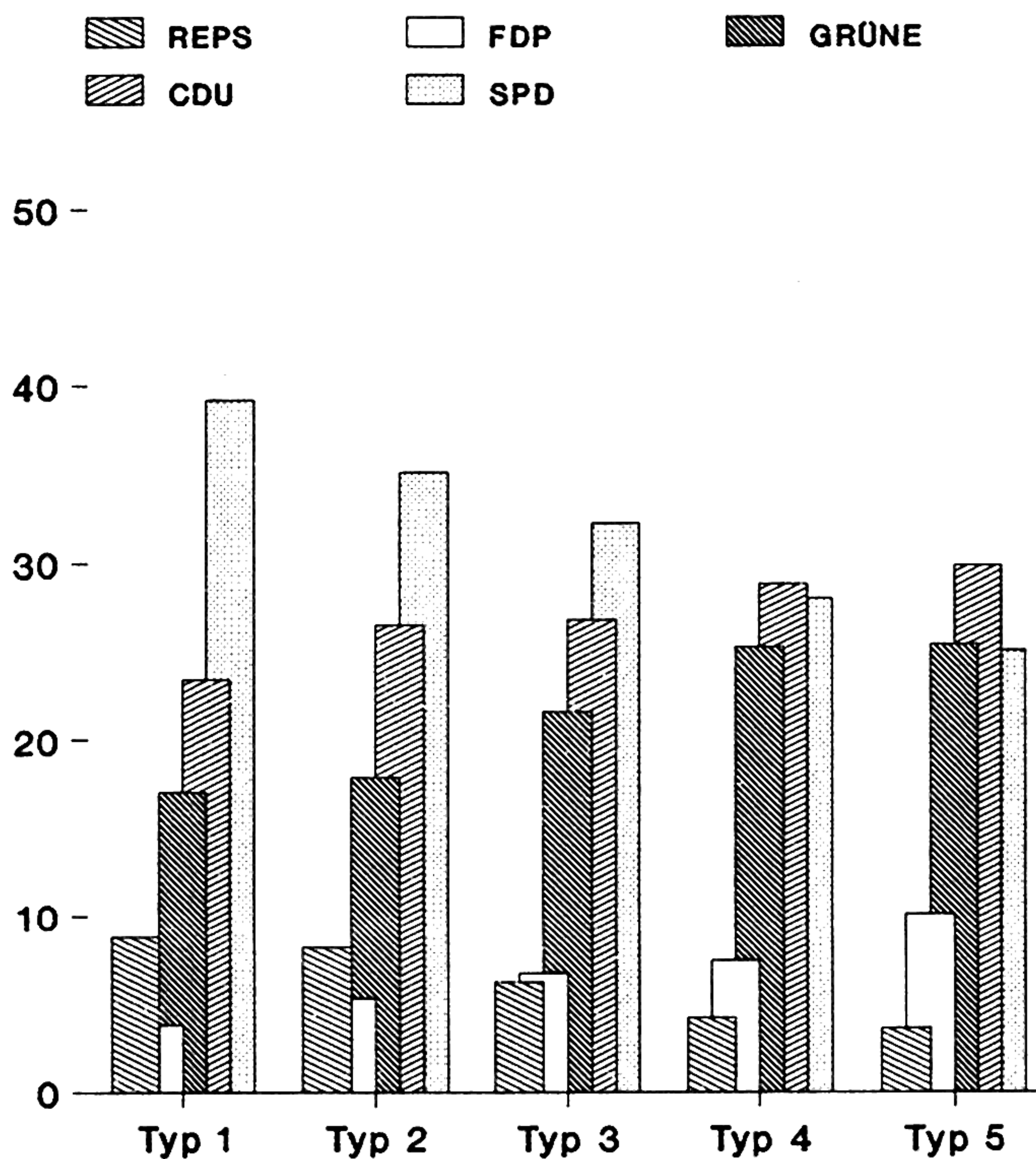
<sup>1)</sup> Thomas Willmann, Rainer Tressel: "Berufliche Segregation und räumliche Differenzierung". In: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau, August 1986, S. 13-20.

<sup>2)</sup> Diese Angaben sind einer Seminararbeit von Joachim Eicher zur Wählerschaft der Republikaner in Freiburg am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg vom Wintersemester 1989/90 entnommen. Für die Überlassung der Ergebnisse möchte ich mich herzlich bedanken.

Tabelle 9: Die Stimmenanteile der Parteien in % bei der Europawahl 1989  
in Stadtbezirken mit unterschiedlichem Statusprofil

Wohngebietsstatus	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Republikaner
1 (niedrig)	23,4	39,2	3,8	17,1	8,8
2	26,5	35,1	5,3	17,9	8,2
3	26,8	32,2	6,7	21,6	6,2
4	28,8	28,0	7,4	25,2	4,2
5 (hoch)	29,8	25,0	10,1	25,4	3,6
Freiburg insg.	28,3	29,8	7,2	22,2	5,9

Schaubild 1: Die Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1989  
in Stadtbezirken mit unterschiedlichem Statusprofil



geordnet nach dem sozialen Status ( Typ 1: niedrig, Typ 5: hoch )  
Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg

Ganz offensichtlich tritt trotz der deutlichen Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und dem Anteil der Wähler rechtsextremistischer Parteien im innerstädtischen Vergleich ein von der Sozialstruktur unabhängiger Sockel von Republikaner-Wählern auch in den statushohen Wohngebieten zutage. Dieser Befund verweist einerseits auf den

im vorhergegangenen Abschnitt diskutierten Einfluß psychologischer Faktoren, die durch ihren Bezug zur Persönlichkeitsstruktur eben relativ unabhängig von bestimmten Soziallagen zur Wirkung gelangen. Andererseits kommen in diesem sozialstrukturell nicht hinlänglich erklärten Sockel politische Bestimmungsgründe zum Ausdruck. Auf diese wird noch im weiteren Verlauf einzugehen sein.

Die sozialräumlichen Verteilungen von Ausländeranteilen, Wohnblocks und Berufsgruppen stehen hier nur als symbolhafte Kürzel für die daraus resultierenden Probleme und sozialen Zwänge. Sie signalisieren: hohe Fluktuation in der Nachbarschaft und damit verbundene Anomie; relativ geringes Einkommensniveau; starke Belastung des Einkommens durch Mieten und ähnliche Kosten aus dem nicht-elastischen Konsumbereich; gesteigerte Spannungen zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen, Deutschen und Ausländern; erhöhte Anfälligkeit auf dem Arbeitsmarkt - um hier nur die wichtigsten Faktoren zu nennen.

Auf der Ebene der Stadtbezirke Freiburgs, mithin im Lichte aggregatbezogener Daten, bestätigen sich also all diejenigen Zusammenhänge, die auch in den einschlägigen Umfragestudien erwähnt werden. So weisen sowohl Veen, Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen als auch die vom SPD-Parteivorstand in Auftrag gegebene Infratest-Studie auf den Schwerpunkt der Republikaner in den Berufsgruppen der ungelerten Arbeiter, Facharbeiter und unteren Angestellten hin<sup>1)</sup>.

Eng verbunden mit dem Berufsstatus ist das formale Bildungsniveau der Befragten, das über die Bildungsqualifikationen für verschiedene Berufe ganz wesentlich den Sozialstatus des Wählers - aber auch der mit ihm verbundenen Haushaltsmitglieder - bestimmt. Veen hält, hier stellvertretend für alle anderen Studien zitiert, fest, "daß die Republikaner die Partei mit dem formal niedrigsten Bildungsniveau sind. Fast drei Viertel ihrer Wähler sind Hauptschulabsolventen. Realschulabsolventen sind dagegen leicht, Abiturienten stark unterrepräsentiert"<sup>2)</sup>.

### 3.4.3 Alters- und geschlechtsspezifische Merkmale der Wähler der Republikaner: Die Befunde der Repräsentativen Wahlstatistik

Eine Ergänzung des Sozialprofils der Rechtswähler ist durch die Repräsentative Wahlstatistik möglich. Die Befunde der Repräsentativen Wahlstatistik über die Aufgliederung der Wählerschaft der neuen Rechtsparteien nach Geschlechts- und Altersgruppenzugehörigkeit haben schon nach den ersten Wahlerfolgen der Republikaner und der NPD bei den Wahlen in Berlin und Hessen zu weitreichenden Spekulationen geführt: War es den neuen Rechtsparteien gelungen, analog zum Aufstieg der GRÜNEN, das Sprachrohr einer politischen Generation zu werden? Dabei stand die bange Frage im Vordergrund, ob die Rechte vorwiegend von älteren Jahrgängen gestützt wurde, also, in polemischer Zuspitzung, von den "Ewiggestrigen", die ihre politischen Einstellungen und Maßstäbe noch aus den vor- und antidemokratischen Traditionen der jüngsten deutschen Geschichte ableiten, oder ob in erster Linie Jüngere als Träger und Sympathisanten rechtsextremistischer Einstellungen in Frage

-----  
<sup>1)</sup> Veen, a. a. O., S. 58; Klär et al., Die Wähler der extremen Rechten, Bd. 3, S. 26; Roth, a.a.O., S. 13.

<sup>2)</sup> Veen, a.a.O., S. 58.

kamen. Zum zweiten bedurfte der schon frühzeitig hervortretende, eindeutige Überhang an männlichen Wählern auf dem rechten Flügel einer Erklärung.

Die Altersstruktur der Anhängerschaft der Rechtsparteien ist keineswegs gleichförmig, sondern es bestehen zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Wählern der Republikaner in verschiedenen Bundesländern. Für die Europawahl 1989 hat Hofmann-Göttig eine Typologie der Altersstruktur der "Neuen Rechten" entworfen, die von vier unterschiedlichen altersbezogenen Verteilungsmustern ausgeht:

- 1) Hauptgewicht Senioren, zweiter Schwerpunkt Junge: Dieser Typ herrscht in Bremen und Niedersachsen vor.
- 2) Zwei gleichrangige Schwerpunkte: Junge und Alte: Hier zählte die Wählerschaft der Republikaner in Hamburg und Schleswig-Holstein dazu.
- 3) Ausgeglichene Altersbilanz: Sie findet sich in Bayern, im Saarland.
- 4) Jugendattraktiv, bestes Ergebnis bei den Jungwählern. Dieser Typ tritt in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz auf<sup>1)</sup>.

Die breite Varianz in der Altersstruktur der Rechtswähler steht in einem deutlichen Gegensatz zu dem klaren und eindeutigen Altersprofil der Wähler des grün-alternativen Lagers. Hier ist eine sehr deutliche Zäsur zwischen jüngeren und älteren Wählergruppen erkennbar, die sich auch durch verschiedenste Kontrollgruppen - nach Regionen, Berufs- oder Konfessionszugehörigkeit zusammengesetzt - verfolgen läßt. In diesem Sinne geht der Wahlerfolg der Rechtsparteien nicht auf einen generationsspezifischen Faktor zurück. Vielmehr spiegeln sich in den jeweiligen Altersstrukturen unterschiedliche Bedrohungs- und Entfremdungssyndrome wider, die einmal jüngere und dann wieder ältere Wählergruppen zum Träger haben. So kann etwa der jeweils hohe Republikaner-Anteil unter Jungwählern und Senioren in den norddeutschen Bundesländern plausibel mit den Strukturproblemen in diesen Regionen erklärt werden, die aus der Dominanz bedrohter Wirtschaftsbereiche wie Landwirtschaft oder Küstenindustrie resultieren und die vor allem diejenigen Altersgruppen in ihrer sozialen Position berühren, die am Ende oder am Beginn ihrer Berufslaufbahn stehen.

Ein Blick auf die Altersstruktur der Rechtswähler in Freiburg (Tabelle 10) zeigt jedoch, daß bei derartig generalisierenden Trendaussagen auf hohem Aggregatniveau Vorsicht am Platze ist. Die Stimmabgabe der verschiedenen Altersgruppen bei der Europawahl in Freiburg erfolgte nämlich keineswegs nach dem von Hofmann-Göttig für Baden-Württemberg ermittelten Muster einer betonten Jugendattraktivität. Vielmehr besticht ganz im Gegenteil die ausgeprägte Resistenz der Wähler unter 35 Jahren gegenüber den Rechtsparteien. Nur 3,6 % der 18- bis 24jährigen bzw. sogar nur 3,2 % der 25- bis 34jährigen stimmten für die Republikaner. Dagegen wählen bei den 60jährigen und älteren 10,1 % diese Partei.

-----  
<sup>1)</sup> Siehe hierzu den von Hofmann-Göttig verfaßten Teil von: Klär et al., Die Wähler der extremen Rechten, Bd. 2, S. 38-47.

**Tabelle 10: Stimmabgabe der verschiedenen Altersgruppen in % für die einzelnen Parteien bei der Europawahl 1989 in Freiburg - Repräsentative Wahlbezirke -**

Altersgruppe	Republikaner	CDU	SPD	GRÜNE	FDP
18 - 24	3,6	14,8	31,1	35,4	6,7
25 - 34	3,2	11,8	25,7	47,3	4,5
35 - 44	6,2	19,0	29,6	33,5	6,3
45 - 59	7,5	20,4	35,5	11,6	7,2
60 u. m.	10,1	44,0	31,7	2,4	6,4
insgesamt	6,7	27,2	31,0	22,1	6,2

Diese Disparität geht allerdings nicht auf eine besondere politische Tugendhaftigkeit der Freiburger Jungwähler zurück. Vielmehr gibt der im Vergleich zu Land, Bund und anderen Großstädten überproportionale Studentenanteil in diesen Altersgruppen, der vorwiegend auf das links-alternative Lager ausgerichtet ist, den Ausschlag. In Wirklichkeit prägt also der Effekt eines außergewöhnlich hohen Bildungsniveaus und der damit gekoppelten sozialen Stellung die Altersbilanz der Parteien.

Mit dieser Altersstruktur ähneln die Republikaner in Freiburg am ehesten der CDU-Wählerschaft, in der sich ebenfalls eine starke Unterrepräsentanz jüngerer Wählergruppen abzeichnet. Den unmittelbaren Gegenpol bilden die GRÜNEN, die in diesen Altersgruppen besonders starken, hingegen bei Älteren nur schwachen Rückhalt finden.

Die Republikaner schneiden nicht nur bei den älteren Wählern relativ gut ab. Dieses Wählersegment bildet auch durch seine Zahlenstärke die weitaus größte Altersgruppe innerhalb der Anhängerschaft der Republikaner (siehe Tabelle 11). 71,0 % der Republikaner-Wähler sind älter als 45 Jahre, 45,4 % 60 Jahre und älter. Hingegen zählen nur 7,2 % zur Altersgruppe der 18- bis 24jährigen. Wiederum sind die Parallelen zur Unionswählerschaft auffällig: 77,7 % der Unionswähler sind 45 Jahre und älter, 49,2 % sind 60 Jahre und älter. Nur 7,4 % zählen zur Kategorie der jungen Wähler. Wiederum bilden die GRÜNEN den Gegenpol zu der Union und den Republikanern. Ihre Wähler sind überwiegend in den jüngeren Altersgruppen zu finden, wenngleich sich das Durchschnittsalter der grünen Anhänger seit dem Aufkommen der Umweltpartei deutlich erhöht hat. Nur 2,4 % der ältesten Wählergruppe stimmen für die GRÜNEN, aber 35,4 % bzw. 47,3 % in den beiden jüngsten Gruppen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Zum Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht, aber auch zu den Möglichkeiten der wahlsoziologischen Analyse der Repräsentativen Wahlstatistik in Freiburg siehe: Ulrich Eith: Die Repräsentative Wahlstatistik in Freiburg im Breisgau. Möglichkeiten, Grenzen und Bedeutung der kommunalen Repräsentativstatistik am Beispiel der Bundestagswahl 1987 in Freiburg. Freiburg 1989.



Tabelle 11: Die Wähler der Parteien nach **Geschlecht und Alter** in % bei der Europawahl 1989 in Freiburg  
- Repräsentative Wahlbezirke -

Altersgruppe	Von 100 Wählern dieser Partei gehören zur Altersgruppe				
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Republikaner
	Männer				
18 - 24	10,0	15,9	16,8	21,5	9,7
25 - 34	11,6	20,5	17,9	43,2	10,5
35 - 44	9,3	14,6	15,6	19,4	12,0
45 - 59	28,8	24,5	27,9	13,2	27,3
60 u. älter	40,3	24,5	21,8	2,7	40,5
	Frauen				
18 - 24	5,6	11,8	12,9	22,0	3,9
25 - 34	6,6	13,3	11,8	42,4	8,4
35 - 44	9,3	11,1	11,8	20,7	12,4
45 - 59	23,3	27,6	25,5	11,1	23,3
60 u. älter	55,2	36,2	38,0	3,8	52,0
	Männer + Frauen				
18 - 24	7,4	13,6	14,5	21,8	7,2
25 - 34	8,6	16,5	14,3	42,8	9,6
35 - 44	9,3	12,7	13,4	20,1	12,2
45 - 59	25,5	26,2	26,5	12,0	25,6
60 u. älter	49,2	31,0	31,3	3,3	45,4

Auch in Freiburg sind die Republikaner ganz eindeutig eine "Männerpartei" (siehe Tabelle 12). Damit bestätigt sich ein bundesweit und bei allen Wahlen zu verfolgendes Muster, gefiltert durch die jeweils altersspezifischen Niveauunterschiede. Während 8,6 % der Männer für die Republikaner stimmen, sind es bei den Frauen in Freiburg nur 5,2 %. Die größten Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Stimmverhalten gibt es in der Gruppe der Jungwähler, in der 5,4 % der Männer, aber nur 1,7 % der Frauen die Republikaner wählen. Aber auch bei den Senioren über 60 Jahren - also in der Altersgruppe, in der die Republikaner bei weitem am besten abschneiden - sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede noch beträchtlich. Hier geben 14,2 % der Männer und 7,7 % der Frauen ihre Stimmen den Republikanern.

So eindeutig der Befund eines überproportionalen Männeranteils unter den Wählern der Republikaner ausfällt, so gibt es im Blick auf die Ursächlichkeit dieses Unterschieds im Wahlverhalten von Männern und Frauen kontroverse Interpretationen. Roth sieht bei Frauen ein mehrheitlich geringeres Interesse an politischen Vorgängen als den entscheidenden Faktor an. "Das unterschiedliche Interesse an Politik führt dazu, daß neue politische Entwicklungen verschieden, möglicherweise auch nur zeitverschoben aufgenommen werden ... Bei der Beurteilung

Tabelle 12: **Stimmabgabe von Männern und Frauen nach Altersgruppen in % bei der Europawahl 1989 in Freiburg - Repräsentative Wahlbezirke -**

Altersgruppe	Stimmenanteile in % für diese Partei				
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Republikaner
			Männer		
18 - 24	16,1	32,0	6,3	31,4	5,4
25 - 34	12,8	28,1	4,5	42,8	4,0
35 - 44	16,9	33,1	6,6	31,9	7,5
45 - 59	30,7	32,6	6,9	12,7	10,1
60 u. älter	41,0	31,1	5,1	2,5	14,2
insgesamt	25,0	31,2	5,8	22,6	8,6
			Frauen		
18 - 24	13,5	30,1	7,1	39,5	1,7
25 - 34	10,8	23,2	4,4	52,0	2,5
35 - 44	20,8	26,7	6,0	34,9	5,0
45 - 59	30,0	37,8	7,5	10,7	5,4
60 u. älter	45,7	32,0	7,1	2,4	7,7
insgesamt	29,0	30,8	6,6	21,6	5,2
			Männer + Frauen		
18 - 24	14,8	31,1	6,7	31,1	3,6
25 - 34	11,8	25,7	4,5	47,3	3,2
35 - 44	19,0	29,6	6,3	33,5	6,2
45 - 59	30,4	35,5	7,2	11,6	7,5
60 u. älter	44,0	31,7	6,4	2,4	10,1
insgesamt	27,2	31,0	6,2	22,1	6,7

aktueller politischer Entwicklungen sind Frauen zurückhaltender als Männer."<sup>1)</sup> Als weiteres Beispiel für diesen "Nachzügler-Effekt" nennt Roth die erst allmählich abgebaute Distanz weiblicher Wähler gegenüber den GRÜNEN. Dieser Erklärungsansatz geht auch im Blick auf die Rechtsparteien von einem ähnlichen Muster einer gewissermaßen männlichen Wählervorhut als plausibel und gegeben aus.

Demgegenüber hebt Hofmann-Göttig auf die "frauenpolitisch reaktionäre Programmatik" der Republikaner als Ursache für die Distanz der meisten Frauen gegenüber der Neuen Rechten ab. Für Frauen zähle "der gesellschaftliche Prozeß der Gleichstellung von Männern und Frauen" mittlerweile zur "demokratischen Selbstverständlichkeit". Zu der sozio-ökonomischen Marginalisierung, der soeben erörterten Haupttriebfeder der rechten Stimmvergabe, geselle sich nach Hofmann-Göttig auch eine männliche Statusunsicherheit im Blick auf die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, die eben zur männlichen Klage darüber führe, daß "nichts mehr so ist, wie es einmal früher war". In dieser Sicht ist also die Männerdominanz unter den Anhängern der Neuen

<sup>1)</sup> Roth, a.a.O., S. 12.

Rechten die Folge einer nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch auf den Lebensstil und das Geschlechterbild bezogenen Marginalisierung in der Gesellschaft<sup>1)</sup>.

Vieles spricht dafür, im Fall Freiburgs beide Hypothesen für die Erklärung des Frauendefizits der Neuen Rechten zu benutzen; allerdings gelten sie wahrscheinlich immer nur für Teilbereiche der weiblichen Wählerschaft.

Roths These vom weiblichen Desinteresse an Politik muß freilich durch den Zusammenhang zwischen den politischen Interessen einerseits und Faktoren wie Bildung, Status und politische Sozialisation andererseits ergänzt werden, um nicht eher als diffamierend denn als erklärend verstanden zu werden. In dieser präzisierten Form ist die Hypothese durchaus plausibel: Frauen mit geringerem Bildungsniveau, einem daraus resultierenden minderen Sozialstatus und einem entsprechenden Sozialisationsumfeld, werden mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit geringeres politisches Interesse an den Tag legen als höher gebildete Frauen aus höheren Sozialschichten. Eine bedeutsame Rolle spielt dabei der Generationeneffekt. Bei Frauen über 40 Jahren haben sich wesentlich andere politische Rollenverständnisse herausgebildet als bei jüngeren Frauen mit besseren Bildungs- und Berufschancen.<sup>2)</sup>

Hofmann-Göttigs These dürfte vor allem für die politisch bewußteren, "moderneren" Frauen gelten. Die Anwendung beider Thesen auf jeweils verschiedene Segmente der weiblichen Wählerschaft erklärt auch, weshalb die Kluft zwischen Männern und Frauen mit steigendem Alter schmaler wird. Es kann - aus der Sicht eines traditionellen Frauenbildes - auch Frauen selbst durchaus schlüssig und zwingend erscheinen, die politische Programmatik zu unterstützen, die vorgibt, eben diese traditionellen Verhältnisse in der Beziehung zwischen den Geschlechtern vor dem Eindringen der "chaotischen" und "unsittlichen" Moderne zu schützen.

Ein Überblick über die Ergebnisse der Republikaner in der Repräsentativen Wahlstatistik im allgemeinen und der Struktur der Rechtswähler in Freiburg nach Alter und Geschlecht im besonderen scheint also die These von der Schlüsselstellung der prekären sozio-ökonomischen Lage des rechten Potentials zu bekräftigen, weil sich eben kein eigenständiges und durchgängig wirksames Erklärungsmuster dieser beiden Faktoren Alter und Geschlecht abzeichnet. Beide Faktoren gewinnen Erklärungskraft immer nur durch den Rückbezug auf die dahinterstehenden Bestimmungsgründe sozio-ökonomischer Natur.

### 3.5 Politische Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus

Der Hinweis auf latente Dispositionen beim einzelnen Wähler, aber auch das schiere Faktum einer sozio-ökonomischen Krisenlage, betreffe sie einzelne, soziale Gruppen oder eine Gesellschaft als Ganzes, vermag allein nicht zu erklären, weshalb diese Faktoren einen politischen Verhaltensumschwung in die Wege leiten; denn sehr

-----  
<sup>1)</sup> Hofmann-Göttig, in: Klär et al. (Hrsg.), Die Wähler der extremen Rechten, Bd. 2, S. 48-52.

<sup>2)</sup> Eith, a.a.O., S. 42-48

häufig haben dieselben psychologischen und sozio-ökonomischen Umstände nicht zu einem zählbaren Wahlerfolg rechtsextremistischer Parteien geführt.

Um eine Aktualisierung latenter Potentiale und einen Wechsel der Parteibindungen und Wahlabsichten zugunsten der Rechtsparteien herbeizuführen, bedarf es einer politischen Durchdringung des psychologischen und wirtschaftlichen Bereiches, gewissermaßen des Aufbaus eines politischen Szenarios durch den Wähler, das dann den Wechsel zur radikalen Partei plausibel und schlüssig erscheinen läßt.

Aus zahlreichen Untersuchungen ist bekannt, daß Wechsel der Wahlabsicht in der Regel nicht unvermittelt erfolgen, sondern zumeist über einen längeren Zeitraum vorbereitet werden. Diese Faustregel erweist sich auch bei der Analyse der jüngsten Wahlerfolge der neuen Rechtsparteien als hilfreicher Fingerzeig, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Phase vor dem Aufkommen der Republikaner, also auf die Phase des politischen Übergangs von einer Parteiloyalität zur anderen lenkt.

Diese Phase vor dem Aufkommen der rechten Parteien läßt sich für die Bundesrepublik für die späten siebziger und die achtziger Jahre und die in ihnen zu beobachtenden Veränderungen im Verhältnis von Wählern und Parteien ansetzen. Eine in diesem Sinne längerfristige Betrachtung zeigt, daß die Jahre nach 1980 durch zwei politische Einstellungsveränderungen gekennzeichnet sind, die das etablierte Parteienspektrum erheblich unter Druck setzen und den Aufstieg der Rechtsparteien unmittelbar vorbereiten. Zum einen ist dies ein Prozeß politischer Entfremdung und Abkopplung weiter Wählerkreise, der in einem kontinuierlichen Rückgang der sogenannten Parteiidentifikation zum Ausdruck kommt. Zum andern hat sich eine langfristige ideologische Polarisierung vollzogen, die man am Zuwachs der Wähler und Befragten ablesen kann, die ihre ideologische Position als "rechts" oder "links" - im Gegensatz zur gemäßigten "Mitte" - angeben<sup>1)</sup>.

Betrachten wir zunächst diese beiden Einstellungsveränderungen im Lichte bundesweiter Umfragen, um dann jeweils in einem zweiten Schritt auf der Ebene von Stadtteilergebnissen bzw. durch eine Analyse des Panaschierverhaltens der Freiburger Wähler nach einer Erhärtung dieser Thesen auch im Blick auf Freiburg zu suchen.

-----  
<sup>1)</sup> Die auf die Bundesrepublik als Ganzes bezogenen Angaben über die Veränderung der Parteiidentifikation und der Links-Rechts-Selbsteinstufung entstammen einer Untersuchung der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg über langfristige Veränderungen der westdeutschen Wählerschaft. Sie sind veröffentlicht in: Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke: Stabilität und Wandel in der westdeutschen Wählerschaft. Zum Verhältnis von Sozialstrukturen und Parteien 1976-1987. Freiburg 1990.

### 3.5.1 Die Abkopplung von den etablierten Parteien

In der Wahlforschung spielt das theoretische Konzept der Parteiidentifikation eine wesentliche Rolle zur Erklärung von Stabilität und Wandel des individuellen wie kollektiven Wahlverhaltens.<sup>1)</sup> Parteiidentifikation bedeutet eine langfristig stabile, affektive Bindung an eine Partei, die in ihrer Wirkung zeitlich der eigentlichen Wahlabsicht vorgelagert ist. Als WahrnehmungsfILTER wirkt sie wie eine Brille, die dem Wähler die Kandidaten und programmatischen Aussagen der eigenen Partei in einem günstigen Licht erscheinen läßt und ihnen einen dauerhaften Vertrauensvorschuß verleiht. In der Regel wird die Parteiidentifikation bereits im Elternhaus erworben, und sie stabilisiert sich normalerweise im Lauf des Lebens als Folge eines gewissen "Trainings-Effektes" durch wiederholtes Wählen.

Durchaus vereinbar mit diesem Grundgedanken einer stabilen Bindung des Wählers an "seine" Partei sind gelegentliche Abweichungen des Wahlverhaltens von der Parteiidentifikation. Besitzt etwa ein Kandidat der Gegenpartei eine über die Grenzen seiner unmittelbaren Parteianhängerschaft hinausreichende Ausstrahlungskraft oder schlägt ein aktuelles Sachthema alle in Bann, so können diese Ausnahmelagen die vorformende Wirkung der Parteiidentifikation kurzfristig außer Kraft setzen und eine von der Parteiidentifikation abweichende Wahlentscheidung bewirken. Im Regelfall kehrt der Wähler jedoch danach wieder zu seiner angestammten Partei zurück.

Falls sich jedoch derartige Abweichungen häufen, kann dies zu einer Abschwächung der Parteiidentifikation bis hin zu ihrer Auflösung führen. Danach bleibt offen, ob sich eine neue Parteiidentifikation entwickelt oder ob der Wähler ohne eine dauerhaft enge Bindung an eine Partei von Wahl zu Wahl nach eher situativen Gesichtspunkten entscheidet. Ein geläufiges Verhaltensmuster, das als Folge der Diskrepanz zwischen alter Bindung und in andere Richtung weisenden Kurzfristfaktoren auftritt, ist der zwischenzeitliche Rückzug in die Wahlenthaltung. Sich erst einmal der Stimme zu enthalten, verursacht nämlich in der Regel geringere psychische Kosten beim Wähler, als unmittelbar zu einer anderen Partei "überzulaufen" und somit vor sich selbst als "Verräter an der eigenen Sache" dazustehen.

-----  
<sup>1)</sup> Seit den ersten Übertragungsversuchen der amerikanischen Wahlstudien der sog. "Michigan-Schule" um Angus Campbell und Philip Converse auf die Wählerschaft der Bundesrepublik in den sechziger Jahren gibt es eine anhaltende wissenschaftliche Kontroverse darüber, ob das zentrale theoretische Konzept dieser Studien, die Parteiidentifikation, angemessen übertragen sei bzw. ob man überhaupt die Existenz einer von der Wahlabsicht klar zu unterscheidenden Parteiidentifikation voraussetzen könne. Während ein Teil der Diskussion, nämlich die Frage nach einer adäquaten Übersetzung der amerikanischen Frageformulierung, wohl seit den frühen siebziger Jahren in einen befriedigenden Konsens ausmündet und zu einer langfristig durchgehaltenen deutschen Frageversion führte, die auch in den hier analysierten Umfragen verwendet wird, ist im Blick auf die Konstruktvalidierung und den Zusammenhang zwischen den spezifisch deutschen historischen Voraussetzungen und den Strukturen des politischen Systems und der Entstehung sowie Ausprägung der Parteiidentifikation die Diskussion noch im Gange. Für diese Untersuchung sind alle damit verbundenen theoretischen Vorbehalte schlichtweg ausgeklammert.

Zur Diskussion um die Parteiidentifikation und ihre Bedeutung für das Wählerverhalten in der Bundesrepublik siehe: Peter Gluchowski: "Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Zum Problem der empirischen Überprüfung eines Konzepts unter variierten Systembedingungen." In: Dieter Oberndörfer (Hrsg.): Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Berlin 1978, S. 265-324; ders.: "Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik." In: Max Kaase; Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen 1983, S. 442-477; Jürgen W. Falter: "Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?" In: Max Kaase (Hrsg.): Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Politische Vierteljahresschrift 18/1977, Heft 2/3, S. 476-501.

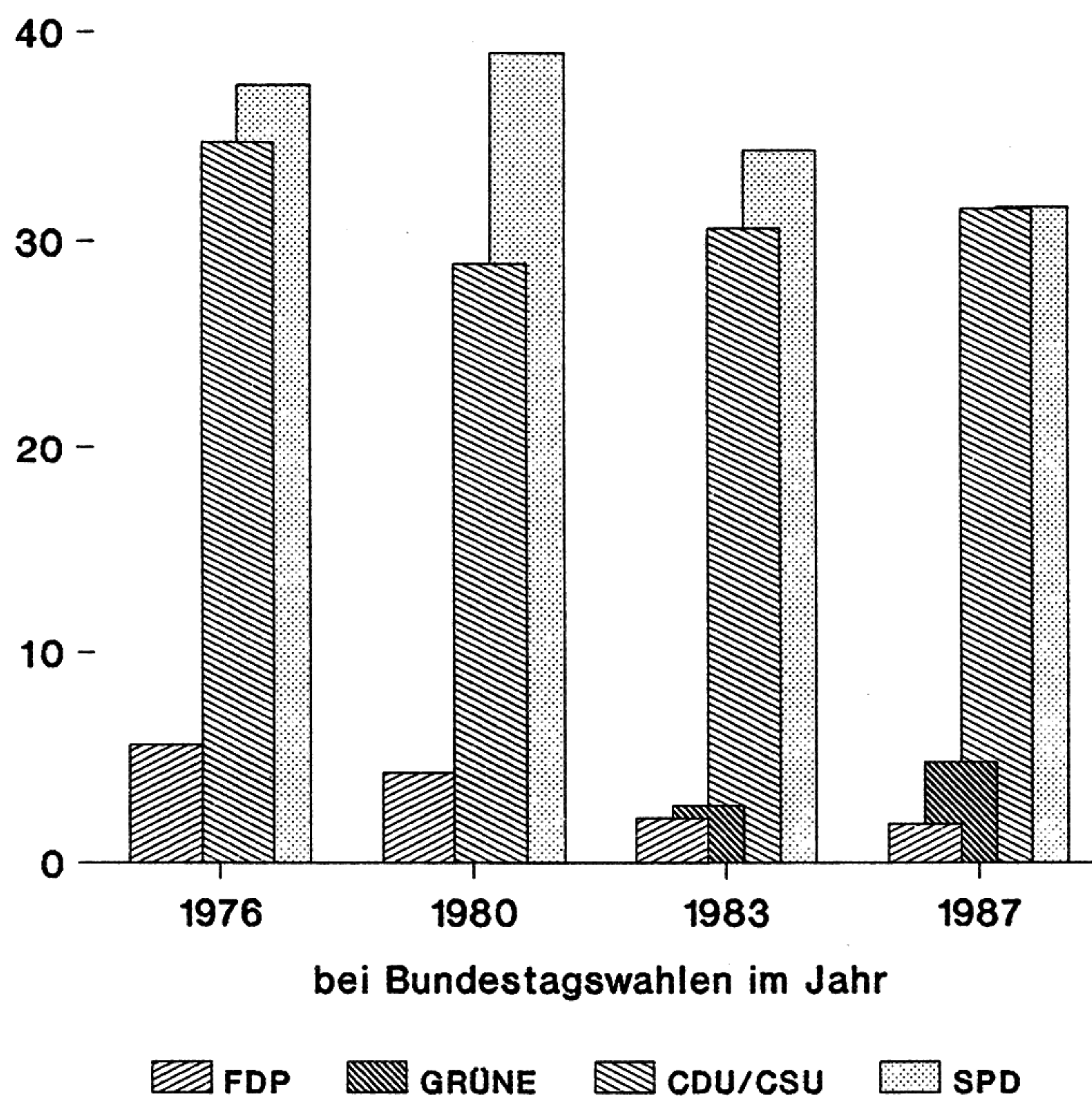
Somit haben Veränderungen im Bereich der Parteiidentifikation für den Zustand des Parteiensystems eine weit- aus größere Bedeutung als Fluktuationen an der Oberfläche der Wahlabsicht, da ein Wandel bei der Parteiiden- tifikation den Rückschluß auf eine Verschiebung der Fundamente des Parteiwesens zuläßt, während ein verän- dertes Stimmverhalten allein noch keine hinreichende Bedingung für einen tiefgreifenden politischen Umbruch ist.

Wie hat sich nun - vor diesem theoretischen Hintergrund - die Parteiidentifikation in der Bundesrepublik ent- wickelt und wie lassen sich die darauf bezogenen Befunde für die Erklärung des Aufstiegs der Rechtsparteien auch in Freiburg nutzbar machen?

Tabelle 13: Die Entwicklung der Parteiidentifikation in der Bundesrepublik 1976 - 1987 (in %)

Partei	1976 (N = 2076)	1980 (N = 1620)	1983 (N = 1622)	1987 (N = 1954)
SPD	37.5	39.0	34.3	31.6
CDU/CSU	34.7	28.9	30.6	31.5
FDP	5.6	4.3	2.1	1.8
GRÜNE	-.	-.	2.7	4.8
SONST/K.A.	21.8	27.8	30.3	30.3

Schaubild 2: Die Entwicklung der Parteiidentifikation in der Bundesrepublik 1976 - 1987



Seit 1976, dem Höhepunkt der Konzentrationsphase des westdeutschen Parteiensystems, ist der Anteil von Wählern mit einer Parteiidentifikation kontinuierlich zurückgegangen. Wiesen 1976 noch 78,2 % der Befragten eine Identifikation mit einer Partei auf, so waren es im Jahr der letzten Bundestagswahl 1987 noch 69,7 %; und neuere Umfragen deuten darauf hin, daß dieser Trend ungebrochen weiter wirkt. Von diesem Schwund sind jedoch ausschließlich die "Altparteien", also CDU/CSU, SPD und FDP, betroffen. Die neu entstandenen GRÜNEN haben ihre Gefolgschaft mit einer Parteiidentifikation hingegen seit 1983 von 2,7 % auf 4,8 % steigern können (siehe Tabelle 13).

Dieser allgemeine Trend hat sich in unterschiedlichen Wählergruppen mit unterschiedlicher Intensität und auf jeweils verschiedenem Niveau vollzogen. Für die Frage nach dem Aufkommen der Rechtsparteien sind die Wählergruppen am interessantesten, aus denen am ehesten marginalisierte, in ihrem sozialen Status unter Druck geratene Wähler hervorgehen. Dies sind einerseits im städtischen Bereich die minderqualifizierten Arbeiter und Angestellten, andererseits die als traditioneller Berufsstand um ihre Existenz und Lebensform bangenden Landwirte. Es zeigt sich nun, daß die Entfremdung von den Parteien in eben diesen Bevölkerungssegmenten sehr ausgeprägt ist. Dies geht jeweils zu Lasten der traditionell den jeweiligen Wählergruppen besonders nahestehenden Parteien, also im städtischen und im Arbeiterbereich zu Lasten der SPD, im ländlichen Milieu auf Kosten der Unionsparteien.

In Tabelle 14 wird dieser Einbruch der SPD im Arbeiterbereich besonders deutlich. Nachdem sich bis zum Beginn der achtziger Jahre ein hoher und immer noch leicht anwachsender Arbeiteranteil mit der SPD identifiziert hatte, geht dies an die Sozialdemokratie gebundene Wählersegment zwischen 1983 und 1987 von 49,2 % auf nur noch 32,7 % zurück.

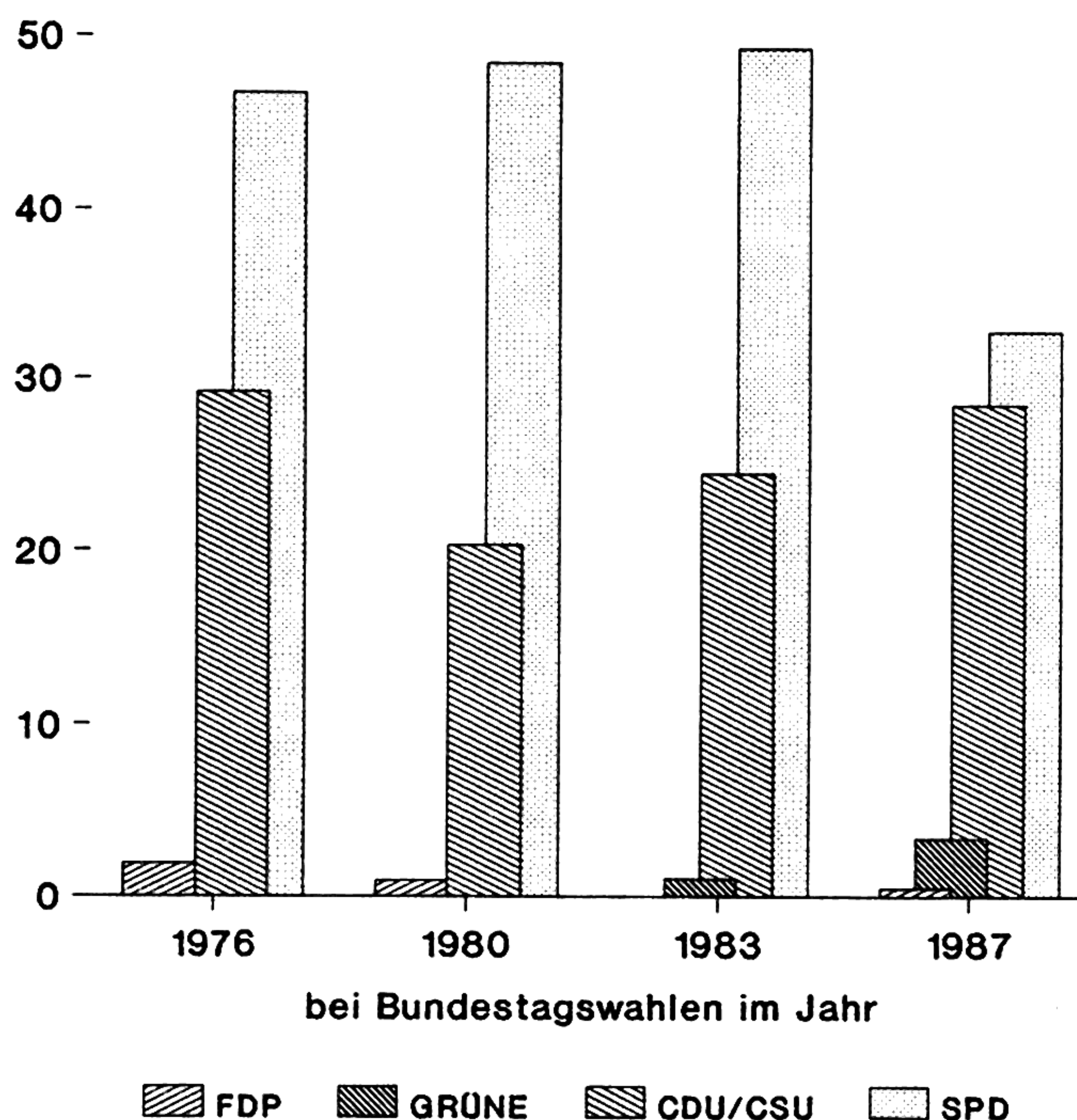
Die Daten, mit denen die Entwicklung der Parteiidentifikation hier skizziert wird, beziehen sich auf die Bundesrepublik als Ganzes; freilich besteht kein Grund zur Annahme, daß für die gleichen Segmente in der Freiburger Wählerschaft andere, gegenläufige Trends gelten. Allenfalls zeichnet sich in Freiburg - bedingt durch die spezifischen Strukturvoraussetzungen - ein unterschiedlicher quantitativer Akzent der einzelnen Elemente der allgemeinen Abkopplungstendenz ab.

So wird die starke Stellung des Humandienstleistungssektors mit seinem weit überdurchschnittlichen Bildungsniveau zum einen den Ablösungsprozeß von den beiden großen Parteien beschleunigen und zum anderen ein größeres Potential an treuen Anhängern der GRÜNEN zur Folge haben. Der studentische Teil der Jungwähler drückt nicht nur - wie die Repräsentative Wahlstatistik für Freiburg gezeigt hat - den Anteil republikanischer Anhänger unter den Jungwählern nach unten, sondern hebt ebenfalls den Anteil jüngerer Wähler mit einer grünen Parteiidentifikation weit über den Bundesdurchschnitt. Der Bereich der Arbeiterwähler bzw. der gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer ist in Freiburg eher schmal. Mithin ergreift der Abschmelzungsprozeß unter den Arbeitern mit einer SPD-Bindung lediglich Teile der Wählerschaft im Westen der Stadt. Dies schließt allerdings keineswegs aus, daß gerade das relativ schwache Gewicht eines Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsmilieus gegenüber den eher mittelschichtorientierten, akademisierten Anhängern der Sozialdemokraten die Intensität der Entfremdung dieser traditionellen Klientelgruppe von der SPD noch steigert.

Tabelle 14: Die Entwicklung der Parteiidentifikation im Arbeiterbereich 1976 - 1987 (in %)

Partei	1976 (N = 257)	1980 (N = 217)	1983 (N = 193)	1987 (N = 208)
SPD	46.7	48.4	49.2	32.7
CDU/CSU	29.2	20.3	24.4	28.4
FDP	1.9	0.9	0.0	0.5
GRÜNE	-	-	1.0	3.4
SONST/K.A.	22.2	30.4	25.4	35.0

Schaubild 3: Die Entwicklung der Parteiidentifikation im Arbeiterbereich 1976 - 1987



So eindeutig dieser Befund einer Abkopplung der Wähler von den traditionellen Parteien ist, so sind die Gründe für diese Abkehr doch umstritten. Zwei Erklärungen stehen sich gegenüber. Die erste These macht einen beschleunigten sozialen Wandel für die Auflösung tradiert politischer Milieus verantwortlich. Als Folge gesellschaftlicher Veränderungen sei es immer schwieriger, eine langfristig stabile Bindung an eine Partei aufzubauen, und somit erfolge eine allmähliche Erosion des Umfelds der Parteien als unausweichlicher Bestandteil der sozialen Entwicklung in den modernen Industriegesellschaften.



In kritischer Abkehr von dieser These einer aus den Fugen geratenden Wählerschaft hebt die zweite Sichtweise vor allem auf innerparteiliche Veränderungen als Hauptursache für die Entfremdung zwischen Wählern und Parteien ab. Eine in erster Linie auf den Ausbau ihrer innerparteilichen Machtpositionen ausgerichtete neue Parteielite, die sich Zug um Zug seit den siebziger Jahren vor allem in den beiden großen Parteien durchgesetzt hat, habe das Profil und das programmatische Angebot der beiden großen Parteien so weit verändert, daß vor allem für die traditionelle Anhängerschaft eine Identifikation mit ihren angestammten politischen Bezugsgruppen letzten Endes nur noch erschwert möglich sei<sup>1)</sup>.

Kurt Biedenkopf, der vormalige Generalsekretär der CDU, hat kürzlich diese Sichtweise auf die These von der Entwicklung der beiden großen Parteien zu "Zwei-Drittel-Parteien" zugespitzt, die fast ausschließlich eine mittelschichtorientierte Politik betrieben und die marginalisierten Wählersegmente ihrer Traditionsanhängerschaft außer acht ließen. "Vor allem jedoch vernachlässigen die Volksparteien, weil sie sich auf die wohlhabende Mehrheit im Mittelfeld des politischen Spektrums konzentrieren, all diejenigen, die am Wohlstand und seiner Entwicklung nur in bescheidenem Umfang oder gar nicht teilhaben ... diese Menschen ... fühlen sich nicht mehr in der 'Solidarität der Mehrheit' geborgen"<sup>2)</sup>. Biedenkopf verfolgt dann diese Tendenz bis zum Aufkommen der Republikaner: "So konnten sich im unteren Bereich der Gesellschaft Widersprüche ansammeln, ohne politisch in Erscheinung zu treten ... dies ist der Boden, auf dem Radikalität gedeiht ... Die Deprivierten, die im '2-Parteien-System' der Wohlstandsgesellschaft nicht vertreten sind, haben sich in Berlin und Frankfurt Gehör verschafft, indem sie radikalen Gruppierungen ihre Stimmen gaben ... Nicht die Wähler der Republikaner oder anderer radikaler Gruppen ... sind verantwortlich für die Entwicklung, gegen die sie sich wehren. Verantwortlich sind die Volksparteien, die mit der Bedienung angeblich sozialer Bedürfnisse der neuen Mittelstandsgesellschaft so beschäftigt sind, daß sie es versäumt haben, die wahren politischen Probleme und Spannungen unserer Wohlstandsgesellschaft zu erkennen"<sup>3)</sup>.

In ähnlicher, durchaus selbstkritischer Weise beschreibt auch der Erste Bürgermeister Hamburgs Henning Voscherau in einem jüngst erschienenen Beitrag - nunmehr aus sozialdemokratischem Blickwinkel - die soziale und politische Entfremdung, die das Fundament einer kritischen Haltung gegenüber den etablierten Parteien abgibt: "Die Zwei-Drittel-Gesellschaft ist Wirklichkeit geworden. Der Riß zwischen arm und reich hat sich beträchtlich vertieft." Die Ärmeren "verfolgen mit Sorge - und zunehmend häufiger mit Wut - die Veränderung ihres Quartiers. Fühlen sich durch steigende Mieten bedroht ...; fühlen sich durch wachsende Anforderungen am Arbeitsplatz unter Druck gesetzt ...; haben die Lasten zu tragen, die sich unter schlechten sozialen Bedingungen - aus einem engen Miteinander unterschiedlicher Kulturen und nationaler Eigenheiten ergeben. Hier ist viel Verbitterung entstanden, die sich jetzt auch politisch zu entladen beginnt ... Die ins Abseits Gedrängten, Zurückgesetz-

-----  
<sup>1)</sup> Diese Kontroverse fand in erster Linie nach der Bundestagswahl 1987 in den Reihen der SPD bzw. der in ihrem politischen Umfeld angesiedelten Sozialwissenschaftler statt. Die starken Verluste der SPD in ihren vormaligen großstädtischen Hochburgen und die daraus resultierende Verunsicherung hatten die Diskussion ins Rollen gebracht. Die dort ausgetauschten Argumente lassen sich mutatis mutandis auch für die Interpretation der späteren Unionsverluste in ihren ländlich-katholischen Stammrevieren verwenden. Siehe hierzu als beispielhafte Positionen in dieser Kontroverse die Beiträge von Hermann Heinemann, Konrad Schacht und Martin Wentz in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/1987; sowie: Gerd Mielke: "Sozialer Wandel und politische Eliten in Großstädten". In: Niederschriften des Ausschusses Wahlforschung im Verband Deutscher Städtestatistiker der Sitzung am 19. und 20. November 1987 in Mannheim, S. 25-48; ders.: "Die Arbeitermasse als SPD-Basis ist Nostalgie". In: Frankfurter Rundschau, 24.3.1987, S. 14.

<sup>2)</sup> Kurt Biedenkopf: Zeitsignale. Parteienlandschaft im Umbruch. München 1989, S. 44.

<sup>3)</sup> Kurt Biedenkopf: "Die Beschwörung der Mitte allein ist kein Programm." In: Frankfurter Rundschau, 4.4.1989, S. 10.

ten, die Zukurzgekommenen lassen sich mit statistischen Hinweisen auf Wachstumsraten und Wohlstandsmeh-  
 rung nicht länger abspeisen. Sie sehen ihre Interessen durch keine der 'etablierten' Parteien gewahrt, und die  
 GRÜNEN sind ihnen kulturell fremd."<sup>1)</sup>

Überträgt man nun die bundesweit ermittelten Zusammenhänge zwischen sozialer Randlage und politischer Ent-  
 fremdung auf die Freiburger Verhältnisse, so erhellt sich das vermeintlich paradoxe Bild, daß zwar insgesamt die  
 CDU massive Verluste erlitten hat, daß jedoch die Hochburgen der neuen Rechtsparteien in den Stadtbezirken  
 liegen, die von ihrer sozialen Struktur und politischen Tradition her zu den klassischen SPD-Revieren zählen.

Die Tabellen 15 und 16 zeigen diese Entwicklung für die Hochburgen der Republikaner bei der Europawahl in  
 Freiburg. Die Stimmenanteile der Union stiegen zwischen 1972 und 1983 in Brühl-Industriegebiet von 36,1 % auf  
 46,3 %, in Haslach-Weingarten von 27,6 % auf 32,7 %, in Landwasser von 31,3 % auf 39,6 %, in Mooswald-Ost  
 von 33,5 % auf 40,7 %, schließlich in Betzenhausen-Bischofslinde von 36,5 % auf 44,0 %. In allen diesen Stadt-  
 teilen war zwar 1980 ein herber Rückschlag für die CDU angefallen, aber insgesamt liegen die Wachstumsraten  
 der Union im Freiburger Westen während dieses Jahrzehnts deutlich über dem schmalen Anwachsen auf ge-  
 samtstädtischer Ebene von 40,9 % auf 41,4 %.

Tabelle 15: Die Bundestagswahlergebnisse der CDU von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den  
 höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Zweitstimmenanteil der CDU in %				
	1972	1976	1980	1983	1987
Brühl-Industriegebiet	36,1	41,2	32,3	46,3	37,3
Haslach-Schildacker	34,1	36,1	29,9	34,9	31,4
Stühlinger-Beurbarung	32,2	33,7	29,9	35,2	29,2
Haslach-Weingarten	27,6	33,7	29,9	32,7	28,3
Haslach-Gartenstadt	32,2	36,4	31,6	36,9	31,4
Landwasser	31,3	36,3	33,4	39,6	34,7
Brühl-Güterbahnhof	34,9	38,0	32,6	37,0	30,8
Mooswald-Ost	33,5	38,2	35,9	40,7	32,3
Betzenhausen-Bischofslinde	36,5	40,6	37,6	44,0	37,9
Haslach-Egerten	32,2	35,7	30,7	36,0	31,4
Freiburg insg.	40,9	44,0	38,1	41,4	33,6

<sup>1)</sup> Hennig Voscherau: "SPD in der Großstadt: Bewältigung des Wandels." In: Florian Gerster; Dietrich Stobbe (Hrsg.): Die linke Mitte heute. Bonn 1989, S. 18.

Tabelle 16: Die Bundestagswahlergebnisse der SPD von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Zweitstimmenanteil der SPD in %				
	1972	1976	1980	1983	1987
Brühl-Industriegebiet	48,6	46,4	53,4	44,9	43,3
Haslach-Schildacker	53,7	53,4	58,3	50,5	45,3
Stühlinger-Beurbarung	57,3	56,1	58,2	52,2	45,7
Haslach-Weingarten	57,9	55,5	58,6	53,1	49,2
Haslach-Gartenstadt	55,8	53,8	54,8	49,0	44,8
Landwasser	50,1	50,2	49,8	45,4	42,3
Brühl-Güterbahnhof	51,8	51,4	54,6	48,7	42,8
Mooswald-Ost	52,5	49,6	50,2	44,2	39,1
Betzenhausen-Bischofslinde	45,3	45,7	46,4	40,0	34,7
Haslach-Egerten	53,7	53,9	54,5	49,2	42,5
Freiburg insg.	42,3	42,2	43,3	37,7	31,4

Auf der anderen Seite geht der Stimmenanteil der SPD in derselben Zeit zurück, allerdings bleiben die Verluste deutlich unter dem städtischen Rückgang von 42,3 % 1972 auf 37,3 % im Jahre 1983. Dies hat seinen Grund in den starken Verlusten der SPD an die GRÜNEN, die gleichzeitig und vor allem in den östlichen Stadtbezirken anfielen und die eine genaue Schätzung der jeweiligen Verluste in beiden Richtungen unmöglich machen.

Deuten aber bis 1983 generell die Ergebnisse in den westlichen Stadtbezirken - Anwachsen der CDU, Rückgang der SPD - auf einen Wähler austausch zwischen den beiden großen Parteien hin, so bricht diese Entwicklung zwischen 1983 und 1987 jäh ab. Nunmehr haben beide großen Parteien in den späteren Hochburgen der Republikaner des Jahres 1989 kräftige Verluste zu verzeichnen. Gewiß ist nicht auszuschließen, daß 1987 ein Teil dieser jeweiligen Verluste im Sinne der sogenannten "Lagertheorie" von den Juniorpartnern FDP und den GRÜNEN aufgefangen wurde; denn diese beiden legen bei der Bundestagswahl 1987 auch in Freiburg noch einmal recht kräftig zu. Aber zumindestens ein beträchtlicher Teil der Verluste der beiden Großparteien dürfte sich in die Wahlenthaltung und damit in eine politische Wartestellung zurückgezogen haben.

Diese Wartestellung wird dann in dem kurzen Zeitraum zwischen der Landtagswahl 1988 und den Wahlen des Jahres 1989 aufgegeben (siehe Tabellen 17 und 18). Nunmehr steht mit den neuen Rechtsparteien, voran mit den Republikanern, ein politischer Bezugspunkt im Raum, auf den sich die Frustrationen und Hoffnungen ausrichten können. Innerhalb eines Jahres gehen die Stimmenanteile der beiden großen Parteien nochmals massiv zurück.

Tabelle 17: Die Stimmenanteile der CDU bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Stimmenanteile der CDU in %		
	LW 1988	EW 1989	GW 1989
Brühl-Industriegebiet	31,1	23,8	17,3
Haslach-Schildacker	33,2	27,7	22,6
Stühlinger-Beurbarung	30,1	21,5	19,5
Haslach-Weingarten	29,9	22,4	21,6
Haslach-Gartenstadt	32,6	25,2	22,7
Landwasser	35,4	29,8	29,1
Brühl-Güterbahnhof	31,2	23,8	20,7
Mooswald-Ost	34,2	27,6	22,6
Betzenhausen-Bischofslinde	37,9	32,3	29,9
Haslach-Egerten	32,3	24,1	22,1
Freiburg insg.	36,2	28,3	26,8

Tabelle 18: Die Stimmenanteile der SPD bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Stimmenanteile der SPD in %		
	LW 1988	EW 1989	GW 1989
Brühl-Industriegebiet	47,6	39,9	35,0
Haslach-Schildacker	49,3	34,0	33,0
Stühlinger-Beurbarung	48,1	39,0	34,6
Haslach-Weingarten	52,0	43,8	38,5
Haslach-Gartenstadt	48,3	39,4	34,9
Landwasser	46,5	36,5	34,2
Brühl-Güterbahnhof	46,9	38,5	33,4
Mooswald-Ost	41,2	32,6	28,7
Betzenhausen-Bischofslinde	41,6	32,4	29,8
Haslach-Egerten	45,8	38,8	33,3
Freiburg insg.	35,6	29,8	25,6

Die CDU sinkt in den Stadtbezirken mit einer großen Einwohnerzahl in ihrem Stimmenanteil während eines Jahres bis zur Europawahl wie folgt ab: Haslach-Schildacker - 5,5 Prozentpunkte, Haslach-Weingarten - 7,5 Prozentpunkte, Landwasser - 5,6 Prozentpunkte, Mooswald-Ost - 6,6 Prozentpunkte.

Bei den Sozialdemokraten vollzieht sich ein noch dramatischerer Abschmelzungsprozeß in den republikanischen Hochburgen. Sie verlieren in Haslach-Schildacker 15,3 Prozentpunkte, in Haslach-Weingarten 8,2 Prozentpunkte, in Landwasser 10,0 Prozentpunkte und in Mooswald-Ost 8,6 Prozentpunkte.

Diese Tendenz eines breiten Verlustes bei beiden großen Parteien spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Gemeinderatswahl 1989, also ein knappes Vierteljahr später, wider (siehe Tabelle 19).

Natürlich haben nicht nur die Republikaner von den langfristigen Stimmenverlusten der SPD und der Union profitiert, denn auch der Stimmenanteil der GRÜNEN ist in den Stadtbezirken, die 1989 republikanische Hochburgen werden, im Laufe der Jahre beträchtlich angestiegen. Allerdings hat sich der Aufstieg der GRÜNEN in erster Linie vor dem Aufstieg der Republikaner vollzogen. Während die Umweltpartei zwischen 1980 und 1987 ihren Stimmenanteil in Haslach-Schildacker von 1,8 % auf 12,3 %, in Haslach-Weingarten von 2,2 % auf 13,4 %, in Landwasser von 1,9 % auf 11,5 % und in Mooswald-Ost von 2,2 % auf 17,0 % steigern konnte, ist für die Zeitspanne danach kein Realzuwachs mehr zu verzeichnen. Der Anstieg der Stimmenanteile von der Landtagswahl 1988 zur Europawahl 1989 wird für die GRÜNEN in erster Linie durch das Absinken der allgemeinen Wahlbeteiligung und die gleichbleibend hohe Wahldisziplin der grünen Anhänger hervorgerufen. Betrachtet man die Wähleranteile der GRÜNEN, also den die Wahlbeteiligungseffekte ausblendenden Anteil der Stimmen an den Wahlberechtigten insgesamt - statt, wie in der amtlichen Statistik sonst üblich, den Anteil der Stimmen einer Partei an den gültigen abgegebenen Stimmen -, so wird der Trend zur Stagnation der GRÜNEN seit 1987 sogleich deutlich.

Tabelle 19: Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bei der Gemeinderatswahl 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %

Stadtbezirk	SPD	CDU	FDP	GRÜNE
Brühl-Industriegebiet	35,0	17,3	4,9	13,8
Haslach-Schildacker	33,0	22,6	5,5	10,0
Stühlinger-Beurbarung	34,6	19,5	4,8	18,2
Haslach-Weingarten	38,5	21,6	4,3	12,6
Haslach-Gartenstadt	34,9	22,7	5,7	14,7
Landwasser	34,2	29,1	4,9	10,2
Brühl-Güterbahnhof	33,4	20,7	5,2	16,5
Mooswald-Ost	28,7	22,6	5,5	16,0
Betzenhausen-Bischofslinde	29,8	29,9	6,0	14,3
Haslach-Egerten	33,3	22,1	5,1	17,0
Freiburg insg.	25,6	26,8	6,9	20,0

In den politischen Milieus, in denen die Rechtsparteien nur geringe Resonanz fanden<sup>1)</sup>, treten zwei deutlich voneinander abgrenzbare sozial-ökologische Typen von Stadtbezirken hervor. Zum einen sind dies die vormals eher dörflich-ländlichen, mittlerweile statushohen Unionshochburgen wie Kappel, Ebnet, Günterstal oder St.Georgen und Littenweiler; zum anderen die ebenfalls durchaus statushohen, aber zugleich als grüne Hochburgen ausgewiesenen Wohngebiete Herdern und Wiehre. Eine gewisse Sonderstellung nimmt unter den republikanischen Tiefburgen der Stadtbezirk Altstadt-Mitte ein, der einen mittleren Wohnstatus aufweist, aber durch den hohen Studentenanteil dennoch seit Jahr und Tag eine links-alternative Hochburg ist, in der sich die Rechtsparteien nicht durchsetzen konnten.

Fassen wir die Einzelbefunde zusammen: Ganz offensichtlich hat sich in den städtischen Hochburgen der Rechten eine mehrstufige Entwicklung abgespielt. Lediglich für einen kurzen Moment durch die "Strauß-Wahl" von 1980 unterbrochen, hat sich seit Mitte der siebziger Jahre bis etwa ins Jahr 1985 in diesem Milieu eine deutliche Abkehr von der vormals so eindeutig beherrschenden SPD vollzogen<sup>2)</sup>. In diese Zeit fallen für die CDU deutliche Zugewinne in den westlichen Stadtteilen Freiburgs an; besonders kräftig in den späten siebziger Jahren. Diese Gewinne der Union zeigen einmal mehr, daß die Distanz zur konservativeren CDU in weiten Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterwählerschaft gar nicht besonders groß gewesen ist.

Die Entwicklung der Wahlabsicht nach 1983 macht allerdings deutlich, daß weite Teile der damals zur CDU gestoßenen, ehemaligen sozialdemokratischen Anhänger bei der Union keine dauerhafte politische Bleibe fanden. Während ein Teil dieser Wähler 1987 wieder für die SPD stimmte, ohne daß jedoch in großem Umfang eine erneuerte SPD-Identifikation aufgebaut wurde, zog sich ein anderes, beträchtliches Segment nunmehr von beiden großen Parteien zurück und konstituierte somit einen wichtigen Bestandteil eines auf die neuen Rechtsparteien orientierten städtischen Protest- und Frustrationswählerpotentials.

Ergänzt und bekräftigt werden diese Befunde zur allmählichen Entfremdung und Abkopplung eines Teils der Wählerschaft von den etablierten Parteien durch die äußerst negativen Urteile, die republikanische Anhänger über die "etablierte Politik" in Umfragen äußern.

Das Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung ermittelte im Frühjahr 1989, daß unter den Anhängern der Republikaner 26 % das Gefühl hatten, die Politik versage dauernd in entscheidenden Fragen; weitere 55 % meinten, dies sei oft der Fall. Somit offenbarten 81 % der republikanischen Anhänger eine sehr kritische Sicht der Politik und übertrafen damit sogar noch die Skepsis der grünen Anhänger, von denen 17 % dauerndes und ebenfalls 55 % häufiges Versagen der Politik beklagten. Stellt man diesen Werten die Einstellungen etwa der Unionsanhängerschaft gegenüber, so läßt sich ein ungefähres Bild vom Grade der Frustration und Entfremdung

-----  
<sup>1)</sup> Zur politischen Entwicklung in den Stadtbezirken mit stark unterdurchschnittlichem Republikaner-Anteil siehe die Tabellen im Anhang. Hier sind alle Statistiken für die Hochburgen der Rechten auch für die Tiefburgen repliziert worden.

<sup>2)</sup> Parallel zu den Kräfteverschiebungen in den einstmaligen SPD-Domänen vollzieht sich in diesem Zeitraum auch eine Veränderung des Image- und Kompetenzprofils der SPD. Neuartige Themen wie "Umwelt" und "Frieden" laufen den klassischen Themen wie "Sozial- und Wirtschaftspolitik" den Rang ab. Gerade aber diese bzw. die traditionellen Positionen der SPD in diesen Bereichen banden die unteren Statusgruppen an die Sozialdemokratie. Siehe hierzu: Hans-Dieter Klingemann: "Die Einstellungen zu SPD und CDU/CSU 1969-1980." In: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Opladen 1983, S. 478-537.

am rechten Rand gewinnen. Die Anhänger der CDU beurteilten die Leistungen der Politik wesentlich positiver: Nur 5 % konstatierten dauerndes und nur 38 % häufiges Versagen in entscheidenden Fragen<sup>1)</sup>.

### 3.5.1.1 Die Rolle der Wahlbeteiligung

In dem hier unterstellten Modell einer langfristigen Herausbildung eines rechtsextremen Wählerpotentials bzw. Wählerblocks spielt die Entwicklung der Wahlbeteiligung eine wesentliche Rolle. Zum einen korrespondiert die Höhe der Wahlbeteiligung mit dem Sozialstatus der Stadtbezirke. In ihren deutlich unterdurchschnittlichen Werten in den republikanischen Hochburgen des Freiburger Westens ist sie mithin ein zusätzlicher Indikator der sozialen Problemlagen, die in ihrer Summe zu dem allgemeinen Befund einer deutlichen Marginalisierungstendenz in diesen Wohnquartieren berechtigen. Zum anderen legt ein plötzlicher Rückgang der Wahlbeteiligung den Schluß auf einen zwischenzeitlichen Rückzug von allen etablierten Parteien und damit auf eine Vorstufe des Frustrationsausbruchs im Sinne eines rechtsextremistischen Votums nahe.

Sowohl die Höhe als auch die Entwicklung der Wahlbeteiligung in den Hochburgen der Republikaner entsprechen exakt dem erwarteten Verlauf.

Tabelle 20: Die **Wahlbeteiligung** von 1983 bis 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Wahlbeteiligung in %				
	BW 1983	BW 1987	LW 1988	EW 1989	GW 1989
Brühl-Industriegebiet	87,6	81,8	61,1	50,4	46,2
Haslach-Schildacker	87,2	79,5	58,3	41,0	41,8
Stühlinger-Beurbarung	83,5	76,7	53,6	42,5	42,3
Haslach-Weingarten	82,9	75,3	52,5	42,3	40,1
Haslach-Gartenstadt	81,6	76,0	55,0	43,3	41,1
Landwasser	87,1	81,2	62,5	47,0	47,9
Brühl-Güterbahnhof	86,4	81,3	60,6	48,7	47,5
Mooswald-Ost	81,9	76,4	52,7	44,4	43,0
Betzenhausen-Bischofslinde	89,9	85,5	61,6	50,2	49,1
Haslach-Egerten	85,1	78,4	55,6	45,6	43,1
Freiburg insg.	88,2	82,5	69,4	59,3	57,6

<sup>1)</sup> Veen, a.a.O., S. 62.

Von der Bundestagswahl 1980 bis zur Bundestagswahl 1983 steigt die Wahlbeteiligung nicht nur für Freiburg insgesamt, sondern auch in den westlichen Stadtbezirken an. Dieser Anstieg hat auf breiter Front ein Erstarren in der Union zur Folge. 1987 tritt nun der nach unserem Modell erwartete Rückzug von den etablierten Parteien im Westen ein. Die Wahlbeteiligung sinkt hier drastisch ab, in Haslach-Schildacker von 87,2 % auf 79,5 %, in Haslach-Weingarten von 82,9 % auf 75,3 %, in Landwasser von 87,1 % auf 81,2 % und schließlich in Mooswald-Ost von 81,9 % auf 76,4 %. Entscheidend ist dabei der Umstand, daß bei einer stark sinkenden Wahlbeteiligung beide Großparteien deutliche Verluste hinnehmen müssen. Die CDU hat mithin die Zugewinne von 1983 nicht dauerhaft halten können; die 1987 von der Union wieder abgewanderten Wähler haben jedoch der SPD nicht zu einer neuerlich erstarkten Position verholfen.

Völlig anders entwickelt haben sich die Höhe und die Effekte der Wahlbeteiligung im selben Zeitraum in den Stadtteilen mit einem niedrigen Republikaneranteil 1989 (siehe Tabelle 21). Von einem sehr hohen Wahlbeteiligungssockel - eine Ausnahme bildet wiederum Altstadt-Mitte - ist die Wahlbeteiligung nur geringfügig zurückgegangen. Vor allem aber ist es nicht zu dem im Westen zu beobachtenden Rückzug von den etablierten Parteien gekommen. Die CDU hat zwar auch hier massiv verloren, aber in den statushohen Wohngebieten wurden diese Verluste im Sinne der "Lagertheorie" von der FDP aufgefangen. Ein deutlicher Wahlbeteiligungsrückgang zur Landtagswahl 1988 und bei den Wahlen des Jahres 1989 in den statushohen Stadtbezirken signalisiert ohne Zweifel handfesten Verdruss an der Politik der Union in diesen CDU-Hochburgen, aber diese Entfremdung von der CDU schlägt nicht in eine Wahl der extremen Rechten um. Man verharrt in politischer Wartestellung oder aber wechselt mehr oder minder zögerlich zu einer der anderen etablierten Parteien über.

Tabelle 21: Die **Wahlbeteiligung** von 1983 bis 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Wahlbeteiligung in %				
	BW 1983	BW 1987	LW 1988	EW 1989	GW 1989
Littenweiler	90,3	88,2	58,9	53,5	53,7
Kappel	89,6	87,4	64,9	50,2	62,3
Günterstal	90,5	89,8	60,9	53,8	54,2
Altstadt-Mitte	82,3	79,0	45,7	41,3	36,7
Mittelwiehre	88,0	85,5	57,2	50,4	50,2
Herdern-Süd	89,8	85,2	57,6	48,7	49,9
Freiburg insg.	88,2	82,5	69,4	59,3	57,6



### 3.5.2 Die ideologische Polarisierung seit den siebziger Jahren

Parallel zur Abkopplung einer Reihe von Wählergruppen von den etablierten Parteien beobachten wir einen Prozeß der ideologischen Polarisierung in der Bundesrepublik, der sich natürlich auch in Freiburg manifestiert hat. Betrachten wir zunächst die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung auf der Grundlage von bundesweiten Umfragedaten und dann - als Zuspitzung auf die Freiburger Verhältnisse - das Panaschierverhalten bei der Gemeinderatswahl vom 22.10.1989.

#### 3.5.2.1 Die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die Links-Rechts-Skala gilt als ein ideologisches Schema, das dem Wähler einerseits als Orientierungshilfe bei der Einordnung und dem Verständnis politischer Objekte, andererseits als Medium der Kommunikation über die ideologische und politische Sphäre mit anderen dient. In allen politischen Systemen in Westeuropa erfüllt das Links-Rechts-Schema diese beiden Funktionen in sehr hohem Maße. Rund 90 % der bundesrepublikanischen Wähler sind bereit und fähig, sich auf der Links-Rechts-Skala einzuordnen; über 70 % können bei offenen Fragen politische Objekte - Parteien, soziale Gruppen, Verhaltensweisen oder Ideologiefragmente - "links" oder "rechts" plazieren. Dabei zeigt sich zum einen eine ganz deutliche binäre Struktur der ideologisch bezogenen politischen Objekte: Entweder sind sie "rechts" oder "links"; Ambivalenzen kommen kaum vor. Zum anderen werden die mit "links" und "rechts" verbundenen politischen Objekte über alle sozialen Gruppen hinweg in konsistenter Weise zur Kennzeichnung des ideologischen Raums benutzt.

Die semantischen Zuordnungsmuster gehen im wesentlichen auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und seine vielfältigen Dimensionen zurück. Eine jüngst erschienene Studie von Fuchs und Klingemann zeigt, wie politische Begriffe mit "links" und "rechts" assoziiert werden. Für "links" stehen z.B. "Kommunismus", "SPD", "radikal", "Sozialismus", "Arbeiter", "Solidarität", "Verstaatlichung" und "progressiv"; mit "rechts" werden "CDU/CSU", "Konservative", "Nationalismus", "Faschismus", "NPD", "Unternehmer", aber auch "christlich" und "Demokratie" assoziiert.

Die Assoziation von "progressiv" und "christlich" mit "links" und "rechts" verweist darauf, daß im Laufe der Zeit auch andere politische Konfliktdimensionen auf den Klassenkonflikt gewissermaßen aufmoduliert wurden, so etwa der Gegensatz zwischen religiösen und säkularisierten, progressiven und konservativen, aber auch materialistischen und post-materialistischen Einstellungen. Auf diese Weise unterliegen die begrifflichen Vorstellungen, die jeweils mit "links" und "rechts" verknüpft sind, einerseits einem fortwährenden, vor allem in Generationenschüben verlaufenden Wandel und einer Anpassung an neue Konfliktmuster, andererseits werden jedoch auch immer wieder neuartige politische Phänomene von dem Wähler in das "Links-Rechts"-Schema eingebaut, um den Prozeß der politischen Orientierung und Kommunikation zu vereinfachen.

Seit dem Beginn der achtziger Jahre geht der Anteil der Befragten, die sich der politischen Mitte zuordnen, signifikant zurück. Hingegen wächst der Anteil derjenigen, die sich entweder als "rechts" oder "links" einstufen, deutlich an<sup>1)</sup>. Dabei wächst insgesamt der Anteil der auf der Linken plazierten Wählerschaft stärker als der Anteil an Befragten mit einer rechten Orientierung (siehe hierzu Schaubild 4 und Tabellen 22 bis 25).

Schaubild 4: Die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung 1976 - 1987

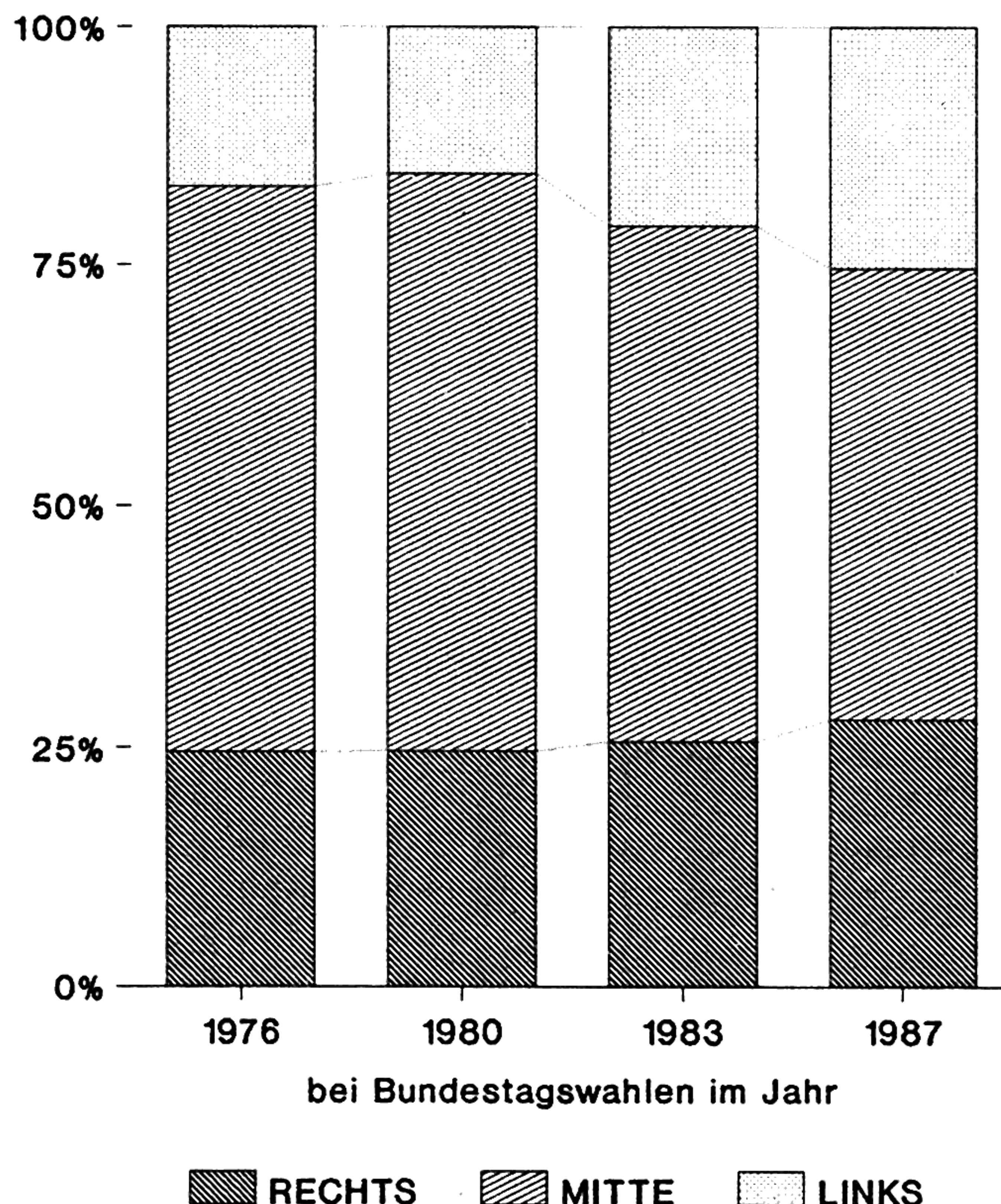


Tabelle 22: Die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung 1976 - 1987 insgesamt und nach politischen Generationen

I. Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinschätzung 1976 - 1987 insgesamt (in %)

Selbst-einstufung	1976 (N = 1941)	1980 (N = 1534)	1983 (N = 1587)	1987 (N = 1940)
LINKS	16.8	15.4	20.9	25.4
MITTE	58.6	59.9	53.4	46.6
RECHTS	24.6	24.7	25.7	28.0

<sup>1)</sup> Die hier referierten Prozentwerte und Beispiele stammen aus dem von Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann verfaßten 7. Kapitel von M. Kent Jennings; Jan W. von Deth et al.: *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin, New York 1990, S. 203-234; ferner siehe zur Frage des Bedeutungswandels der Begriffe "links" und "rechts": Hans-Dieter Klingemann: "Fakten oder Programmatik? Die Thesen von Murphy et al. über den Bedeutungswandel von "links" und "rechts" und das gegenwärtige Verständnis der politischen Richtungsbegriffe in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland". In: *Politische Vierteljahresschrift*, 23/1982, S. 214-224.

II. Links-Rechts-Selbsteinschätzung nach Generationen 1976 - 1987 (in %)

**vor 1925 geboren**

Selbst-einstufung	1976 (N = 722)	1980 (N = 472)	1983 (N = 472)	1987 (N = 458)
LINKS	12.9	11.2	15.7	18.3
MITTE	59.4	61.0	52.5	46.7
RECHTS	27.7	27.8	31.8	34.9

**zwischen 1925 und 1934 geboren**

Selbst-einstufung	1976 (N = 322)	1980 (N = 255)	1983 (N = 277)	1987 (N = 321)
LINKS	10.9	11.8	16.6	22.7
MITTE	62.7	60.8	56.7	43.3
RECHTS	26.4	27.5	26.7	34.0

**zwischen 1935 und 1944 geboren**

Selbst-einstufung	1976 (N = 434)	1980 (N = 316)	1983 (N = 302)	1987 (N = 345)
LINKS	17.5	13.6	20.9	23.2
MITTE	61.8	63.0	50.3	49.0
RECHTS	20.7	23.4	28.8	27.8

**zwischen 1945 und 1954 geboren**

Selbst-einstufung	1976 (N = 338)	1980 (N = 280)	1983 (N = 262)	1987 (N = 311)
LINKS	27.8	18.9	29.0	28.3
MITTE	52.4	55.7	51.5	45.7
RECHTS	19.8	25.4	19.5	26.0

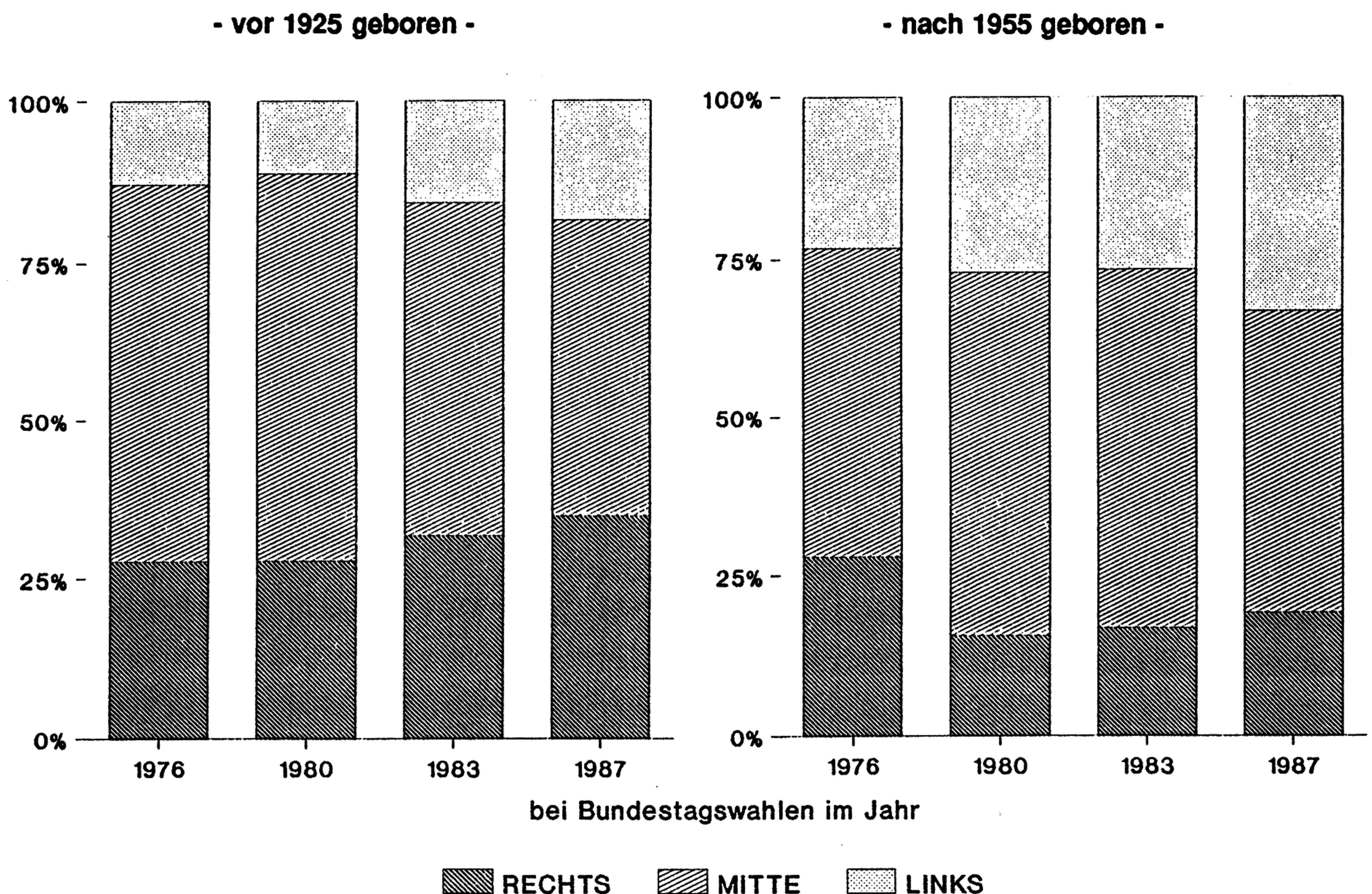
**1955 und später geboren**

Selbst-einstufung	1976 (N = 125)	1980 (N = 211)	1983 (N = 274)	1987 (N = 505)
LINKS	23.2	27.0	26.6	33.1
MITTE	48.8	57.3	56.6	47.7
RECHTS	28.0	15.6	16.8	19.2

Rechneten sich 1976 bundesweit noch 58,6 % der Befragten der politischen Mitte zu, so war dieser Anteil bis ins Jahr 1987 auf 46,6 % geschrumpft. Gleichzeitig nahm der Anteil der Befragten auf der Linken von 16,8 % auf 25,4 % und der Anteil der Rechten von 24,6 % auf 28,0 % zu. Innerhalb dieser Gesamtentwicklung gibt es einen deutlichen Generationenunterschied im Blick auf die Neigung, sich zur Rechten zugehörig zu fühlen. Bei den Befragten, die vor 1934 geboren sind, liegt der Anteil der Rechten 1976 bei ca. 27 %; 1987 sind es rund 35 % geworden. Hingegen zählen sich bei der jüngsten Wählergeneration - den nach 1955 geborenen Befragten - zwar 1976 ebenfalls 28,0 % zu den Rechten, jedoch sinkt dieser Anteil bis ins Jahr 1987 auf 19,2 % ab. In dieser Alterskohorte dominieren ganz eindeutig die Linken, die von 23,2 % auf 33,1 % ansteigen.

Zum Verständnis des ideologischen Polarisierungsprozesses, der sich für das zurückliegende Jahrzehnt ganz eindeutig feststellen läßt, erscheinen drei Aspekte dieses Einstellungswandels besonders für Freiburg bemerkenswert. Zum einen die Wechselwirkung zwischen linker und rechter Profilierung, zum zweiten der im Blick auf die Konfliktachse zwischen Materialismus und Postmaterialismus vollzogene Bedeutungswandel der Begriffe "rechts" und "links" und schließlich die Auswirkung der gewandelten Koalitionskonstellation in der Bundesrepublik seit 1982 auf die ideologische und politische Landschaft.

Schaubild 5: Die Links-Rechts-Selbsteinschätzung nach ausgewählten Generationen 1976 - 1987



Das Aufkommen der Republikaner bzw. das Erstarken einer ideologisch rechts orientierten Wählerschaft muß im Zusammenhang mit der Entwicklung eines noch zahlenstärkeren links-alternativen Einstellungssegments gesehen werden. Auch in der Vergangenheit und in anderen politischen Situationen haben ideologisch stark profilierte Bewegungen stets eine ideologische Gegenreaktion - bewußt oder unbewußt - hervorgerufen.

Die schiere Erwähnung dieses elementaren Sachverhaltes bei der Herausbildung extremistischer Potentiale bzw. bei der Entstehung ideologischer Polarisierungssituationen ist mancherorten auf Unverständnis und Empörung gestoßen. Gerster und Stobbe sehen darin bereits "eine demagogische Interpretation der Wahlergebnisse"<sup>1)</sup>. So einleuchtend die politischen Motive für diese Entrüstung sind, so wenig vermögen sie jedoch zu überzeugen.

Bei dem Hinweis auf die Rückkoppelungseffekte zwischen linken und rechten Gruppen geht es keineswegs darum, "die Wählerschaft der GRÜNEN und das Selbstverständnis der neuen sozialen Bewegungen in suggestiver Weise ... mit dem Erscheinen von antidemokratischen Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums"<sup>2)</sup> gleichzusetzen. Selbstverständlich bestehen sowohl im Blick auf die jeweiligen Anhänger und Aktivisten als auch bezüglich der programmatischen Ziele ganz erhebliche Unterschiede zwischen dem links-alternativen und grünen Lager und den neuen Rechtsparteien. Aber darauf kommt es in dem hier angesprochenen Zusammenhang gar nicht in erster Linie an. Bedeutsam ist in diesem Kontext vor allem der Umstand, daß sowohl die grün-alternativen als auch die rechtsextremistischen Positionen von jeweils beträchtlichen Teilen der Wählerschaft als extreme politische Standorte wahrgenommen und entsprechend negativ bewertet werden. Dieses Urteil wird ja nicht zuletzt dadurch erleichtert, daß es nun in der Tat zahlreiche Manifestationen eines ganz bewußt radikal formulierten politischen Selbstverständnisses jenseits einer noch so weit gefaßten Mittelposition gibt. Es ist doch wohl völlig unstrittig, daß der dem Aufkommen der links-alternativen Strömungen unterliegende Wertewandel sowie die aus diesem ideologischen Lager propagierten Vorstellungen - etwa zur gesellschaftlichen Stellung der Frau, zu den Formen politischer Teilhabe, zur Berechtigung auch unkonventioneller und spontaner Protestformen, zu tradierten politischen Institutionen wie Regierung, Parlament oder Bundeswehr - bei Individuen mit ausgeprägter Statusquo-Orientierung und den vielfältigsten Modernisierungsängsten entsprechende Gegenreaktionen provoziert haben. Das Leitmotiv einer "dekadenten", "haltlosen", "subversiven" und "chaotischen" Links- und Protestszene zieht sich keineswegs nur durch die Pamphlete der Neuen Rechten, sondern bewegt selbstverständlich auch einen beträchtlichen Teil der Bürger, die angesichts der Manifestationen links-alternativer Gruppen verunsichert und aggressiv auf "geordnete" und "gesunde" Verhältnisse pochen.

Gerade in Freiburg mit seiner starken und aktiven Alternativszene wird dieser Aspekt der ideologischen Polarisierung eine besonders wichtige Rolle gespielt haben. Dies um so mehr, als andere "Sündenböcke" wie die Ausländer, die für eine Bedrohung des eigenen Status verantwortlich gemacht werden können, hier im Vergleich zu anderen Großstädten eher selten sind. Hinzu kommt, daß politische Konflikte zwischen den "Etablierten" und der "Szene" in den zurückliegenden Jahren immer wieder im Streit zwischen den bürgerlichen Parteien und dem

-----  
<sup>1)</sup> Florian Gerster; Dietrich Stobbe (Hrsg.): Die linke Mitte heute. Bonn 1989, S. 11. Die beiden Herausgeber nehmen mit dieser scharfen Replik Stellung zu dem Beitrag von Dieter Oberndörfer und Gerd Mielke: "Die Mitte schrumpft, die Extreme festigen sich" in der FAZ vom 23.3.1989.

<sup>2)</sup> Gerstner, Stobbe, a.a.O., S. 11.

links-alternativen Bereich von SPD und GRÜNEN bewußt instrumentalisiert worden sind. Zum anderen haben sich Teile des alternativen Lagers während des vergangenen Jahrzehnts als geschickte und erfolgreiche Lobbyisten in eigener Sache erwiesen, auch dies ein weiterer Grund mehr, daß sie als ein deutlich sichtbarer innerstädtischer Gegenpol der rechtsorientierten Wählerschaft wirkten und deren Ressentiments auf sich ziehen konnten<sup>1)</sup>.

Es zeigt sich also gerade für Freiburg, daß sehr wohl der Rechts-Links-Gegensatz auch auf den Gegensatz zwischen neuer und alter, materialistischer und postmaterialistischer Politik ausgedehnt werden kann. Dieser Bedeutungswandel im Bereich des Links-Rechts-Schemas erklärt im Nachhinein auch zusätzlich den in Freiburg auffälligen Generationenkonflikt zwischen einer eher rechts-orientierten älteren Wählerschaft und einer ausgesprochen links-ausgerichteten jüngeren Wählerschaft.

Neben der Aufladung des Links-Rechts-Gegensatzes durch Elemente des "Materialismus-Postmaterialismus"- bzw. "progressiv-konservativ"-Gegensatzes hat schließlich der Wandel in der koalitionspolitischen Großwetterlage einen wesentlichen Einfluß auf die ideologische Polarisierung in der Bundesrepublik ausgeübt.

Mit dem Wechsel der FDP zur Union im Spätjahr 1982 ergab sich in der Bundesrepublik eine innenpolitische Frontstellung, die einer ideologischen Polarisierung im Sinne des Links-Rechts-Schemas zusätzliche Plausibilität verlieh, ein Umstand, der beispielsweise in der Form der sogenannten "Lagertheorie" 1986 und 1987 von dem damaligen Generalsekretär der CDU Heiner Geißler auch zu Wahlkampfzwecken aufbereitet und propagiert wurde. Die sozial-liberale Koalition hingegen hatte dem Denken in einfachen Lager-Kategorien partiell dadurch entgegengewirkt, weil sie, um wirklich eine brauchbare ideologische Zielscheibe abzugeben, gewissermaßen aus den "falschen" Partnern zusammengesetzt war. Sowohl das Image der FDP als auch das keineswegs linke Profil Helmut Schmidts fungierten bis zum Ende der Koalition in beträchtlichem Umfang als ideologische Brücke bis weit in das bürgerlich-konservative Lager hinein. Nach der Wende und durch die Umorientierung der SPD "nach Helmut Schmidt" war dieser Brückenschlag kaum noch möglich.

Die Plausibilität der Lagertheorie wurde durch die politische Entwicklung in den Ländern und Kommunen zusätzlich verstärkt, seit sich mit Beginn der siebziger Jahre auch auf den unteren Ebenen des politischen Systems die Gepflogenheit durchsetzte, die bundespolitische Koalitionskonstellation zu übernehmen und ideologisch zu imitieren, statt - wie noch in den sechziger Jahren - die breite Palette von Koalitionsvarianten auch wirklich auszuschöpfen und damit einem Denken in festen, "feindlichen" Blöcken vorzubeugen.

Die bewußte Übernahme einer auf die ideologischen Lager bezogenen politischen Rhetorik war auch in Freiburg während des vergangenen Jahrzehnts für die Herausbildung der lokalen Parteiimages von erheblicher Prägekraft, selbst wenn man bei genauerem Hinsehen in der Lokalpolitik sowohl recht breite Konsensbereiche als auch in manchen Sachbereichen quer zu den ideologischen Lagern verlaufende Meinungsfronten entdecken kann.

-----  
<sup>1)</sup> Ähnliche Konfliktlagen zeigen sich auch in anderen Städten mit einer zahlenstarken Alternativ-Szene wie Frankfurt oder Berlin, wenngleich in diesen Fällen auch noch andere "Sündenböcke" für das rechte Potential bei der Hand sind.

Schließlich hat die Veränderung der Koalitionslandschaft auch bei der Entstehung der Republikaner als Partei wohl eine entscheidende Rolle gespielt. Durch die Übernahme der Regierungsverantwortung fiel es der Union nach 1983 zunehmend schwerer, die breite Interessenkoalition, die sie in den langen Jahren der Opposition geschmiedet hatte, politisch bei der Stange zu halten. Die Hoffnungen und Erwartungen an die vielbeschworene "Wende" konnten nur zum Teil erfüllt werden; dies löste in manchen Bereichen der Unionsanhängerschaft Enttäuschung und Frustration aus.

Ein Jahrzehnt zuvor hatte schon der ebenso unvermeidliche Zwang der SPD als damaliger Regierungspartei zu Kompromissen und Abstrichen, zumal in einer Koalitionsregierung, bei der Entstehung der GRÜNEN als Ausstülpung des linken Flügels kräftig mitgeholfen.

### 3.5.2.2 Der ideologisch-politische Raum in Freiburg im Spiegel der Panaschierungsbilanzen der Parteien bei der Gemeinderatswahl vom 22.10.1989

Signalisiert die Links-Rechts-Selbsteinstufung eine langfristige ideologische Polarisierung in der Bundesrepublik, die sich auch in der politischen Kultur Freiburgs widerspiegelt, so sollte dies Bild des politisch-ideologischen Raumes noch durch eine Momentaufnahme aus dem Jahr 1989 ergänzt werden. Die vergleichende Analyse der Panaschierungsbilanzen der Parteien und politischen Gruppierungen bei der Gemeinderatswahl am 22. Oktober 1989 verweist auf die Position der Republikaner im politischen Raum des Parteienwettbewerbs und illustriert die ideologisch-politischen Distanzen zwischen den verschiedenen Parteien.

Diese Analysemöglichkeiten gründen auf den Eigenheiten des baden-württembergischen Kommunalwahlsystems, das dem Wähler eine Reihe von Optionen und Differenzierungsmöglichkeiten bei der Stimmenvergabe an die Hand gibt. Diese im Vergleich zu den Bundestags- und Landtagswahlen raffinierteren Varianten der Stimmenvergabe sollen dem Charakter der Gemeinderatswahl als Persönlichkeitswahl Rechnung tragen. Die Wähler können zum einen Stimmen kumulieren, d. h., ein Bewerber kann bis zu drei Stimmen erhalten. Zum anderen besteht die Möglichkeit des Panaschierens. Hier kann der Wähler Kandidaten aus anderen Wahlvorschlägen auf den Wahlvorschlag übernehmen, nach dem er seine Präferenz in erster Linie ausrichtet. Natürlich können beide Varianten - Kumulieren und Panaschieren - auch kombiniert werden. Schließlich hat der Wähler die Möglichkeit, einen Wahlvorschlag ganz unverändert abzugeben.

Die Wählerschaft in Freiburg macht von den im Kommunalwahlsystem verankerten Angeboten, die jeweils eigenen Präferenzen differenziert zum Ausdruck zu bringen, regen Gebrauch. Bei der Gemeinderatswahl 1989 wurden 73,6 % der Stimmzettel durch Kumulieren oder Panaschieren verändert.

Von besonderem Interesse für die Analyse des politisch-ideologischen Umfeldes der Parteien sind das Panaschierverhalten der Wähler und die Panaschierungsbilanzen der Parteien. Wie der Freiburger Stadtforscher Rainer Tressel am Beispiel der Gemeinderatswahl 1984 gezeigt hat, läßt sich die eigentlich für eine Stärkung der Persönlichkeitskomponente bei der Wahlentscheidung eingeführte Panaschierungsoption vorzüglich zur Ein-

schätzung der ideologischen Distanzen zwischen den Parteien und Wahlvorschlägen benutzen, und zwar vor allem dann, wenn die Wahl in größeren Gemeinden und Städten stattfindet und das Kandidatenangebot ganz eindeutig aus einer Situation des Parteienwettbewerbs an den Wähler herangetragen wird<sup>1)</sup>. Es gilt: "Mit einem bestimmten Weltbild und spezifischen, mehr oder weniger festen Parteibindungen ausgestattet, wird der Wähler somit auch beim Panaschieren nicht alle Kandidaten in sein Kalkül einbeziehen, sondern sich auf einen relativ kleinen Kreis beschränken. Er wird jene Kandidaten bevorzugen, die Parteien bzw. Gruppierungen angehören, die ideologisch der eigenen nahestehen, und wird jene meiden, die einer Partei angehören, deren politische Zielsetzungen den eigenen konträr gegenüberstehen. Daraus ergibt sich, daß das Panaschieren darüber Auskunft gibt, wie der Wähler die ideologische Nähe der Parteien zueinander einschätzt."<sup>2)</sup>

Die Republikaner erzielten bei der Gemeinderatswahl 1989 einen Stimmenanteil von 6,2 %. In der Gesamtzahl von 210 802 Stimmen waren 21 807 von anderen Wahlvorschlägen zupanaschierte Stimmen enthalten; dies entspricht einem Anteil zupanaschierter Stimmen von 10,3 %. Damit liegt der Anteil der zupanaschierten Stimmen der Republikaner in etwa auf dem Niveau der CDU oder der SPD und - mit gewissen Abstrichen - auch der GRÜNEN, also der "großen" Parteien in Freiburg. Dies ist durchaus bemerkenswert; denn normalerweise werden "kleineren" Parteien relativ viel mehr Stimmen zupanaschiert. So haben die Freien Wähler einen zupanaschierten Stimmenanteil von 45,6 %, die FDP von 43,3 %, die Linke Liste von 36,9 % und die Liberalen Demokraten gar von 57,4 %.

Der Eindruck einer Außenseiterposition der Republikaner wird bestärkt, wenn wir in einem ersten Schritt den Verbleib der auf den verschiedenen Wahlvorschlägen panaschierten Stimmen verfolgen (siehe Tabelle 23). Quer durch die Anhängerschaften aller anderen Parteien und Gruppierungen zeigt sich nämlich, daß jeweils nur kleine Minderheiten der Wähler anderer Parteien Stimmen für die Kandidaten der Republikaner abzweigten. Von allen panaschierten Stimmen auf dem Wahlvorschlag der CDU - insgesamt waren dies 167 054 - entfielen nur 5,4 % auf die Republikaner. Demgegenüber gingen 16,7 % an die SPD, 29,4 % an die FDP und 36,7 % an die Freien Wähler. Bei den SPD-Wahlvorschlägen lag der Anteil der den Republikanern zupanaschierten Stimmen bei 3,2 %. 19,1 % entfielen auf die Union, 34,1 % auf die GRÜNEN, 14,2 % auf die Liberalen und 17,2 % auf die Freien Wähler.

-----  
<sup>1)</sup> Rainer Tressel: "Die Nähe von Parteien aus der Sicht ihrer Wähler - Verhalten beim Panaschieren." In: Wolfgang Bick (Hrsg.): Städtestatistik und kommunale Wahlforschung. Konzepte und Ergebnisse. Arbeitsheft 4, Ausschuß Wahlforschung, Verband Deutscher Städtestatistiker, o.J., S. 73 - 85.

<sup>2)</sup> Rainer Tressel: "Wahl der Gemeinderäte und Ortschaftsräte in Freiburg i. Br. am 22. Oktober 1989" in: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg, Januar 1990, S. 33.



Tabelle 23: Die Verteilung der panaschierten Stimmen nach Parteien auf den einzelnen Wahlvorschlägen bei der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg

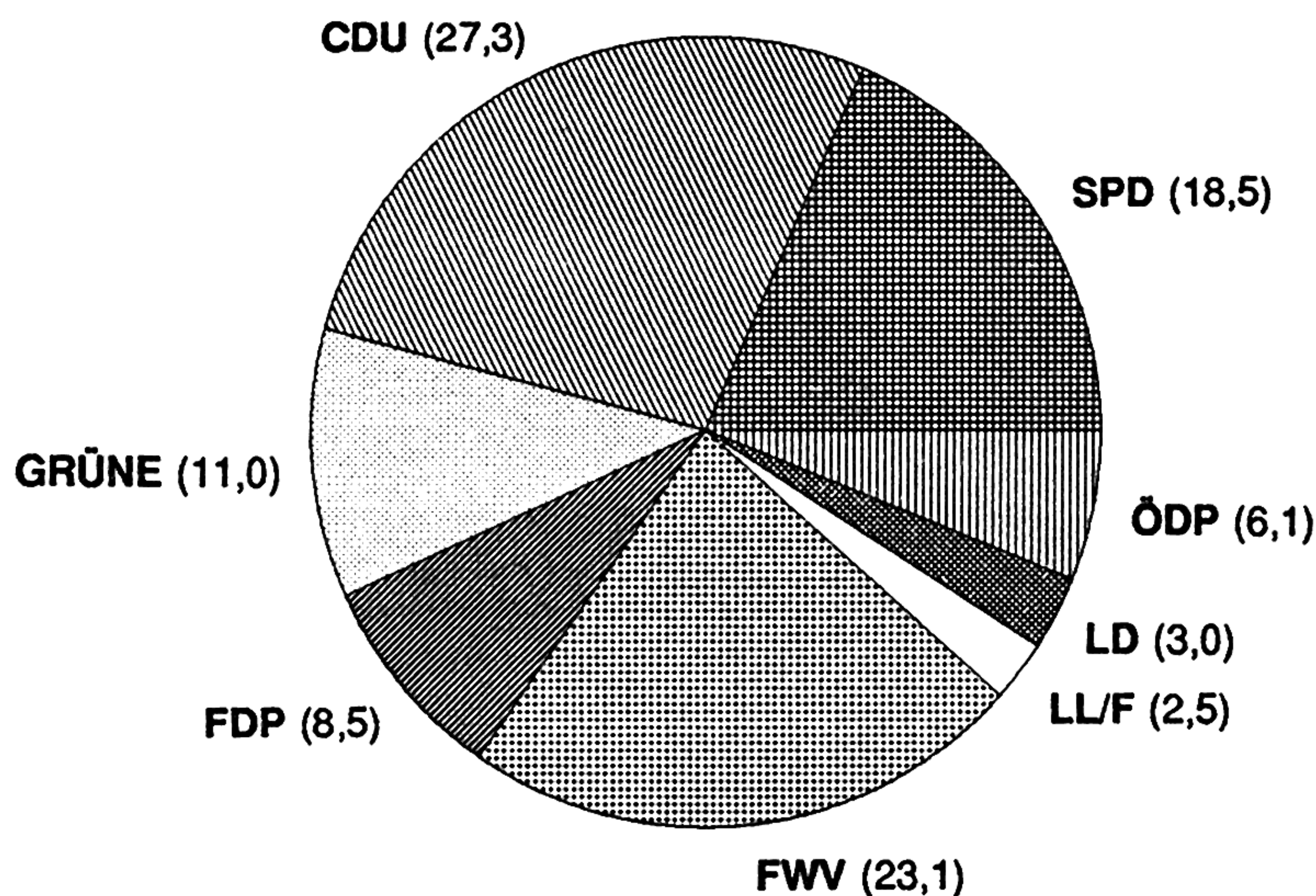
	Von Wahlvorschlag ... gingen Stimmen (in %)								
	SPD	CDU	REP	GRÜNE	FDP	FWV	LL/F	LD	ÖDP
an ...									
SPD		16,7	18,5	42,1	18,9	19,6	19,0	21,0	19,1
CDU	19,1		27,3	5,7	36,8	40,6	1,4	13,6	18,8
REP	3,2	5,4		1,5	2,6	5,0	0,8	4,4	4,0
GRÜNE	34,1	6,4	11,0		10,6	6,5	70,6	13,5	28,2
FDP	14,2	29,4	8,5	6,3		22,4	1,5	14,4	11,0
FWV	17,2	36,7	23,1	5,4	24,6		2,0	17,0	10,9
LL/F	5,7	0,6	2,5	28,4	1,2	1,2		6,4	4,1
LD	2,0	1,2	3,0	2,5	1,9	1,9	1,9		3,9
ÖDP	4,5	3,6	6,1	8,1	3,4	2,8	2,8	9,7	
insges.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Auch für alle anderen Wahlvorschläge ergibt sich ein ähnliches Bild. Bei den Freien Wählern gingen 5,0 % an die Republikaner, bei der FDP 2,6 %, bei den GRÜNEN 1,5 %, bei der Linken Liste, den Liberalen Demokraten und der ÖDP 0,8 %, 4,4 % und 4,0 %<sup>1)</sup>.

Diese Panaschierungsmuster stehen in einem ergänzenden Einklang mit der im vorausgegangenen Kapitel skizzierten These von einer über längere Zeit verlaufenden Entfremdung der rechtsextremistischen Anhängerschaft: Zwischen den Wählern der Republikaner und den Anhängern aller anderen Parteien und Gruppierungen scheint mittlerweile ein breiter Graben zu liegen. Nur ganz wenige Wähler benutzen das ansonsten ausgiebig verwendete Instrument des Panaschierens zugunsten der Republikaner. Für die Anhänger aller politischen Parteien und Gruppen in Freiburg stehen die Republikaner ganz am Rande der politischen Optionen.

-----  
<sup>1)</sup> Die Zurückhaltung der Wähler der anderen Parteien und Gruppen bei der Stimmvergabe für die Republikaner schließt allerdings nicht aus, daß dennoch diese panaschierten Stimmen zumindest aus der Sicht der Republikaner durchaus ihr Gewicht hatten. So stammten 41,7 % der insgesamt für die Republikaner zupanaschierten Stimmen von der CDU und immer noch 27,6 % von den Sozialdemokraten.

Schaubild 6: Die Panaschierungspräferenzen der Anhänger der Republikaner bei der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg<sup>\*)</sup>



<sup>\*)</sup> Das Schaubild ist wie folgt zu lesen: Von den Stimmzetteln der Republikaner gingen x % panaschierte Stimmen an die anderen Parteien.

Das Bild einer gegenüber den anderen politischen Gruppen weitgehend abgeschotteten Anhängerschaft wird auch durch eine Betrachtung des Panaschierverhaltens der republikanischen Anhänger bekräftigt. Zunächst einmal fällt die nur äußerst schwach ausgeprägte Neigung der Rechtswähler auf, Stimmen an Kandidaten anderer Wahlvorschläge zu vergeben. Zwar gibt es bei keinem anderen Wahlvorschlag so viele veränderte Stimmzettel wie bei den Republikanern, nämlich 92,0 %, aber die Veränderungen gehen fast immer auf das Kumulieren der Stimmen zugunsten der republikanischen Kandidaten zurück.<sup>1)</sup> Während sich auf lediglich 27,4 % der veränderten Stimmzettel Panaschierungen fanden, wurde auf 72,6 % ausschließlich kumuliert.

Bei den Rechtswählern, die auf einen republikanischen Wahlvorschlag Stimmen zugunsten der Kandidaten anderer Parteien und Gruppen panaschierten, sind nun durchaus deutliche "zweite Präferenzen" zu erkennen (siehe Tabelle 23 und Schaubild 6). Der überwiegende Teil dieser Stimmen ging erwartungsgemäß an eher konservative Parteien und Gruppen. Vornan stand als zweite Präferenz die CDU mit einem Anteil von 27,3 % der von den republikanischen Wählern panaschierten Stimmen, dicht gefolgt von den Freien Wählern mit 23,1 %. Die FDP als bürgerliche Partei wurde - wohl wegen ihres ausgesprochenen Bildungs- und Mittelschichtenimages - mit nur 8,5 % der panaschierten Stimmen bedacht. Fast ein Fünftel dieser Stimmen - 18,5 % - entfiel auf die SPD und immer noch 11,0 % auf die GRÜNEN.

<sup>1)</sup> Die Republikaner hatten ihren Anhängern dieses Wahlverhalten durch einen taktisch geschickten Zug bei der Präsentation der Kandidaten nahegelegt; denn sie gingen als einziger Wahlvorschlag mit nur 16 Bewerbern ins Rennen. Alle anderen Wahlvorschläge enthielten die Höchstzahl von 48 Bewerbern. Diese Reduktion der Kandidatenanzahl provozierte eine Kumulierungsstrategie bei den Anhängern der Rechten. Allerdings spielte, dies sollte man der Vollständigkeit halber anfügen, für diese ungewohnte Variante der Kandidatenauswahl auch der ausgesprochen dünne Mitgliederbestand der Republikaner eine wesentliche Rolle.

Auf der Grundlage der Panaschierungsströme kann man ein Modell für die politischen Distanzen zwischen den Parteien und Gruppen konstruieren. Der von Tressel verwendete Distanzkoeffizient eignet sich als Maßzahl, die Parteien nach ihrer Entfernung voneinander auf einem Kontinuum in eine Rangfolge einzuordnen. "Die Entfernung zwischen zwei Parteien wird bestimmt durch die unterschiedlichen Anteile an panaschierten Stimmen, die zwischen den beiden Parteien ausgetauscht werden und die von diesen beiden Parteien allen anderen Parteien zufließen. Die Distanz wächst dabei mit der Höhe des Koeffizienten."<sup>1)</sup>

Tabelle 24: Die Distanzmaße zwischen den Parteien bei der Gemeinderatswahl 1989 auf der Basis der Panaschierungsbilanzen (Distanzkoeffizient D)

	LL/F	GRÜNE	ÖDP	LD	SPD	FDP	CDU	FWV	REP
REP	154,9	140,1	136,2	137,5	129,0	133,5	122,4	123,9	
FWV	159,7	142,2	135,6	132,0	120,8	108,4	86,7		
CDU	160,6	143,4	131,5	134,0	122,0	95,9			
FDP	157,6	139,2	134,7	133,0	122,1				
SPD	132,2	92,6	125,2	127,7					
LD	149,3	134,1	132,6						
ÖDP	144,8	122,4							
GRÜNE	81,5								
LL/F									

Tabelle 24 stellt die Verteilung der Parteien in Freiburg auf einer durch das Kriterium des Panaschierens definierten ideologisch-politischen Dimension dar. Diese Dimension entspricht weitgehend der Links-Rechts-Achse innerhalb des westdeutschen Parteienspektrums.<sup>2)</sup> Die Außenpositionen werden von der Linken Liste/Friedensliste und den Republikanern eingenommen, die damit die Freien Wähler vom rechten Rand verdrängt haben.

Eine Ausprägung des Distanzmaßes unter 100,0 drückt nun jeweils eng beieinanderliegende Partei- und Gruppenkonstellationen aus. So bilden CDU, FDP und Freie Wähler einen durch intensiven Panaschierungsaustausch gekennzeichneten "rechten" Block. Die SPD und die GRÜNEN konstituieren einen zweiten, "linken" Block, sowie die GRÜNEN und die Linke Liste - unter Ausschluß der SPD allerdings - einen dritten, ebenfalls "linken" Pol. Die anderen Parteien, unter ihnen in besonderer Weise die Republikaner, erscheinen hier als relativ isolierte Größen im politischen Raum. Die Distanz aller Parteien zu den Republikanern ist erheblich, sie steigt erwartungsgemäß mit einer eher "linken" Position. Jedoch stehen nicht die Republikaner im Blick auf die etablierten

-----  
<sup>1)</sup> Der Distanzkoeffizient D wird mit folgender Gleichung ermittelt:

$$D [ij] = (K1i - K1j) + (K2i - K2j) \dots (Kni - Knj);$$

dabei ist D die Distanz zwischen zwei Objekten i und j - in unserem Falle zwischen den jeweiligen Parteienpaaren - anhand beliebig vieler Distanzkriterien (K1...Kn). Siehe hierzu: Tressel, Wahl der Gemeinderäte, S. 39.

<sup>2)</sup> Der "linke" Bereich wird in Freiburg ganz offensichtlich durch die ökologische bzw. postmaterialistische Dimension gebildet. Dieses Gewicht der ökologischen Ausrichtung läßt etwa die ÖDP links von der SPD erscheinen, obgleich diese Partei ansonsten in ihrem programmatischen Profil eindeutig konservative Züge trägt und auf einer anderen - etwa der sozialpolitischen - Dimension eher in den "rechten" Bereich rücken würde.

Parteien und Gruppen am weitesten außerhalb, sondern die Linke Liste. Mit Ausnahme der Nähe der Linken Liste zu den GRÜNEN zeigen die Koeffizienten jeweils äußerst distanzierte Relationen zwischen der Linken Liste und der SPD (132,2), der CDU (160,6), der FDP (157,6) und der Freien Wähler (159,7) an, die in ihrer Intensität stärker sind als die entsprechenden Distanzmaße dieser Parteien im Blick auf die Republikaner.

### 3.6 Das Zusammenwirken der Faktoren

Die Wahlerfolge der neuen Rechtsparteien auch in Freiburg müssen unserem Modell zufolge also als vorläufiges Endprodukt eines langwierigen und in mehreren Etappen verlaufenden politischen Wandlungsprozesses verstanden werden. Dabei treten drei Stadien der Herausbildung eines rechtsextremistischen Wählersegments hervor. Eine auf individual- und sozialpsychologischen Merkmalen beruhende politische Mentalität konstituiert ein rechtsextremistisches Potential, das auch über lange Zeiträume hinweg politisch unauffällig bleiben kann. Dieser Latenzphase folgt eine zweite Stufe, in der sich die soziale Lage im Sinne der Marginalisierung verschlechtert und eine affektive Entfremdung von den etablierten Trägern der politischen Interessenvertretung, und hier vor allem von den Parteien, eintritt. Die Entwurzelung der Parteien in den von sozialen Risikolagen bedrohten und betroffenen Gruppen und die Erzeugung bzw. Bewältigung eben dieser Risikolagen sind folglich die Schlüsselstellen beim Umschlag von der politischen Mentalität eines rechtsextremen Potentials hin zur dritten Phase, der manifesten Verhaltensänderung als Wähler im Sinne einer rechten Stimmenvergabe.

Die Bedeutung eines ideologisch aufladbaren Themen- und Reizwortkatalogs, wie ihn das Programm der Republikaner liefert, besteht im wesentlichen darin, plausible Bezugs- und Kristallisationspunkte für die sozialen und politischen Frustrationen der "Modernisierungsverlierer" abzugeben.<sup>1)</sup> Dabei ist der immer wieder kritisierte Umstand, das Programm der Republikaner gleiche einem schlecht sortierten Bauchladen politischer Schlagworte, im Blick auf die zwar marginalisierte, aber verschiedenen sozialen Bereichen entstammende Anhängerschaft eine funktionale Notwendigkeit. Eine präzise, mit klaren Handlungsperspektiven ausgestattete Programmatik würde es weitaus schwerer machen, die buntscheckige Allianz der "Modernisierungsverlierer" beisammen zu halten. Wenn sich irgendwo ein Lehrbeispiel für symbolische Politik und ihre Wirkung aufführen läßt, dann gewiß bei dieser Bündelung der Motive und politischen Bedürfnisse der rechten Wähler durch ideologisierte Versatzstücke.

Schließlich spielt für den Aufstieg der Republikaner die "langweilige", von elementaren und aufrüttelnden Konflikten und Geschehnissen im wesentlichen befreite politische Großwetterlage des Spätjahres 1988 und der ersten Jahreshälfte 1989 eine wichtige Rolle. Bei einer insgesamt nur wenig polarisierten Wählerschaft und auf der Ebene klassischer "Nebenwahlen" bestanden für eine rechtsextremistische Partei besonders günstige Aussichten, die Frustrationen und Vorurteile des rechten Potentials anzusprechen und in ein entsprechendes Wahlverhalten umzumünzen.

-----  
<sup>1)</sup> Zur Programmatik der Republikaner siehe : Norbert Lepszy: "Die Republikaner. Ideologie - Programm - Organisation." In: APUZ, 41-42/1989, S. 3-9; weitere Literaturhinweise siehe Fußnote 1.

Als dann im Herbst 1989 Bewegung in die "Deutsche Frage" kam und als sich überdies der Schatten der nationalen Wahl im Spätjahr 1990 mit ihren dramatischen gesamtdeutschen Perspektiven über die Wählerlandschaft legte, ging den Rechtsparteien zum einen ein programmatischer Kristallisationspunkt - das Wiedervereinigungsmotiv - verloren, und zum andern beherrschten politische Schicksalsfragen die Öffentlichkeit, neben denen die Anliegen der Republikaner verblassen mußten.

Freilich sollte der Rückgang der Republikaner sowohl in den Umfragen als bei den Wahlen selbst nicht zu voreiligem Frohlocken verleiten. Neben dem Niedergang der Republikaner als Partei geht dieser Schwund in erster Linie auf den Verlust bzw. die lautstarke Übertönung der ideologischen Reizworte zurück und nicht, so scheint es, auf einen grundlegenden Wandel im Bereich der in den vorausgegangenen Abschnitten erörterten sozialen und politischen Ursachen für den Aufschwung der Rechtsparteien.

#### **4. Die Stabilität der neuen Rechtsparteien und die Möglichkeiten politischer Gegenstrategien**

Bei der Bewertung des politischen Flurschadens, den die Republikaner anrichten könnten, spielt die Frage nach der eventuellen Stabilität der neuen Rechtsparteien und ihrer Anhängerschaft eine wesentliche Rolle. Handelt es sich bei den Wahlerfolgen für die Rechten in den zurückliegenden Wahlen um kurzfristigen Protest, um einmalig ausgeteilte politische Denkkzettel, oder wird sich auf dem rechten Flügel eine dauerhaft stabile, neue politische Option einrichten? Gerade angesichts des rapiden Niedergangs der Republikaner seit dem Herbst 1989 ist ein Rückblick auf die Prognosen über die Stabilität der neuen Rechtsparteien in den vorliegenden Untersuchungen recht reizvoll.

Die verschiedenen Untersuchungen beurteilen die Möglichkeiten einer langfristigen Etablierung der Republikaner recht unterschiedlich. Dieter Roth hebt hervor, daß die von den Republikanern angesprochenen Probleme kaum die Chance bieten, "strukturell definierbare Gruppen an sich zu binden, denn nur in und mit ihrem Milieu kann eine Partei auf die Dauer erfolgreich sein ... Es ist zu bezweifeln, daß ihr Problem" - die Integration der Ausländer - "von großer zeitlicher Dauer ist ..." Überdies haben nach seiner Einschätzung die Republikaner "keine eigene Klientel, sondern finden nur Anklang bei derzeit vernachlässigten Teilen der alten Klientel der beiden Volksparteien. Sie haben deshalb auch kaum eine Chance, sich auf Dauer diese Teile herauszuberechnen."<sup>1)</sup>

Auch Veen schätzt die langfristigen Erfolgchancen eher gering ein, da es den Republikanern auf längere Sicht nicht gelingen werde, "widerstreitende Protestinteressen bei geringen politisch-ideologischen Gemeinsamkeiten zusammenzuhalten". Zwar ziele die Führung der Republikaner darauf ab, ihre Partei als Anwalt des in Bedrängnis geratenen "kleinen Mannes" darzustellen, aber vor allem "unter den Medienbedingungen der Bundesrepublik" kann "in den Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ... dann sehr rasch die Unvereinbarkeit verschiedener Protestvoten zugunsten der Republikaner aufgezeigt werden"<sup>2)</sup>.

-----  
<sup>1)</sup> Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei?, S. 19.

<sup>2)</sup> Veen, "Programm" und "Wähler" der Republikaner, S. 64. Ebenso argumentiert auch Lepszy, Die Republikaner, S. 9.

Diese eher optimistische Sicht wird allerdings dadurch eingeschränkt, daß von beiden Autoren immer wieder die Imponderabilien sowohl der zukünftigen Wahlergebnisse als auch die Fähigkeit der etablierten Parteien, die von der Rechten angesprochenen sozialen Fragen zu lösen, unterstellt werden. Hofmann-Göttig kommt gar zu dem Schluß: "Es ist deutlich geworden, daß die Neue Rechte keine Eintagsfliege ist."<sup>1)</sup>

Vor dem Hintergrund unserer Erörterungen und Befunde sollte die Frage nach der langfristigen Stabilität einer rechten Option und eines rechten Wählerpotentials nicht allein aufgrund der jüngsten Wahlergebnisse der Republikaner beantwortet werden.

Zweifellos hat der Niedergang der Republikaner gezeigt, daß wesentliche Voraussetzungen organisatorischer und programmatischer Art für eine kontinuierliche politische Arbeit bei dieser Partei nicht gegeben waren. Die Republikaner vermochten nicht, sich überhaupt als Parteiorganisation zu konsolidieren. Auch die Auswirkungen politischer Skandale, die die Partei von Anbeginn immer wieder erschüttert haben, die Folgen innerparteilicher Ränkespiele und die Entwicklung des Mitgliederbestandes hatten die jetzt sichtbaren politischen Konsequenzen vorausahnen lassen. Hinzu tritt, daß die schnellen deutschlandpolitischen Veränderungen die Republikaner in einer entscheidenden Phase der Parteientwicklung eines wichtigen gemeinsamen politischen Nenners beraubten, nämlich der Beschwörung der deutschen Einheit als von den "Etablierten" eben nicht mehr ernsthaft verfolgtem nationalen Ziel. Gerade die "nationale Frage" war für die republikanische Anhängerschaft ein hochbedeutsamer ideologischer Kristallisationspunkt, der nach einer Einigung der beiden deutschen Staaten unwiederbringlich wegfallen wird. Auf der organisatorischen und ideologischen Ebene haben die Republikaner also derartig massive Rückschläge hinnehmen müssen, von denen sich diese Partei nur schwerlich wird erholen können.

Im Blick auf die Stabilität der Wählerpotentiale bzw. auf die Stabilität der Bestimmungsfaktoren innerhalb des Erklärungsmodells für den Wahlerfolg der Republikaner - oder aber auch einer anderen, zukünftigen Rechtspartei - kann man jedoch zu einem anderen Urteil kommen: Wesentliche Bestimmungsfaktoren des Wahlerfolgs der Rechten bestehen fort und lassen daher ein Aufkommen eventuell anderer Rechtsparteien als eine durchaus realistische Möglichkeit erscheinen.

Zum einen besteht ein ganz wesentlicher Stabilitätsfaktor in dem von kurzfristigen und aktuellen Ereignissen kaum berührten Feld derjenigen psychologischen Dispositionen, die "politische Mentalität" und damit das rechtsextremistische Potential konstituieren. Auch die Tendenzen in der Wählerschaft, die zur Abkoppelung von Wählersegmenten von den etablierten Parteien geführt haben, werden sich kaum in absehbarer Zeit ändern. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Ursachen für die Entfremdung in gesellschaftlichen Umbrüchen oder in der Wirkung innerparteilicher Mechanismen bei den "Altparteien" liegen. Beides - Modernisierungsschübe und innerparteiliche Karriere- und Rekrutierungsmuster - entzieht sich einer schnellen und gezielt herbeigeführten politischen Korrektur und wird, wenn überhaupt, somit nur auf langen Umwegen beeinflußt werden können.

-----  
<sup>1)</sup> Hofmann-Göttig, Die Neue Rechte: Die Männerparteien, S. 31.

Hinsichtlich der zukünftigen und eventuell langfristigen Stabilität eines rechten Wählerblocks nimmt die soziale und wirtschaftliche Situation eine entscheidende Rolle ein. So wie die Marginalisierungstendenzen zur Entstehung und Belegung des rechtsextremistischen Potentials beigetragen haben, so können die Fortdauer oder gar die Zuspitzung der beklagten Mißstände die Protestwähler weiter zur Wahl der Rechtsparteien motivieren bzw. sie von den anderen Parteien entfremden. Vieles spricht derzeit für die Annahme, daß ein wesentlicher Teil dieser sozialen Konflikte auch in den kommenden Jahren weiter spürbar bleibt oder sich sogar, im Zuge der sozialen Folgen und Nebenkosten der deutschen Einigung, verstärken wird. Das aber heißt: Unter den Zwängen des Arbeits- und Wohnungsmarkts finden die unter Druck geratenen Wählergruppen in hinreichendem Maße "Sündenböcke", an denen sie sich das politische Mütchen kühlen können. Dabei reicht die Wahl von den etablierten Parteien, die soziale Härten und Ungerechtigkeiten nicht haben verhindern können, bis zu den "Fremden", die, sei es als Übersiedler hier oder als "Subventionsempfänger" in der - dann wahrscheinlich: ehemaligen - DDR, unmittelbar mit den eigenen Notlagen und Statusbedrohungen im Sinne eines Wohlstandschauvinismus in Verbindung gebracht werden können. Daß es gerade durch die Beschleunigung der deutschlandpolitischen Entwicklung dabei zu dem geradezu paradoxen Fall kommen könnte, daß sich eine Rechte (-West) und eine Rechte (-Ost) gegenüberstehen, macht das Ganze zwar eventuell komplizierter, aber keineswegs harmloser.

Politische Gegenstrategien, die eine Aussicht auf Erfolg reklamieren wollen, haben deshalb in erster Linie auf dem weiten Feld der Sozial- und Wohlfahrtsstaatspolitik anzusetzen. Frontale Angriffe auf die kläglichen Überreste der Republikaner und ihr Programm bzw. ihre Repräsentanten werden - wie auch die berechtigte Freude über die Stimmenverluste der Rechten - allein wenig Wirkung erzielen, wenn sie nicht mit glaubhaften politischen Projekten zur Überwindung sozio-ökonomischer Risikolagen einhergehen.

Die eigentliche und unverhoffte politische Herausforderung für die Bundesrepublik, die sich mit dem Aufstieg der Republikaner und mit der deutschen Einigung stellt, wird das lange Zeit an den Rand gedrängte Problem wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge und Gestaltung in einer Zeit rapider Modernisierung sein. Ganz abgesehen davon, daß mit ziemlicher Sicherheit eine Reihe von Marginalisierungslagen in der Gesellschaft überhaupt nicht zu korrigieren sind - so etwa die Strukturprobleme der ländlichen Bevölkerung -, es bleibt eine bange Sorge, ob die politische Diskussion in der Bundesrepublik während des vergangenen Jahrzehnts nicht einen weitreichenden Konsens darüber offenbart, daß die soziale Frage als erledigt oder zumindest als zweitrangig gelten könne.

In allen Parteien hat sich in diesen Jahren ein Paradigmenwechsel vollzogen, der andere Probleme und Perspektiven in den Vordergrund rückte: den ökologischen Umbau, die Aufrüstung der Wirtschaft für die europäische Herausforderung, die Sicherung des Friedens oder die Gleichstellung der Frau im gesellschaftlichen Bereich, um nur einige wenige prominente Beispiele für diesen Perspektivenwechsel zu nennen.

Die wohlfahrtsstaatliche Dimension der Politik erschien in diesem Reigen moderner Herausforderungen irgendwie "altmodisch". Man erwähnte sie allenfalls ab und zu und dann in erster Linie als Alptraum der Haushaltsexperten, aber man war von ihr jedoch nicht sonderlich berührt. Die Diskussionsstränge innerhalb der Parteien - dies gilt sowohl auf der Ebene der Bundespolitik, aber auch für die programmatische Arbeit vor Ort in Freiburg - haben sich von der sozialen Frage fortbewegt. Die meisten der heute führenden politischen Repräsentanten der Parteien verdanken ihren Aufstieg und ihre Reputation in erster Linie dem Engagement in den "neuen" Politikfeldern.

Es bleibt zu hoffen, daß den Parteien eine überzeugende Hinwendung zur sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Dimension nicht mißrät. Sie wird im wesentlichen die Rückbesinnung auf sozialpolitische Traditionen erfordern, die vor allem bei den beiden großen Parteien nach dem Krieg noch wesentlich lebendiger waren als heute. Nur auf diesem mühseligen Weg, der die innerparteiliche Konsensfähigkeit unserer Großparteien in erheblichem Maße strapazieren wird, wird man den Republikanern und anderen, wahrscheinlich dann neuen Rechtsparteien auf die Dauer beikommen und ein erneutes politisches Aufflammen schwelender sozialer Brandherde verhindern können.



## TABELLENANHANG

Tabelle 25: Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %

Stadtbezirk	SPD	CDU	FDP	GRÜNE
Brühl-Industriegebiet	39,9	20,8	4,0	13,3
Haslach-Schildacker	34,0	27,7	7,1	8,7
Stühlinger-Beurbarung	39,0	21,5	3,2	18,7
Haslach-Weingarten	43,8	22,4	4,6	12,4
Haslach-Gartenstadt	39,4	25,2	5,5	15,0
Landwasser	36,5	29,8	4,7	11,6
Brühl-Güterbahnhof	38,5	23,8	4,3	16,9
Mooswald-Ost	32,6	27,6	4,7	18,4
Betzenhausen-Bischofslinde	32,4	32,3	5,0	16,0
Haslach-Egerten	38,8	24,1	4,8	16,8
Freiburg insg.	29,8	28,3	7,2	22,2

Tabelle 26: Die Bundestagswahlergebnisse der CDU von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %

Stadtbezirk	Zweitstimmenanteil der CDU				
	1972	1976	1980	1983	1987
Littenweiler	50,1	53,5	44,4	46,2	34,8
Kappel	45,7	48,7	42,2	44,4	36,1
Günterstal	51,7	54,0	44,1	47,7	36,9
Altstadt-Mitte	46,4	48,1	42,1	42,6	32,3
Mittelwiehre	45,3	44,3	38,5	37,8	27,7
Herdern-Süd	47,5	47,3	41,3	39,8	32,1
Freiburg insg.	40,9	44,0	38,1	41,4	33,6

Tabelle 27: Die Bundestagswahlergebnisse der SPD von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %

Stadtbezirk	Zweitstimmenanteil der SPD				
	1972	1976	1980	1983	1987
Littenweiler	29,0	29,9	32,7	26,6	22,2
Kappel	39,8	41,6	42,2	35,5	33,8
Günterstal	29,4	28,3	30,6	26,7	22,1
Altstadt-Mitte	37,3	39,1	37,2	30,3	24,0
Mittelwiehre	35,4	37,2	38,4	30,3	25,3
Herdern-Süd	34,0	35,7	35,6	31,8	25,7
Freiburg insg.	42,3	42,2	43,3	37,3	31,4

Tabelle 28: Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %

Stadtbezirk	SPD	CDU	FDP	GRÜNE
Littenweiler	24,2	31,3	7,8	24,7
Kappel	33,7	30,2	7,5	18,3
Günterstal	25,2	34,2	10,5	19,6
Altstadt-Mitte	25,6	28,7	8,6	28,3
Mittelwiehre	27,7	23,5	6,4	33,0
Herdern-Süd	27,5	27,2	10,0	26,6
Freiburg insg.	29,8	28,3	7,2	22,2

Tabelle 29: Die Stimmenanteile der CDU bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Stimmenanteile der CDU in %		
	LW 1988	EW 1989	GW 1989
Littenweiler	41,0	31,3	30,9
Kappel	40,1	30,2	27,4
Günterstal	43,7	34,2	32,2
Altstadt-Mitte	38,0	28,7	26,3
Mittelwiehre	30,0	23,5	21,4
Herdern-Süd	36,3	27,2	25,2
Freiburg insg.	36,2	28,3	26,8

Tabelle 30: Die Stimmenanteile der SPD bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989

Stadtbezirk	Stimmenanteile der SPD in %		
	LW 1988	EW 1989	GW 1989
Littenweiler	28,1	24,2	18,9
Kappel	38,8	33,7	31,6
Günterstal	27,7	25,5	18,3
Altstadt-Mitte	28,5	25,6	19,3
Mittelwiehre	30,4	27,7	22,5
Herdern-Süd	29,5	27,5	22,2
Freiburg insg.	35,6	29,8	25,6

Tabelle 31: Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bei der Gemeinderatswahl 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %

Stadtbezirk	SPD	CDU	FDP	GRÜNE
Littenweiler	18,9	30,9	8,3	21,1
Kappel	31,6	27,4	6,1	14,1
Günterstal	18,3	32,2	13,8	18,2
Altstadt-Mitte	19,3	26,3	7,3	27,2
Mittelwiehre	22,5	21,4	6,9	30,5
Herdern-Süd	22,2	25,2	8,6	24,4
Freiburg insg.	25,6	26,8	6,9	20,0

## Verzeichnis der Tabellen

	Seite
1. Die Stimmenanteile der Parteien und Listenverbindungen in Freiburg bei der Europawahl 1989 und der Gemeinderatswahl 1989 in %	12
2. Hochburgen der Republikaner bei der Europawahl 1989 und der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg	13
3. Tiefburgen der Republikaner bei der Europawahl 1989 und der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg	13
4. Die Entwicklung des Ausländeranteils in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	25
5. Die Wohnstruktur in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	27
6. Die Entwicklung des Ausländeranteils in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	28
7. Die Wohnstruktur in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	28
8. Die Hoch- und Tiefburgen der Republikaner bei der Europawahl 1989 nach dem Wohngebietsstatus der Stadtteile	29
9. Die Stimmenanteile der Parteien in % bei der Europawahl 1989 in Stadtbezirken mit unterschiedlichem Statusprofil	30
10. Stimmabgabe der verschiedenen Altersgruppen in % für die einzelnen Parteien bei der Europawahl 1989 in Freiburg	33
11. Die Wähler der Parteien nach Geschlecht und Alter in % bei der Europawahl 1989 in Freiburg	34
12. Stimmabgabe von Männern und Frauen nach Altersgruppen in % bei der Europawahl 1989 in Freiburg	35
13. Die Entwicklung der Parteiidentifikation in der Bundesrepublik 1976 - 1987	39
14. Die Entwicklung der Parteiidentifikation im Arbeiterbereich 1976 - 1987	41
15. Die Bundestagswahlergebnisse der CDU von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	43
16. Die Bundestagswahlergebnisse der SPD von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	44
17. Die Stimmenanteile der CDU bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	45
18. Die Stimmenanteile der SPD bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	45

19.	Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bei der Gemeinderatswahl 1989 in den Stadtbezirken mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %	46
20.	Die Wahlbeteiligung von 1983 bis 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	48
21.	Die Wahlbeteiligung von 1983 bis 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	49
22.	Die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung 1976 - 1987 insgesamt und nach politischen Generationen	51
23.	Die Verteilung der panaschierten Stimmen nach Parteien auf den einzelnen Wahlvorschlägen bei der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg	58
24.	Die Distanzmaße zwischen den Parteien bei der Gemeinderatswahl 1989 auf der Basis der Panaschierungsbilanzen (Distanzkoeffizient)	60
25.	Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN in den Stadtbezirken Freiburgs mit den höchsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %	67
26.	Die Bundestagswahlergebnisse der CDU von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %	67
27.	Die Bundestagswahlergebnisse der SPD von 1972 bis 1987 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %	68
28.	Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %	68
29.	Die Stimmenanteile der CDU bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	69
30.	Die Stimmenanteile der SPD bei den Landtags-, Europa- und Gemeinderatswahlen 1988 und 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989	69
31.	Die Stimmenanteile von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bei der Gemeinderatswahl 1989 in den Stadtbezirken Freiburgs mit den niedrigsten Republikaneranteilen bei der Europawahl 1989 in %	70

## **Verzeichnis der Schaubilder**

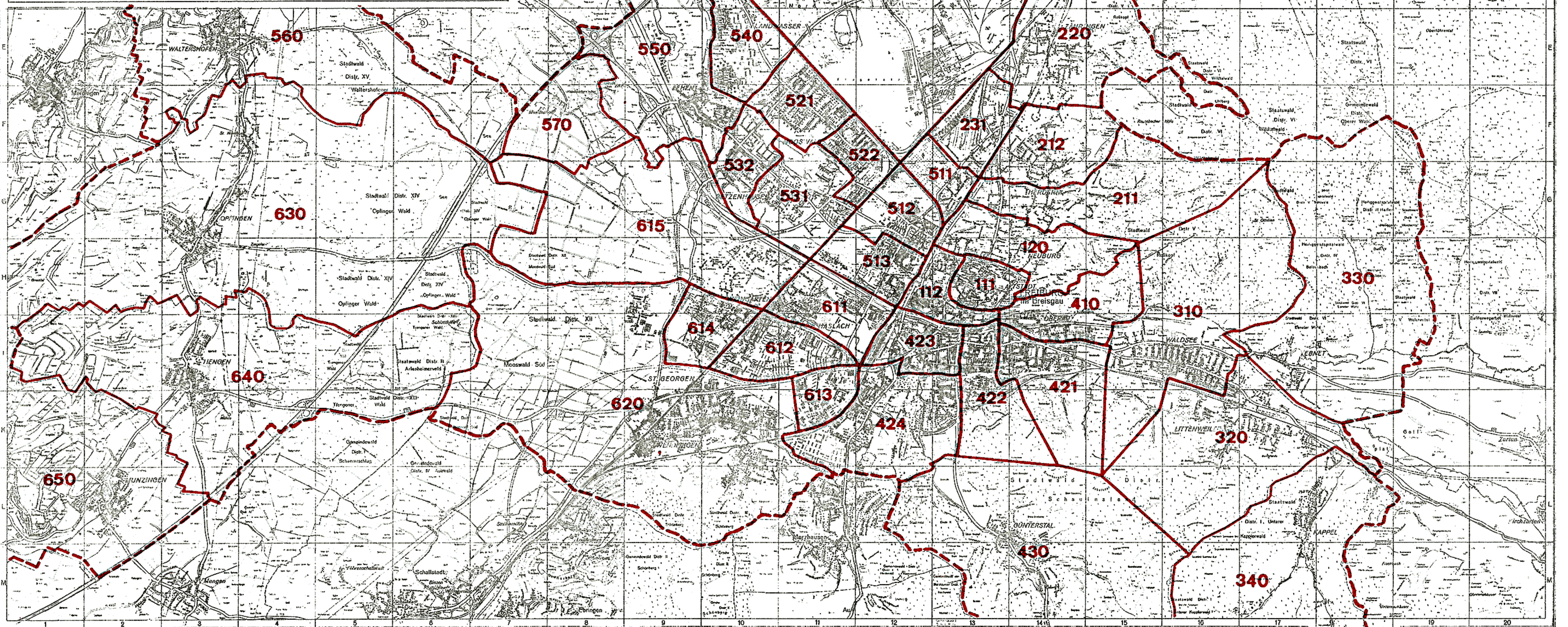
	<b>Seite</b>
1. Die Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 1989 in Stadtbezirken mit unterschiedlichem Statusprofil	30
2. Die Entwicklung der Parteiidentifikation in der Bundesrepublik 1976 - 1987	39
3. Die Entwicklung der Parteiidentifikation im Arbeiterbereich 1976 - 1987	41
4. Die Entwicklung der Links-Rechts-Selbsteinstufung 1976 - 1987	51
5. Die Links-Rechts-Selbsteinschätzung nach ausgewählten Generationen 1976 - 1987	53
6. Die Panaschierungspräferenzen der Anhänger der Republikaner bei der Gemeinderatswahl 1989 in Freiburg	59



Kartengrundlage:  
Vermessungsamt  
Für statistische Zwecke  
bearbeitet und  
herausgegeben:  
Amt für Statistik  
u. Einwohnerwesen

Gliederung des Stadtgebiets					
Stadt- bereich	Stadtteil	Stadtbezirk	Stadt- bereich	Stadtteil	Stadtbezirk
1 Mitte	11 Altstadt	111 Altstadt-Mitte	5 West	51 Stühlinger	511 Stühlinger-Beurbarung
	12 Neuburg	112 Altstadt-Ring		52 Mooswald	512 Stühlinger-Eschholz
2 Nord	21 Herdern	211 Herdern-Süd	6 Süd- west	53 Betzenhausen	521 Mooswald-West
	22 Zähringen	212 Herdern-Nord		54 Landwasser	522 Mooswald-Ost
	23 Brühl	220 Zähringen		55 Lehen	531 Betzenh.-Bischofslinde
	24 Hochdorf	231 Brühl-Güterbahnhof		56 Waltershofen	532 Alt-Betzenhausen
3 Ost	31 Waldsee	310 Waldsee	65	61 Haslach	540 Landwasser
	32 Littenweiler	320 Littenweiler		62 St. Georgen	550 Lehen
	33 Ebnet	330 Ebnet		63 Opfingen	560 Waltershofen
4 Süd	34 Kappel	340 Kappel	65	64 Tiengen	570 Mundenhof
	41 Oberau	410 Oberau		65 Munzingen	611 Haslach-Egerten
	42 Wiehre	421 Oberwiehre		611 Haslach-Egerten	612 Haslach-Gartenstadt
	43 Günterstal	422 Mittelwiehre		612 Haslach-Gartenstadt	613 Haslach-Schildacker
		423 Unterwiehre-Nord	613 Haslach-Schildacker	614 Haslach-Haid	
		424 Unterwiehre-Süd	614 Haslach-Haid	615 Haslach-Weingarten	
		430 Günterstal	615 Haslach-Weingarten	620 St. Georgen	
			620 St. Georgen	630 Opfingen	
			630 Opfingen	640 Tiengen	
			640 Tiengen	650 Munzingen	
			650 Munzingen		

Gliederung nach dem Stand vom 1. Januar 1983



0 1 2 3 km  
Grenzen der -Stadtbezirke = ———